

Denknetz (Hrsg.)
Die überflüssige Schweiz
edition 8

Denknetz (Hrsg.)

Die überflüssige Schweiz

Eine Denknetz-Streitschrift



Besuchen Sie uns im Internet: Informationen zu unseren Büchern und AutorInnen sowie Rezensionen und Veranstaltungshinweise finden Sie unter www.edition8.ch

Besuchen Sie die Denknetz-Website: www.denknetz.ch

Bibliografische Informationen der Deutschen National-Bibliothek sind im Internet abrufbar unter <http://dnb.ddb.de>.

September 2014, 1. Auflage, © bei edition 8. Alle Rechte vorbehalten. Redaktion/Lektorat: Ruth Gurny, Beat Ringger; Korrektorat: Geri Balsiger; Typografie: Heinz Scheidegger; Umschlag Eugen Bisig; Druck und Bindung: freiburger graphische betriebe, Freiburg
Verlagsadresse: edition 8, Quellenstrasse 25, CH-8005 Zürich, Tel. +41/(0)44 271 80 22, Fax +41/(0)44 273 03 02, info@edition8.ch

ISBN 978-3-85990-246-6

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Die überflüssige Schweiz	11
Die Denknetz-Reformagenda	53
Für eine offene und solidarische Schweiz	75
Ecopop: Weder ›Eco‹ noch ›Pop‹	81
Zwölf Thesen zu Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, Wohlstand	85
Zu reich für den Kapitalismus: Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion	99
Das Denknetz in Stichworten	122
Die Autorinnen und Autoren	127

Vorwort

Die überflüssige Schweiz – der Titel ist keine Provokation, vielmehr nüchterne Bestandesaufnahme. Seit dem Zweiten Weltkrieg verlassen sich die Eliten der Schweiz auf den Sonderfall-Mythos, auf die Rolle eines neutralen Super-Kleinstaates, der sich im Windschatten der Grossmächte bewegt und dem von der übrigen Welt ausserordentliche Privilegien zugestanden werden. Doch diese werden immer weniger gewährt. Als Sonderfall ist die Schweiz nicht zukunftsfähig und wird überflüssig. In den nächsten Jahren stehen diesbezüglich richtungsweisende Entscheide an. Sie betreffen die Standort- und Steuerpolitik, den Umgang mit dem Thema Migration und das Verhältnis zur Europäischen Union.

Die Kontingentierungspolitik, mit der die SVP in der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 gepunktet hat, droht uns in eine Sackgasse zu manövrieren. Die Schweiz hat seit 1998 das Standortdumping massiv verstärkt, zum Beispiel mit den tiefsten Unternehmenssteuern Europas. Damit wurde Kapital in gigantischen Mengen in unser Land gelockt. Allein zwischen 2004 und 2008 sind die hierzulande deklarierten Unternehmensgewinne von 120 Mia auf 280 Mia Franken gestiegen. Dem Kapital folgten Betriebe, Arbeitskräfte, Menschen. Diese Menschen will die SVP nun wieder kontingentieren und zu rechtlosen Arbeitnehmenden degradieren, wie das früher durch das Saisonierstatut geschah. Doch die Rechnung der SVP kann nicht aufgehen: Man kann nicht den internationalen Steuervermeidungswettbewerb anheizen und massenhaft Kapital anlocken und dann gleichzeitig von der Europäischen Union verlangen, dass sie der Schweiz weiterhin Sonderrechte in Sachen Personenfreizügigkeit und Steuerpolitik gewährt.

Unser Land droht nun zwischen Marktradikalismus und Fremdenfeindlichkeit zerrieben zu werden. Der Weg

aus diesem Dilemma kann nur über eine soziale und demokratische Politik führen: Statt hinzunehmen, dass sich immer mehr Reichtum in den spekulativen Finanzmärkten anhäuft und dass die soziale Ungleichheit laufend zunimmt, müssen wir diesen Reichtum wieder in sinnvolle gesellschaftliche Bereiche lenken. Statt Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander auszuspielen und Ausländerinnen und ›Sozialschmarotzer‹ in endlosen Schuldzuschreibungen für alles und jedes verantwortlich zu machen, müssen wir die aktuellen Probleme wie steigende Umweltbelastungen, ausufernde Mobilität und wachsender Pflegenotstand mit konkreten, demokratisch legitimierten Mitteln angehen. Statt im Nationalegoismus zu versinken, muss die Schweiz wieder dazu beitragen, in den globalen Beziehungen der Länder soziale und demokratische Lösungen zu fördern.

Im ersten Kapitel des vorliegenden Buches – *Die überflüssige Schweiz* – gehen wir diesen Entwicklungen vertieft nach. Im zweiten Kapitel, der *Denknetz-Reformagenda*, entwickeln wir konkrete Vorschläge, wie unser Land einen zeitgemässen Richtungswechsel vornehmen kann. In zwei weiteren kürzeren Kapiteln werden Texte dokumentiert, die sich mit den Folgen des knappen Ja zur Kontingenzierungsinitiative der SVP vom 9. Februar 2014 und mit der Abstimmung über die Ecopop-Initiative auseinandersetzen. *Für eine offene und solidarische Schweiz* ist eine Grundsatzerklärung aus dem Denknetz-Umfeld, die anfangs März 2014 publiziert worden ist. *Weder Eco noch Pop* ist das Ergebnis eines Workshops, der im Mai 14 stattgefunden hat.

Mit dem Text *Zwölf Thesen zu Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und Wohlstand* fragen wir nach, wie gesellschaftliche Verhältnisse global gerecht und gleichzeitig nachhaltig gestaltet werden können. Das abschliessende Kapitel *Zu reich für den Kapitalismus: Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion* wurde von der Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie 2010 geschrieben. Darin wird erörtert, welcher Art die Krise ist, in der sich

die globale Wirtschaft seit 2007 befindet, und es werden die Grundlagen für eine politische Orientierung skizziert, die aus dieser – noch lange nicht bewältigten – Krise herausführen kann.

Die Herausgeberinnen und Herausgeber

Die überflüssige Schweiz

*Von Ruth Dällenbach, Ruth Gurny, Christoph Hefel,
Beat Ringger und Pascal Zwicky*

I. Die überflüssige Schweiz

Die Schweiz ist auf dem besten Weg, sich überflüssig zu machen. Die neoliberalen Business-Eliten degradieren unser Land zu einem Standortanhängsel der Grosskonzerne und der Banken. Ihr wichtigstes Ziel sind tiefe Steuern für Konzerne und Superreiche. Die Nationalisten bringen Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander auf, übergehen grundlegende Freiheitsrechte und wollen die Schweiz im europäischen Umfeld isolieren. Sowohl die Neoliberalen als auch die nationale Rechte sind rückwärts-gewandt und beziehen ihre politischen Vorstellungen aus dem vorletzten Jahrhundert: Der Neoliberalismus verkündet den Laissez-Faire-Manchester-Kapitalismus, die Nationalisten eine bäuerlich-kleinbürgerliche Schweiz-Idylle. Und die SVP versucht, beides unter einen Hut zu bringen.

Das ›Erfolgsmodell Schweiz‹, von dem aus bürgerlicher Warte in den letzten zwei Jahren so oft die Rede war, wird sich als kurzzeitiger Hype entpuppen, der auf Dauer nicht tragfähig ist. Es basiert im Wesentlichen auf einem aggressiven Standortdumping (Steuerhinterziehungsgeheimnis, Tiefststeuern für Unternehmen, Briefkastenfirmen). Damit locken wir die Gierigsten der Gierigen in unser Land: rücksichtslose Rohstoffkonzerne, Schattenbanken, Steuerflüchtlinge. Das erhöht den Korruptionsdruck, der auf der Gesellschaft und der Politik lastet und die Moral der Bevölkerung untergräbt. Und das Steuerdumping weckt zunehmend den Widerstand anderer Länder.

Mit dem Standortdumping haben die neoliberalen Eliten nach Kapital gerufen, doch es sind auch Menschen gekommen. Allerdings sind einige unserer Infrastruk-

turen der Zuwanderung der letzten Jahre nur beschränkt gewachsen. Überdies machen sich die Spekulanten die Nachfrage nach Wohnraum zunutze und treiben die Immobilienpreise in die Höhe. Und windige Unternehmen betreiben Lohndumping. Solche Entwicklungen machen sich die Nationalisten zunutze. Sie spielen die fremdenfeindliche Karte und wollen damit einer antisozialen und diskriminierenden Politik zum Durchbruch verhelfen. Das Standortdumping verteidigen sie jedoch noch aggressiver als die ›bürgerliche Mitte‹.

Ein Staat, der sich zwischen Marktradikalismus und Fremdenfeindlichkeit zerreiben lässt, wird unnützlich und entbehrlich. Statt den Reichtum, der sich in den spekulativen Finanzmärkten angehäuft hat, wieder in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche zu lenken, lässt dieser Staat zu, dass sich die soziale Ungleichheit und die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft verschärfen. Statt die aktuellen Probleme wie steigende Umweltbelastungen, ausufernde Mobilität und wachsenden Pflegenotstand mit konkreten, demokratisch legitimierten Massnahmen anzugehen, lässt dieser Staat zu, dass die Menschen gegeneinander aufgebracht und Ausländerinnen und ›Sozialschmarotzer‹ in endlosen Schuldzuschreibungen für alles und jedes verantwortlich gemacht werden. Statt in den globalen Beziehungen der Länder Fortschritte zu ermöglichen, blockiert ein solcher Staat die Lösungssuche.

In den nächsten drei Jahren stehen in der Schweiz richtungsweisende Entscheide an. Sie betreffen unsere Stellung in Europa und in der Welt, die Migrations- und die Steuerpolitik. Das knappe Resultat zur Kontingentierungsinitiative der SVP am 9.2.2014 hat dazu den Auftakt gebildet. Wird der migrationspolitische Kurswechsel vom 9.2. in künftigen Abstimmungen bestätigt, dann führt dies zur Isolierung der Schweiz innerhalb Europas. Nun muss sich weisen, ob die Schweiz einen Weg findet, um aus der Negativspirale von Marktradikalismus und Fremdenfeindlichkeit herauszufinden, in die sie jetzt gerade zu geraten droht, und in der sie letztlich überflüssig werden würde.

Die Schweiz vor wegweisenden Entscheiden

Richtungsentscheide hängen eng mit grundlegenden gesellschaftspolitischen Orientierungen zusammen. Auf bürgerlicher Seite dominieren zwei Orientierungen. Die erste, die marktradikale oder neoliberale Orientierung behauptet, nur das freie Spiel von Angebot und Nachfrage führe zu einer optimalen Verteilung der Ressourcen, zu grösstmöglicher Effizienz und Freiheit. Staatliche Eingriffe und Regeln seien auf ein Mindestmass zu begrenzen. Die Politik habe vor allem für optimale Standortbedingungen im Interesse der grossen Konzerne und Finanzhäuser zu sorgen. Dabei sei es für einen Kleinstaat legitim, Tiefststeuern für Unternehmen und Ultrareiche festzusetzen, also ein aggressives Standortdumping zu betreiben.

Die zweite Orientierung gründet auf der Abwehr des Fremden und der Armen. Praktisch sämtliche Schwierigkeiten werden auf drei Probleme zurückgeführt: auf die Überfremdung durch Leute mit anderer Religion, Kultur, Rasse, Mentalität; auf die Schmarotzerhaltung der Armen, die unter Generalverdacht stehen, die Einrichtungen der sozialen Sicherheit zu missbrauchen; schliesslich auf die Laschheit der dominanten Politik, sich diesen beiden Problemen entgegenzustellen, womit die eigene ›harte Linie‹ legitimiert wird. Probleme werden scheinbar gelöst, indem die Fremden und die unbotmässigen Armen zurückgedrängt, eingeschüchtert oder ausgeschlossen werden.

Beide Orientierungen sind radikal rückwärtsgewandt und orientieren sich an Projektionen auf das vorletzte Jahrhundert. Die radikale Marktorientierung verklärt einen möglichst reinen Kapitalismus, der sich weitgehend selbst reguliert. Das entspricht dem Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, in dem es noch praktisch keine sozialstaatlichen Regulierungen und Institutionen gab. Die nationalistisch-fremdenfeindliche Strömung wiederum orientiert sich am mystifizierten Bild einer bäuerlich-kleinbürgerlichen Schweiz. Auch dieses Bild stammt aus dem vorletzten Jahrhundert.

Beide Orientierungen lenken von den zentralen Herausforderungen ab, mit denen wir heute konfrontiert sind: Mit der zunehmend ungleichen Verteilung von Reichtum und Macht, die sich fortwährend auch in kriegerischen Konflikten entlädt (aktuell etwa in Syrien, im Kongo oder in Darfur); mit der wachsenden Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Weltökonomie; mit der Bedrohung der natürlichen Lebensräume durch Verschmutzung und Übernutzung, und mit der Krise, in die wir im Bereich der Sorgearbeit geraten (z.B. durch den Pflegenotstand). Mit ihrer Rückwärtsgewandtheit dienen die bürgerlichen Orientierungsmuster der Machterhaltung der Business-Eliten, der globalen Konzerne und Finanzinstitute sowie ihrer gesellschaftlichen und politischen Entourage. Entsprechend werden beide Orientierungen oftmals kombiniert. Sowohl die SVP als auch die FDP (und Teile der andern bürgerlichen Parteien) huldigen einem marktradikalen, antistaatlichen Fundamentalismus. Bei beiden Parteien gehören Fremdenfeindlichkeit und Nationalegoismus zum politischen Kern-Repertoire. Sie unterscheiden sich in erster Linie in der Frage, in welchem Mass sich die Schweiz der Europäischen Union anpassen soll. Die SVP ist bereit, ein beträchtliches Mass an Isolation in Kauf zu nehmen, während die Mutterpartei des Big Business – die FDP – dies als schädlich fürs Geschäft erachtet.

Zwischen Hammer und Amboss

Die Big-Business-Schweiz erpresst die Bevölkerung seit Jahren mit einer immer wiederkehrenden Drohung. Bei jeder Auseinandersetzung, bei der ihre Interessen auf dem Spiel stehen, kündigen Unternehmen und Ultrareiche an, die Schweiz umgehend zu verlassen, sollten Entscheide zu ihren Ungunsten ausfallen. Auf diese Weise wird eine Politik des Standortdumpings durchgesetzt: rekordtiefe Steuern für Unternehmen und Reiche, wenig regulierte Arbeitsmärkte, lange Arbeitszeiten. Es ist paradox: Einerseits wird von den Business-Eliten das Bild eines ›Erfolgsmodells

Schweiz« zelebriert. Andererseits scheint dieses Modell derart labil zu sein, dass ihm der Untergang droht, wenn nur schon eine kleine politische Intervention zugunsten einer gerechteren Verteilung des von allen erarbeiteten Wohlstands angedeutet wird. Die Folgen dieser Politik sind eine hohe finanzielle Belastung der Bevölkerung durch explodierende Wohnkosten, Gebühren, Selbstbehalte und Krankenkassenkopfprämien bei schwacher Lohnentwicklung, leere Staatskassen, gering ausgebaute öffentliche Dienste im Bereich Betreuung und Pflege und ein Verzicht auf eine aktive Umwelt- und Industriepolitik.

Die Wirksamkeit dieser Erpressung spiegelt sich in der Art, wie politische Vorstösse für mehr Verteilungsgerechtigkeit abserviert werden. Das Muster ist immer dasselbe: In den ersten Meinungsumfragen erzielen entsprechende Vorlagen jeweils satte Ja-Mehrheiten, die anschliessend jedoch durch eine teure und aggressive Abstimmungskampagne gedreht werden. Zum Beispiel die Steuergerechtigkeitsinitiative der Sozialdemokratischen Partei: Eine WählerInnen-Umfrage ergab ein halbes Jahr vor der Abstimmung eine Zustimmung von 58%. Unveröffentlichte frühere Umfragen des Unternehmerverbandes Economiesuisse hatten sogar noch höhere Zustimmungsraten ausgewiesen. Doch schliesslich sagten am Abstimmungssonntag im November 2010 nur noch 42% der Stimmenden Ja. Dazwischen lag eine millionenschwere Abstimmungskampagne: Die Initiative schade »der Wirtschaft« und führe zur Abwanderung der Ultrareichen und zu Arbeitsplatzverlusten. Geklappt hat dies auch bei der 1:12-Initiative, für die sich im Mai 2013 in einer repräsentativen Umfrage der Sonntagszeitung noch 55% der Befragten ausgesprochen hatten (bei 28% Ablehnung und 17% Unentschlossenen). Vier Monate später blieben am Abstimmungstag noch 35% Ja-Stimmende übrig.

Hinter alledem steckt auch ein verzerrtes Bild der »Wirtschaft«, das von den Mainstream-Medien täglich gepflegt wird. Die »Wirtschaft« wird mit den Führungsetagen der Banken und der Grosskonzerne gleichgesetzt. Dieses Bild

hat sich leider auch in den meisten Köpfen bis weit in die Linke festgesetzt. Die Beschäftigten und ihre Organisationen (Gewerkschaften und Berufsverbände) werden beim Stichwort ›Wirtschaft‹ nie mitgedacht, obwohl sie die zentrale ökonomische Substanz ausmachen. Die KMU – die kleinen und mittleren Betriebe – werden zwar allenthalben zur Säule der Wirtschaft stilisiert. Zu sagen aber haben sie nicht viel. Die entscheidende Macht liegt bei den Konzerneliten und den grossen Finanzinstituten.

Gerade diese Eliten aber haben mit der Schweiz nicht mehr viel gemein. Dies spiegelt sich in den Top-Etagen der ›Schweizer‹ Grosskonzerne, in denen Manager aus andern Ländern oftmals in der Mehrheit sind. Es spiegelt sich ebenso in den Besitzverhältnissen: NZZ-Wirtschaftsredaktor Hansueli Schöchli schätzt, dass »zwei Drittel der in der Schweiz börsenkotierten Aktien (...) in ausländischer Hand sind, (...) zum Beispiel bei britischen Beteiligungsgesellschaften, asiatischen Staatsfonds, amerikanischen Hedge-Fonds und Pensionskassen sowie Versicherungen« (NZZ, 19.4.2014, S. 25)¹. Grosse Teile des Rohstoffhandels, der in den letzten zehn Jahren in der Schweiz dank des Standortdumpings einen nie dagewesenen Boom erlebte, sind derart stark in der Russischen Oligarchie angesiedelt, dass Sanktionen gegen Russland im Gefolge der Ukraine-Krise »die Schweiz hart treffen« würden (TA-Hauptschlagzeile vom 28.3.2014).

Schon immer war bürgerliche Politik eine Politik im Interesse der Unternehmen. Bis in die 1980er-Jahre wurde sie jedoch auch von demokratie- und staatspolitischen Ambitionen mitgeprägt. Aber mit der neoliberalen Revolution wurden solche Ambitionen sukzessive abgestreift. Mittlerweile sind Profite und Abzockerei zu einer Art Alleinstellungsmerkmal der Geschäftseliten geworden. Ihre gesellschaftspolitischen Perspektiven sind weitgehend zerfallen, und in ihrem Sog schwindet auch der gesellschaftspolitische Gestaltungswille der bürgerlichen Grossparteien. Daraus ergeben sich dann auch die erheblichen ›Glaubwürdigkeitsprobleme‹, die von den JournalistInnen

der NZZ in ihren Kolumnen regelmässig beklagt werden. Einige zehntausend Investment-Banker, Steuerberater und Computer-Nerds, die es zum Multimillionär schaffen, mögen für die Zeiten boomender Aktienmärkte ein Leitbild mit einer gewissen Breitenwirkung abgeben. Doch das reicht nicht aus, um in breiteren Gesellschaftskreisen identitätsstiftend und integrierend zu wirken. Abzocken bietet keine positive Lebens-Erzählung und keinen nachhaltigen Lebenssinn – erst recht nicht in Krisenzeiten.

Hier kommt die SVP ins Spiel. Mit einem Amalgam aus Jodeln, Mundart, Schwingerschweiss, direkter Demokratie, Landluft, Schlitzohrigkeit und Emmental kreiert sie die Vorstellung eines ›Volkes‹, das sich gegen die Zerstörung von aussen wappnen muss. Sie schafft es, die Geschichte einer binnenorientierten, ›ländlich-agrarischen Schweiz‹ mit einer grenzenlosen, transnationalen, alle Bereiche des Lebens umfassenden und durchdringenden Wirtschaftsordnung zu verbinden – wie wenn es zwischen diesen Weltbildern keine offensichtlichen Widersprüche gäbe. Genau gleich wie die Neoliberalen verklärt sie den Weltmarkt zu einer Naturgewalt. Internationale Wirtschaftskrisen brechen über uns herein wie einstmals die tosenden Unwetter im Emmental, die harmlose Dorfbäche in reissende Gewässer verwandelten und den gotthelf'schen Bauern in seiner Existenz bedrohten. Das Handeln von Finanzmarktakteuren etwa, die im Zusammenspiel mit neoliberalen Regierungen gegen Staaten spekulierten und den ganzen Euroraum in Bedrängnis brachten, wird vollständig ausgeblendet. Der SVP-Übervater Christoph Blocher bringt dies in einem Eigenbeitrag im ›Magazin‹ auf den Punkt: »Ich gelangte auf dem zweiten Bildungsweg zum Studium und habe vorher eine Ausbildung als Landwirt abgeschlossen. Für studentische Höhenflüge – vor allem für die damals aktuellen 68er-Unruhen – hatte ich wenig Verständnis. Ich wusste: Wer als Bauer nicht von frühmorgens bis spätabends die Lebenswirklichkeit beachtet – sei es die der Natur, des Bodens, der Tiere, der Ökonomie –, verliert Haus und Hof. Später als Unternehmer wusste ich:

wer nicht ununterbrochen die Wirklichkeit der Märkte in den Mittelpunkt stellt, geht unter.« (Blocher 2014: 23).

Diese Bilder bieten nichts, was *gemeinsam* entwickelt, gestärkt, verbessert werden könnte. Sie verharren in der Abwehr gegen das Fremde und in einer Welt, in der jede und jeder des Glücks eigener Schmied ist. Geeint werden wir in der Abgrenzung nach aussen und im Hass auf die Sündenböcke: auf die Ausländer, die Sozialschmarotzer, die Islamisten, die Zigeuner, die *Classe politique* und die EU-Bürokraten. Dieser Hass mag vieles sein – nur keine Perspektive.

In scheinbar paradoxer Weise wirken beide Strömungen darauf hin, die Schweiz überflüssig zu machen. Der neoliberale ›Manchesterkapitalismus‹ des 21. Jahrhunderts reduziert Staat und Gesellschaft darauf, Standorthängsel der Grosskonzerne und Finanzinstitute zu sein. Mit einer solchen Politik lassen sich Herausforderungen wie die zunehmende Ungleichheit oder die Umweltzerstörung nicht bewältigen. Die unerfreulichen Wirkungen des Standortdumpings wie zum Beispiel der Druck auf die Löhne und auf die Immobilienpreise dienen wiederum als Ferment, um fremdenfeindliche Stimmungen zu schüren. Damit werden Frustrationen über sinnentleerte Lebensentwürfe, hohen Leistungsdruck und gekappte Karrierehoffnungen in Richtung einer klischierten Schweiztümelei gelenkt.

Die Business-Eliten sind der Hammer, der Amboss ist die SVP, und die Bevölkerung ist dazwischen – jedenfalls solange, wie sie sich nicht aus dieser Lage zu befreien vermag. Die aktuellen gesellschaftlichen Aufgaben lassen sich nur meistern, wenn wir die Entschlossenheit aufbringen, sie sachgerecht zu lösen und dafür die nötigen Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen durchzusetzen. Nur so können zukunftsfähige und offene gesellschaftliche Identitäten geschaffen werden. Weder der teleologisch² verklärte Markt noch die alten Bauernregeln helfen weiter.

Schweiz AG

Das Abstimmungsergebnis vom 9.2.14 macht den Konflikt zwischen Abschottung und Offenheit erneut zum dominierenden Konflikt der nächsten Jahre. Diese Auseinandersetzung prägt die Schweizer Politik nun schon seit einem guten Vierteljahrhundert. Ein kurzer Rückblick hilft, die Ausgangslage zu klären.

Im Juni 1987 lancierte der Bundesrat ein nationales Forschungsprogramm (NFP 28) mit dem Titel ›Die Schweiz in einer sich verändernden Welt‹. Die entsprechende Expertengruppe gab bei Prof. Silvio Borner von der Universität Basel eine Grundlagenstudie in Auftrag, die dieser zusammen mit Aymo Brunetti, Assistent an der Universität Basel, und Thomas Straubhaar, Privatdozent an der Universität Bern, verfasste.³ Die Studie wurde anschliessend in Buchform unter dem Titel ›Schweiz AG‹ veröffentlicht und hat massgebend zur Artikulation der strategischen Orientierung der Schweizer Eliten beigetragen. Der Titel ist eine treffende Eigenbeschreibung der damaligen – und heutigen – Grundhaltung der neoliberalen Kräfte: Sie betrachten die Schweiz wie eine Firma – wie *ihre* Firma.

Die Autoren kommen zu folgenden Schlüssen: Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz AG lasse sich auf zunehmend global funktionierenden Märkten nur durch verstärkte internationale Integration auf wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Ebene erhalten. Zentral sei dabei der Integrationsprozess in Europa. Einer solchen Integration stünden allerdings die direktdemokratischen Mechanismen entgegen, die es praktisch unmöglich machten, Entscheidungsbefugnisse an Brüssel abzutreten. Langfristig komme man deshalb nicht darum herum, vom Prinzip der direkten Demokratie abzurücken. Allerdings werde man solche Schritte erst durchsetzen können, wenn die »Kosten des Abseitsstehens entscheidend durchzuschlagen beginnen« (S.182). Im Sinne einer Second-Best-Strategie sei die Wirtschaftspolitik deshalb vorderhand umso konsequenter auf die Steigerung der Attraktivität des Wirt-

schaftsstandortes auszurichten, wobei auf die »heute überragende Bedeutung mobiler gegenüber immobilen Produktionsfaktoren« (S.183) zu achten sei. Der Entwicklung des Finanzplatzes und der Steuerbegünstigung der Unternehmen müsse folglich hohe Priorität eingeräumt werden. Damit artikulieren die Autoren in ihrer Studie die strategische Ausrichtung, wie sie seither vom bürgerlichen Mainstream in der Schweiz umgesetzt wird.

Am 6.12.1992 kam es genau zu jener direktdemokratischen Zäsur, welche die Autoren der Studie befürchtet hatten. Die Stimmberechtigten verwarfen mit der knappen Mehrheit von 50.3% den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR. Der EWR entsprach (und entspricht) einer umfassend konzipierten Freihandelszone, deren Kern aus den vier Freiheiten des Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs besteht und dem heute die Länder der Europäischen Union sowie Norwegen, Luxemburg und Island angehören. Der EWR beinhaltet einen guten Teil dessen, was die Schweiz einige Jahre später in Form der bilateralen Verträge mit der EU ebenfalls vereinbarte. Das Abstimmungsergebnis vom Dezember 1992 war ein überwältigender Sieg für die SVP, die eine massive Nein-Kampagne geführt hatte und deren politischer Aufstieg mit dem EWR-Nein lanciert wurde.

Bilaterale Verträge und Standortdumping

Die wirtschaftlichen Folgen des Nichtbeitritts waren erheblich. Als einziges OECD-Land verzeichnete die Schweiz in den 1990er-Jahren ein Nullwachstum⁴ des realen BIP pro Kopf und wurde »vom internationalen Wachstumszug abgekoppelt« (EDI/SECO, 2002, S.3). Erst 2003 konnte die Schweiz ein Jahrzehnt wirtschaftlicher Stagnation hinter sich lassen (EDI/SECO, 2008, S.7). Zwar wäre es falsch, diese Stagnation einzig dem EWR-Nein anzulasten. Eine wichtige Rolle spielte damals auch ein spekulativ überhitzter Immobilienmarkt, der just zu Beginn der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts kollabierte. Allerdings befinden

wir uns auch heute wieder in einer ähnlichen Konstellation: Die Immobilienpreise sind derzeit stark überhöht, und gerade eine Abschottung der Schweiz von der EU könnte die Nachfrage einbrechen lassen und die Preise ins Rutschen bringen.

Die Stagnation der 90er-Jahre hatte erhebliche Konsequenzen für Hunderttausende von BewohnerInnen der Schweiz. Die Arbeitslosenquote lag bis zu Beginn der 90er-Jahre in der Regel unter 1%. Bis 1997 stieg sie auf einen historischen Höchststand von 5,2%. Ebenfalls in die Höhe schnellten die Zahlen der IV-RentenempfängerInnen, weil der Druck in der Arbeitswelt beträchtlich zunahm und die Unternehmen immer weniger Bereitschaft zeigten, Menschen mit Leistungsbeeinträchtigungen zu beschäftigen. Schliesslich nahm die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen ebenfalls beträchtlich zu.

Die Schweizer Eliten reagierten auf das Abstimmungsergebnis von 1992 mit einer Doppelstrategie. Sie nahmen mit der EU Verhandlungen auf, um die Verhältnisse auf bilateralem Weg zu regeln. Und sie intensivierten ihre Bemühungen für ein aggressives Standortdumping. 1998 wurden im Zuge der Unternehmenssteuerreform I die bundesweiten Unternehmenssteuern erheblich gesenkt und der Spielraum für die Kantone markant ausgeweitet, um mit steuerlichen Sonderkonstrukten (Briefkastenfirmen etc.) Unternehmen zusätzlich zu bevorteilen. Die erhoffte Wirkung blieb nicht aus: Die Summe der in der Schweiz deklarierten Gewinne (Aktiengesellschaften und GmbH) stieg von 99.4 Mia Franken 1998 auf 140.5 Mia Franken im Jahr 2000. Danach sank diese Summe vorübergehend im Zuge der dot.com-Wirtschaftskrise 2002 wieder auf 106 Mia Franken (Baumann/Ringger 2011, S.126).

Nach fünf Verhandlungsjahren konnten sich die EU und die Schweiz schliesslich am 21. Juni 1999 auf ein Set von sieben Verträgen einigen, die sogenannten Bilateralen Verträge I. Darunter befand sich als Herzstück das Übereinkommen zur Personenfreizügigkeit. Nachdem diese Abkommen am 21. Mai 2000 von den Stimmberechtigten

mit 67.2% Ja-Mehrheit angenommen worden waren, traten sie am 1. Juni 2002 in Kraft. Die EU-Anbindung wurde 2005 durch die Bilateralen Verträge II (Schengen-Vertrag zu den offenen Grenzen und Dublin-Vertrag zur Koordination der Asylpolitik) und durch die Akzeptanz der EU-Osterweiterung noch verstärkt.

Mit den bilateralen Verträgen und mit dem offensiven Standortdumping hatte sich die Business-Schweiz letztlich auf der ganzen Linie durchgesetzt. Für einige Jahre trat der Gegensatz zwischen dem Nationalkonservatismus der SVP und dem Standortdumping der Business-Eliten in den Hintergrund. Die SVP mässigte ihre Anti-Europa-Opposition, und im Gegenzug mutierten wichtige Führer der Business-Welt zu SVP-Anhängern (wie z.B. der UBS-Chef Marcel Ospel). War Blocher 1991 wegen seines Anti-EWR-Engagements von der damaligen Schweizerischen Bankgesellschaft (heute Teil der UBS) nach zehn Jahren als Verwaltungsrat nicht mehr zur Wiederwahl nominiert worden, so hatte sich zwölf Jahre später das Blatt gewendet: Blocher wurde unter anderem dank der Lobby-Arbeit von Marcel Ospel am 10. Dezember 2003 in den Bundesrat gewählt. Die neu vereinten bürgerlichen Kräfte versuchten anschliessend, den Sozialstaat beträchtlich zurückzustutzen, scheiterten jedoch in einer wegweisenden Abstimmung im Mai 2004, als die StimmbürgerInnen eine AHV-Abbauvorlage und eine Steuerabbauvorlage gegen die geschlossene Front der bürgerlichen Parteien und des Bundesrates mit je einer Zwei-Drittels-Mehrheit bachab schickten.

Die Kombination von Standortdumping und bilateralen Verträgen führte ab 2003 zu einer Boomphase der Schweizer Wirtschaft, die – mit Ausnahme des Einbruchs in der Finanzkrise 2009 – bis heute anhält. Dieser Boom verläuft allerdings asymmetrisch: Er nützt in erster Linie den Kapitaleignern, während sich die Lebenslage der grossen Bevölkerungsmehrheit kaum entspannt hat. Der Anteil der Armutsbetroffenen blieb weitgehend konstant, und die Zahl der Menschen, die auf Ergänzungsleistungen zu IV

oder AHV angewiesen sind, hat erheblich zugenommen. Besonders ins Auge sticht demgegenüber die gewaltige Zunahme der hierzulande deklarierten Profite: Von 106 Mia Franken (2002) stiegen die Unternehmensgewinne von Aktiengesellschaften und GmbH zunächst noch verhalten auf 119.7 Mia Franken (2004), um sich dann innerhalb von nur vier Jahren auf 280.3 Mia Franken hochzuschrauben (Baumann/Ringger 2012, S. 3)⁵.

Mit diesem Kapitalsog lässt sich auch ein beträchtlicher Teil der Arbeitsmigration der letzten Jahre erklären. Die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren erfragt bei den Kantonen seit 2005, wie viele Firmen dank aktivem Standortmarketing neu angesiedelt wurden. Ergebnis: Im Zeitraum von 2005 bis 2013 sind dies 3715 Firmen. Wenige Tage nach dem Abstimmungsgang vom 9.2.14 liess sich der Thinktank der Grosskonzerne, Avenir Suisse, mit ungewohnt (selbst)kritischen Tönen vernehmen. Üblicherweise stramm neoliberal argumentierend, fordert Avenir Suisse einen »Verzicht auf gezielte Steuervergünstigungen für zuziehende Firmen« (Avenir Suisse, 28.2.14, S. 4). WOZ-Redaktor Yves Wegelin stützt die These, wonach der Zustrom von Kapital wegen des Steuere Dumpings wesentlich zum Migrationszuwachs der letzten Jahre beigetragen hat, und rechnet nach, dass von 2005 bis 2012 jährlich rund 40'000 Menschen aufgrund des neu in der Schweiz aktiven ausländischen Kapitals immigriert sind (Wegelin, WOZ Nr. 11/2014, S. 7). Seine Schätzung erfasst nicht nur die von den Kantonen via Standortmarketing eruierten neu angesiedelten Firmen, sondern den gesamten von ausländischen Unternehmen ausgelösten Zuwachs an Jobs samt dem damit verbundenen Familiennachzug.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Zuwanderung der letzten Jahre ist der eklatante Mangel an Fachpersonal, insbesondere an Gesundheitspersonal. Letzterer wurde durch die Umstrukturierung der Ausbildungsgänge in den Pflege- und Gesundheitsberufen erheblich verschärft.⁶ Gegenwärtig fehlen jedes Jahr zusätzlich Tausende von Pfle-

gefachpersonen und ÄrztInnen, um die Gesundheitsversorgung in der Schweiz sicherzustellen.

Unter dem Strich entstand ein positiver Wanderungssaldo zwischen 2002 und 2013 von jährlich durchschnittlich rund 70'000 Personen, GrenzgängerInnen nicht eingerechnet. Diese Zahlen schufen den Boden, auf dem die SVP ihren neuerlichen Erfolg erzielen konnte.

Die Folgen der Annahme der SVP-Kontingenzierungsinitiative

Die Annahme der SVP-Kontingenzierungsinitiative hat – sofern sie in kommenden Abstimmungen nicht widerrufen wird – erhebliche Konsequenzen. Migrationspolitisch ist sie ein beträchtlicher Rückschritt für all jene, die aus EU-Ländern in die Schweiz zuwandern. Gesellschaftspolitisch fördert sie ein Klima des Misstrauens und der Distanz zwischen den Menschen unterschiedlicher Nationalität. In der Arbeitswelt vergrössert sich die Gruppe von abhängig Beschäftigten, die weitgehend rechtlos ist und die sich gegen eine schlechte Behandlung am Arbeitsplatz und gegen Lohndumping kaum wehren kann. Im Hinblick auf die Beziehungen zur EU schliesslich führt die Festschreibung der Kontingenzierung mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Kündigung der bilateralen Verträge. Für die Europäische Union ist die Personenfreizügigkeit ein unerlässlicher Eckpfeiler. Die EU verfügt kaum über Spielräume, der Schweiz diesbezüglich Sonderbestimmungen zuzugestehen, weil dies innerhalb der EU eine zentrifugale Dynamik auslösen würde. Die bei den Wahlen des Europäischen Parlaments im Mai 2014 erstarkten rechtsnationalistischen Kräfte würden ein solches Entgegenkommen zu nutzen wissen, um die Personenfreizügigkeit auch in ihrem eigenen Land in Bedrängnis zu bringen. Damit würde die Europäische Union in ihren Grundfesten erschüttert.

Die EU hat stets klar gemacht, dass die bilateralen Verträge mit der Schweiz nur als gesamtes Vertragswerk von Bestand sind, und hat dies durch entsprechende Klauseln

in diesen Verträgen abgesichert. Fällt die Personenfreizügigkeit, fallen auch alle andern Verträge. Damit droht der Schweiz, inmitten von Europa gelegen, von diesem Europa abgeschnitten zu werden. Der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Schweiz ist die EU: 56% aller Exporte gehen in die EU, 75% aller Importe kommen aus der EU (BfS, 2014)⁷. Ein erschwerter Zugang zum europäisch regulierten Binnenmarkt hätte zweifellos erhebliche Konsequenzen. Diese Konsequenzen könnten sich als weitaus schwerwiegender erweisen als diejenigen, die aus dem Nein zum EWR von 1992 erwachsen. Denn damals ging es um einen Nicht-Einstieg in ein Vertragswerk, das erst im Entstehen begriffen war. Heute hingegen geht es um den Ausstieg aus etablierten Verhältnissen. Dabei würden nicht nur die ökonomischen, sondern auch die gesellschaftlichen und politischen Beziehungen belastet, wie die EU-Reaktionen für die Bereiche Forschung und Lehre bereits gezeigt haben.

Die SVP wird nicht an sich selbst scheitern

Bei der Weltausstellung in Sevilla im Jahr 1992 zierte das Motto *la Suisse n'existe pas* des Künstlers Ben Vautier den offiziellen Schweizer Pavillon. Die Provokation funktionierte und sie funktioniert bis heute. Chefredaktor Roger Köppel bezeichnete das Motto in einem Weltwoche-Editorial vom Dezember 2012 als ›Selbstmord-Slogan‹ des Schweizer Mainstreams, der 1992 mit der Befürwortung des EWR die Schweiz zur Selbstauflösung habe führen wollen, was nur dank der SVP habe verhindert werden können. Köppel führt hier eine ziemlich spitze Zunge angesichts der Tatsache, dass auf das EWR-Nein eine zehnjährige Schwächeperiode der Schweizer Wirtschaft folgte, und dass mit den Bilateralen Verträgen vieles aus dem EWR schliesslich von der Schweiz doch noch nachvollzogen wurde. Doch erstaunlich genug: Der wirtschaftliche Kriechgang in den 1990er-Jahren wurde in keinem Moment der SVP angelastet. Im Gegenteil begann mit dem

EW-Nein ihr eigentlicher Aufstieg. Bei den Nationalratswahlen steigerte die SVP ihren Wähleranteil von 11.9% im Jahr 1991 auf 28.9% im Jahr 2007. Der Zuwachs wurde erst 2011 gestoppt (26.6%).

Gegenwärtig gibt es einige politische Stimmen, die darauf hoffen, die Folgen der SVP-Kontingentierungsinitiative würden der SVP schaden. Sie seien gewarnt. Auch wenn sich die Geschichte nicht wiederholen muss: Die Wahrscheinlichkeit, dass der Abschottungsentscheid auch diesmal der SVP nützt, ist leider sehr gross. Die SVP wird alles daran setzen, sämtliche negativen Folgen des Entscheides dem Bundesrat, der bürgerlichen ›Mitte‹ und der Linken in die Schuhe zu schieben. Gerade in solchen Anfeindungen hat sie in den letzten Jahren eine unerreichte Meisterschaft erlangt. Die SVP wird nicht an sich selbst scheitern.

Ein Neuanfang?

Mit der Annahme der Kontingentierungsinitiative könnte sich ein ungeordneter Niedergang der Schweiz anbahnen. Doch auch das Gegenteil ist möglich: Der 9.2.2014 mobilisiert jene Kräfte, die sich weder vom Standortdumping noch von fremdenfeindlichen Tendenzen vereinnahmen lassen wollen. Die breite Beteiligung von 12'000 Personen an der Kundgebung für eine offene und solidarische Schweiz vom 1. März 2014, für welche ausschliesslich via Social Media aufgerufen wurde, ist dafür ein Hoffnungszeichen. Ein Neuanfang muss von jenen Kräften getragen werden, die die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch, aktiv und lösungsorientiert gestalten wollen, die nach global tragfähigen Lösungen suchen und die sich nicht mit Varianten des Nationalegoismus begnügen. Deshalb darf die Linke sich jetzt auch auf keinen Fall dem bürgerlichen Mainstream anpassen in der falschen Annahme, so könne die SVP besser zurückgedrängt werden. Dies würde dazu führen, dass sie von der neoliberalen Politik des Standortdumpings und der Schweiz AG absorbiert wird. Doch gerade als Schweiz AG, als reines Business-Projekt,

wird dieses Land auf Dauer nicht bestehen können. Gerade dieses Business-Projekt weckt den Widerstand, der sich – leider – immer wieder auf fremdenfeindliche Weise Ausdruck verschafft. Das Modell ›Schweiz AG‹ darf und soll sich nicht weiterhin durchsetzen. Gesellschaften müssen sich so formieren, dass ihr Gehalt, ihre Kultur, ihre Entscheide weit über die Interessen der Business-Eliten hinausgehen. Ein Land, das dazu keine Kraft aufbringt, wird unnützlich und entbehrlich. Ein Land, das auf Standortmarketing und auf den Interessen von einem Dutzend Grosskonzernen baut, baut auf Sand.

2. Die überflüssige Gesellschaft

Was der Schweiz gegenwärtig widerfährt – dass sie zwischen den Hammer der globalen Business-Eliten und den Amboss der Fremdenfeindlichkeit gerät –, geschieht in ähnlicher Weise auch in vielen andern Ländern. Der Weg aus dieser Falle gelingt nur, wenn dabei emanzipatorisches Potenzial freigelegt und die Macht der Business-Eliten mit einem auf globale Kooperationen ausgerichteten Ansatz zurückgedrängt wird. Was für die Schweiz gilt, gilt überall: Staaten finden für breite Bevölkerungsteile ihre Legitimation nur insofern, als sie das Zusammenleben der Menschen regeln und dabei zum Träger von Gemeinschaft, von Institutionen, von Kultur und von Werten werden, die weit über die Interessen der Grosskonzerne hinausweisen. Staaten müssen ferner dazu beitragen, die existenziellen Herausforderungen anzunehmen, vor denen die gesamte Menschheit steht. Sie müssen versuchen, diese Welt zu einem besseren Ort zu machen. In dem Masse hingegen, wie sie sich den Interessen der Grosskonzerne unterwerfen, werden sie zu deren Agenten und machen aus den Nationen reine Standortanhängsel. Nationen aber, die keinen inneren Widerstand gegen die Macht der internationalen Konzerne entwickeln, werden zu überflüssigen Nationen.

Seit dem Beginn seiner Wirkungsgeschichte hat das Ka-

pital die Tendenz, die Welt in seinem Interesse umzukrem-
peln. Das Unternehmen, das im Wettbewerb nicht mit-
hält, wird eliminiert, und die Vermögenswerte, die keine
Rendite mehr abwerfen, werden abgeschrieben. Da sich
dieser Prozess unter den Bedingungen einer unerbittlichen
Konkurrenz zwischen den verschiedenen Kapitaleignern
abspielt, produziert er ausbeuterische und zerstörerische
Verhältnisse. Die Kapitaleigner stehen unter hohem Druck,
ihr Kapital laufend zu vermehren und dabei alles zu ver-
werten, was sich als verwertbar erweist, und alles zu igno-
rieren, was keinen unmittelbaren Wertzuwachs verspricht.
Wirksam kann dieser Druck nur gemindert werden, wenn
die Gesellschaften, ihre Institutionen und ihre zivile Mobi-
lisierung Grenzen durchsetzen, an die sich alle Kapitaleig-
ner halten müssen. Der sich ständig erneuernde Prozess der
Kapitalverwertung darf nicht länger der Haupttreiber der
gesellschaftlichen Entwicklung sein. Entwicklungen müs-
sen demokratisch kontrolliert und gesteuert werden, und
sie müssen sich am gesellschaftlichen Bedarf orientieren.

Es sind die genannten Prozesse der kapitalistischen
›Landnahme‹, die den aktuellen und den zukünftigen
Handlungsspielraum demokratischer Kollektive definie-
ren und begrenzen. Ein aktuelles Beispiel ist das Trans-
atlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP)
zwischen Europa und den USA, mit dem die öffentlichen
Dienste als neue Märkte für das europäische und das US-
Kapital erschlossen werden sollen. John Hilary, Buchautor
und Honorarprofessor an der School of Politics and In-
ternational Relations der Universität Nottingham schreibt
dazu: »US-Unternehmen sind besonders daran interessiert,
Zugang zu den öffentlichen Gesundheitssystemen in Eur-
opa zu erhalten, in denen sie riesige Märkte sehen, die es
zu erschliessen gilt« (Hilary 2014: 24). Der Skandal rund
um die Abhörpraktiken der US-amerikanischen National
Security Agency NSA hat überdies deutlich gemacht, dass
solche Aneignungsprozesse längst nicht mehr auf stoffliche
und energetische Ressourcen beschränkt sind, sondern die
digitale Landnahme und Enteignung im 21. Jahrhundert

massiv an Bedeutung gewinnt (Altvater 2014 / Blätter 4/14). In eine ähnliche Richtung wie das TTIP würde das multinationale Dienstleistungsabkommen TISA (Trade in Services Agreement) wirken, das seit 2012 von 48 Ländern unter aktiver Mitwirkung der Schweizer Regierung – und unter Ausschluss der Öffentlichkeit – verhandelt wird. Glücklicherweise formiert sich gegenwärtig gegen beide Projekte breiter Widerstand.

Doch es geht noch weiter – beträchtlich weiter. All das, was für die menschliche Existenz zwar unerlässlich, aber für das Kapital nicht unmittelbar verwertbar ist, wird an den Rand gedrängt oder ignoriert. Unerlässlich ist eine intakte Lebenswelt für das (menschliche) Leben auf diesem Planeten. Unerlässlich ist der immense Schatz an Fürsorge, der jeden Tag aufgebracht wird – für die Kinder, für die Pflegebedürftigen, für alle. Doch beides, die intakte Umwelt und ein tragfähiges menschliches Unterstützungs- und Beziehungsnetz, hat für das Kapital nur mittelbaren Nutzen, und das reicht bereits aus, Ignoranz und Zerstörung auszulösen.

Das zwar Überflüssige, aber für das Kapital Verwertbare hingegen wird auf die Spitze getrieben. Daraus resultiert eine sinnentleerte Verschwendungsmaschinerie. Der neueste Trend in der Bekleidungsbranche etwa geht dahin, Kleider zu produzieren, die nur noch einmal getragen und dann fortgeworfen werden. In dieser Maschinerie werden in den armen Ländern (z.B. Bangladesch) unter unmenschlichen Bedingungen Konsumgüter in rauen Massen produziert, die in reichen Ländern (z.B. in der Schweiz) nach einem Kurzgebrauch auf den Müllhalden landen. Die gleiche Maschinerie produziert unnötige medizinische Dienstleistungen (z.B. Operationen, die nicht erforderlich sind), weil die Spitäler gezwungen werden, Gewinne zu machen. Sie erzeugt einen Schwall von unnützen Informationen jeder Art und von administrativ-bürokratischen Monstern, die nur der Verwertung des Kapitals dienen. So gibt es eine weltweite Beratungsindustrie zur Vermeidung von Steuern mit Millionen von Beschäftigten. Im stark privatwirtschaft-

lich geprägten US-amerikanischen Gesundheitswesen verursachen alleine die administrativen Tätigkeiten Kosten in der Größenordnung von 1000 Mia Dollar pro Jahr. Die Pro-Kopf-Kosten für diese Administration bewegen sich damit in der Höhe der Pro-Kopf-Kosten für die gesamte Gesundheitsversorgung in Japan oder Finnland – eine unglaubliche Verschwendung (Himmelstein et al., 2012).

Die enorme, explosive Zunahme der Arbeitsproduktivität ermöglicht es, Güter und Sachdienstleistungen in immer kürzerer Zeit zu produzieren. In vielen Bereichen ist dieser Prozess mittlerweile weitgehend zum Abschluss gekommen. Autos etwa lassen sich kaum mehr rationeller produzieren, als dies heute geschieht. Und deshalb werden sie nun immer komplexer und schwerer, um in der Konkurrenz zu bestehen – was die technischen Errungenschaften im Bereich der Motoreffizienz wieder zunichte macht und verhindert, dass diese Techniken zu einer Entlastung der Umwelt beitragen.

Die enorm gewachsene Produktivität könnte eigentlich genutzt werden, um die Arbeitszeiten zu senken. Doch gegenwärtig geschieht das Gegenteil: Die einen werden zu immer mehr Leistungen angetrieben, während der Anteil derer, die aus der Arbeitswelt ausgeschieden werden, zunimmt. Die Gesellschaften verpassen es, ihre Ressourcen in den Care-Bereich zu lenken und in eine Aufwertung der Sorgetätigkeiten zu investieren, in die Betreuung von Kindern, von Pflegebedürftigen, in das Beziehungsgeschehen zwischen Erwachsenen, in Kultur, in die Verwirklichung der individuellen menschlichen Potenziale. Sie verpassen es, den technischen Fortschritt dazu zu nutzen, um die Lebenswelten zu verbessern und die Umweltschäden zu mindern. Stattdessen werden weitere Unsummen in die Perfektionierung der Maschinerie investiert, etwa in die Roboterisierung der Pflege oder in die Roboterisierung der Kriege mit unbemannten Drohnen. Der deutsche Soziologe Georg Vobruba spricht von der »Crux des Produktivitätsfortschritts unter kapitalistischen Produktionsbedingungen«, die darin besteht, dass »sein Motor, die

Akkumulation, nicht als gesellschaftlich beherrschbares Instrument, sondern als Angelpunkt des Systemfunktionierens selbst und damit als Selbstzweck, als Akkumulationszwang, institutionalisiert ist« (Vobruba 2006: S. 12).

Zur Disposition stehen die gesellschaftlichen Belange als öffentliche Angelegenheiten, als *res publicae* (lateinisch für ›öffentliche Sachen‹). Zur Disposition steht die Republik⁸ und die Möglichkeit der Menschen, die gesellschaftlichen Verhältnisse als Kollektiv demokratisch einzurichten. Den öffentlichen Angelegenheiten droht die Demontage durch marktradikale Konzepte und Praxen der Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung. Ein konkretes Beispiel alleine vermag dies besser zu erläutern als tausend Worte: 1980 waren in den USA auf 100'000 BewohnerInnen 139 Personen inhaftiert. In den dreissig Jahren der neoliberalen Dominanz stieg diese Zahl um das Fünfeinhalbfache auf 750 (2010). Das ist Weltrekord – vor Ruanda und Georgien. Viele Gefängnisse werden inzwischen als private, profitorientierte Unternehmen geführt, wodurch ein ökonomisches Interesse und damit eine selbstreferenzielle Dynamik für viele und lange Haftstrafen entstanden ist. Der Strafvollzug verliert seinen Charakter als *res publica*. Manche der profitorientierten Strafanstalten schrecken auch nicht davor zurück, Richter zu bestechen, um Business zu generieren: In Pennsylvania wurden zwei Richter überführt, die über die Jahre 2.6 Mio Dollar Bestechungsgelder von Jugendstrafanstalten dafür erhalten hatten, dass sie bei Bagatellfällen schwere Strafen aussprachen (alle Angaben: Trojanow, 2013, S. 39. Ebenso: Edition Le Monde diplomatique, 2008). Das Beispiel macht auch deutlich, worum es – entgegen der Beteuerungen der neoliberalen Propaganda – eben nicht geht: Es geht nicht um Effizienz und Bürokratieabbau, und schon gar nicht geht es um mehr Freiheit. Worum es aber immer geht, ist der Zuwachs an Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital und das Zurückdrängen demokratischer Prozesse und Einflüsse.

Die schrankenlose Verwertung von Kapital eignet sich

nicht als tragendes Konzept unserer Zeit. Dieses tragende Konzept muss vielmehr die Selbstbestimmung der Menschen über ihre Lebensverhältnisse ins Zentrum stellen. Republiken müssen Gefüge sein, in denen möglichst gute Entscheidungen getroffen werden können, die die Wohlfahrt aller ihrer Mitglieder fördern, und in denen die Durchführung dieser Entscheide unter öffentlicher Aufsicht erfolgt. Das ist nur schlecht vereinbar mit der zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen, von Lebenschancen, Einfluss und Macht, wie wir sie gegenwärtig in den meisten Ländern und zwischen den Ländern beobachten. Die Studien des ehemaligen Weltbank-Ökonomen Branko Milanovic belegen, dass zwischen 1988 und 2005 – in absoluten wie relativen Zahlen – weltweit nur die reichsten 10 Prozent (und dabei vor allem die reichsten 5 Prozent) einen Einkommenszuwachs verzeichnen konnten, während alle anderen Bevölkerungsanteile zu den Verlierern gehören. Aufgrund extremer Armut sterben jährlich mehrere Millionen Menschen. Gleichzeitig würde allein der *Gewinnzuwachs* der reichsten 5 Prozent ausreichen, um die Einkommen der gesamten ärmeren Hälfte der Menschheit bis zum globalen Medianeinkommen aufzustocken (Pogge, 2011, S.3f). Diese wachsende materielle Ungleichheit geht einher mit einer wachsenden Ungleichheit der Machtverteilung und unterläuft letztlich jede Form von Demokratie.

Gesucht sind also Wege, Reichtum und Ressourcen gerechter zu verteilen, um Menschen zu ermächtigen und zu befähigen, ihre Lebenswelt mitzugestalten. Gesucht ist eine andere, eine emanzipatorische Demokratie, die über die Trennung von Politik und Ökonomie hinausgeht. Diese Trennung führt dazu, dass die angeblichen ›Naturgesetze‹ der Ökonomie gegen die Freiheit demokratischer Selbstbestimmung gesetzt werden und die Wenigen die Vielen verwalten, indem sie vorgeben, sie allein könnten diese ›Naturgesetze‹ beherrschen (Demirovic 2013). Was es letztlich braucht, ist ein viel stärkerer Begriff von Demokratie. Was es braucht, ist »ein empathisches Verständnis

von Demokratie als politische Form der Selbstgestaltung von Gesellschaft. Wir müssen wieder wirklich verstehen und kulturell-kollektiv verankern, dass wir alle gestalten sollten und gestalten wollen sollten und es die Möglichkeit dazu gibt.« (Rosa/Lessenich, 2014, S. 50f.)

Ein zentrales Problem sind dabei die multinationalen Grosskonzerne, die als materielle Verdichtung von Ungleichheit, als Treiber eines profitgetriebenen und ressourcenintensiven Wachstums sowie eben auch als Gefahr für die Demokratie wirken. Längst sind Grossunternehmen massgebende gesellschaftliche Organisationen, dennoch findet in ihnen eine privatisierte Planung zum Nutzen weniger statt. Einige wenige Manager, Verwaltungsräte und Investoren prägen mit ihren Entscheiden die gesellschaftliche Entwicklung. Grossunternehmen müssen deshalb gegenüber der Gesellschaft verantwortlich gemacht werden. Ihre staatlich geschützten Monopole in Form von Patenten und Zugriffsrechten auf natürliche Ressourcen dürfen nicht länger akzeptiert werden. Stattdessen brauchen wir unter anderem eine konsequente Förderung von offenen Patenten, die allen frei zur Verfügung stehen (Stalder, 2011; Nuss, 2011). Wichtige, für das Funktionieren der Gesellschaften unerlässliche Produkte und Dienste müssen als Service public verstanden, demokratisch reguliert und nach Bedarf auch öffentlich erbracht werden. Dabei müssen diese öffentlichen Dienste gegenüber dem heute üblichen Verständnis deutlich ausgeweitet werden. Zum Beispiel müssen auch grundlegende Finanzdienste wie die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Verwaltung der Ersparnisse der Haushalte sowie die Vergabe von Hypothekarkrediten und von Krediten an KMU als Service public konzipiert werden. Eine solche Neuordnung der Finanzdienste hat die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie bereits 2010 vorgeschlagen (Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, 2010). Zusammen mit einer strikten Regulierung der Finanzprodukte und einer Eigenmitteluntergrenze von 30% für Banken kann damit das sogenannte Too-big-to-fail-Problem⁹ gelöst werden.

Ein zusätzlicher, wichtiger Weg ist die Demokratisierung der Grosskonzerne von innen. Die Belegschaften müssen an Einfluss gewinnen, ohne dass sie dadurch an die Konzernpolitik gekettet werden. Den globalen Konzernleitungen sollen unabhängige globale Arbeitnehmervertretungen gegenübergestellt werden. Diese wiederum müssen frei mit Gewerkschaften und mit Organisationen der Zivilgesellschaft (z.B. KonsumentInnen- und Umweltorganisationen) kooperieren können, um die Konzernpolitik im Sinne des gesellschaftlichen Gesamtinteresses zu beeinflussen. Betroffene Stakeholder werden so zur Mitgestaltung ermächtigt, ihr Einfluss institutionell abgesichert. Dabei geht es um weit mehr als um die klassische Mitbestimmung. Ziel ist vielmehr das Primat der öffentlichen Interessen über die Profit- und Machtinteressen der Konzerneigner, Ziel ist das Durchbrechen der autokratischen Verhältnisse innerhalb der Grossunternehmen, in denen die Einen das Sagen haben und die Andern gehorchen müssen.

Auch übergeordnete wirtschaftliche Entscheide müssen künftig demokratisch legitimiert sein. Beispiel Informationsverarbeitung: Die Festlegung von Standards und Schnittstellen ist ein überaus wichtiges Einflussfeld, das sich heute einer demokratischen Einflussnahme weitgehend entzieht. Beispiel Pharmaindustrie: Die Entscheide darüber, in welche Bereiche die Forschungsgelder gelenkt werden, sind von hohem öffentlichem Interesse. Sie dürfen nicht den privaten Profitinteressen der Pharmakonzerne überlassen werden.¹⁰ Schliesslich müssen auch wirtschaftliche Rahmenziele demokratisch ermittelt werden. Solche Rahmenziele sind meist eng gekoppelt mit generellen Richtungsentscheiden, z.B. hinsichtlich der Energieerzeugung und -nutzung.

Demokratie ist dabei weit mehr als die Etablierung von Mehrheitsentscheiden. Demokratie ist ebenso die Entwicklung einer partizipativen und emanzipatorischen Kultur, in der es um Transparenz, Konfliktfähigkeit, Verhandlungskompetenz, kreative Lösungsfindung und gesellschaftspolitisches Engagement geht. Entscheidend ist dabei nicht,

dass alle Leute jederzeit voll auf ihre Rechnung kommen. Entscheidend ist, dass alle Leute reale Möglichkeiten haben, Einfluss zu nehmen und ihre Lebensperspektiven zu verbessern.

3. Der überflüssige Mensch

Wir leben in einem System, das eine wachsende Zahl von Menschen überflüssig macht, so die Diagnose von Ilija Trojanow in einem aktuellen, breit beachteten Essay. Wer weder im Bereich der Produktion noch in der des Konsums mittun kann, wird überflüssig. Wer keiner Erwerbsarbeit nachgeht, mutiert zum Kostenfaktor, zur potenziellen ›Sozialschmarotzerin‹, zum ›Scheininvaliden‹. Jede und jeder, der/die schon einmal die Erwerbsarbeit verloren hat – spürte die grundlegende Infragestellung seiner Existenz durch die herrschenden Wertvorstellungen. Jede und jeder weiss: Ihre/seine Nützlichkeit hat nur provisorischen Charakter. »Die meisten Menschen leben im Treibsand zwischen gebraucht werden und überflüssig sein. Sie kämpfen darum, nützlich zu bleiben, wesentlich zu werden – nicht abzustürzen in die spätkapitalistischen Müllhalden, aus denen es keine Rettung gibt. Es geht um alles« (Trojanow, 2013, S. 28). Letztlich verbirgt sich hinter der Prekarisierung des Gesellschaftlichen also die Prekarisierung des Menschen überhaupt.

Der Kampf wird zunehmend darüber geführt, existieren zu dürfen. Die russische Zeitschrift *Ekologitscheski Postmodern* (Ökologische Postmoderne) publizierte vor einigen Jahren einen Bericht zur Frage, wie viele Menschen nach ökonomischen Kriterien überflüssig seien. Der Bericht enthielt eine Schätzung für jene 107 Staaten der Welt, in denen offenbar solch überflüssige Menschen leben. 3'548'860'800 an der Zahl sollen es gemäss *Ekologitscheski Postmodern* sein. Ähnliche Vorstellungen äussert Ted Turner, CEO des tonangebenden US-Nachrichtensenders CNN und Vizepräsident von Time-Warner. Turner sprach

2008 am World Affairs Council of Philadelphia vom visionären Ziel, die Weltbevölkerung auf zwei Milliarden zu verringern. 1996 hatte Turner in einem Interview sogar noch gemeint: »Eine Bevölkerung von 250–300 Mio Menschen, also ein Rückgang um etwa 95%, wäre ideal«¹¹. Turner weiss, welche Welt er sich dabei wünscht. Er besitzt Latifundien in Montana, Nebraska, Oklahoma und New Mexico, die er von Menschen weitgehend geräumt hat. Zugang haben nur reiche Jäger, die fünfstellige Beträge für den Abschuss eines Elchs oder eine Hirschkuh bezahlen (Trojanow, S. 20).

Man könnte solches Gedankengut und solche Praxen als Spinnerei von menschenverachtenden Ultrareichen abtun. Doch das wäre zu kurz gegriffen. Denn in der Umweltdebatte hat sich längst die Vorstellung etabliert, das Problem aller ökologischen Übel sei ›der Mensch‹ als solcher. So erklärt der WWF auf seiner Homepage, die Klimaerwärmung sei »vom Menschen verursacht«¹². Damit ist zwar gemeint, sie habe keine *natürlichen* Ursachen. Und doch wird hier und an vielen andern Orten die Botschaft transportiert, ›wir alle‹ seien der Grund für die Umweltzerstörung: Als KonsumentInnen hätten wir die Macht, alles zu verändern, wenn wir nur wollten. Denn ohne die entsprechende Nachfrage der KonsumentInnen würden die Unternehmen der Umwelt auch keinen Schaden zufügen.

Solche Aussagen gehören zu den schwerwiegenden Irreführungen der Gegenwart. Denn in Wirklichkeit verfügen die KonsumentInnen nur über geringen Einfluss auf gesellschaftliche Verhältnisse. Zwar entscheiden sie darüber, welcher Handy-Hersteller den grössten Absatz erzielt. Doch finden sich in praktisch allen Handys dieselben Rohstoffe, die in denselben kongolesischen Minen unter denselben unmenschlichen Bedingungen geschürft werden. Und praktisch alle Handys werden in denselben asiatischen Fabriken montiert, unter denselben düsteren Arbeitsbedingungen. Bestenfalls führen unsere Kaufentscheide dazu, dass sich ökosoziale Nischenmärkte ausbilden (z.B. für ein Ökohandy) mit dem Ergebnis, dass denje-

nigen Menschen mehr Geld abverlangt wird, die die Natur schonen wollen (was für eine Perversität!), während die übrigen, umweltschädigenden Produkte munter weiterproduziert werden. Die Dinge ändern sich erst dann, wenn klare Gebote und Verbote für die nötige Wirkung sorgen. Paradebeispiel dafür ist die Einführung des Katalysators bei Automobilen. Der obligatorische Katalysatoreinbau konnte dank dem Druck der umweltpolitischen Welle der 1980er-Jahre weltweit durchgesetzt werden und ermöglichte eine massive Reduktion der Stickoxyd-Emissionen.

Wenn behauptet wird, der »*Mensch als solcher*« trage die Schuld an der sukzessiven Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, dann sollten wir hellhörig werden. Die Vermutung liegt nahe, dass sich damit die Spitzen der Grosskonzerne und der Regierungen aus der Verantwortung stehlen wollen. Von einer Schuldzuweisung an den *Menschen als solchen* führt oft auch ein direkter Weg zu den erwähnten Gräuelforderungen nach einer massiven Reduktion der Weltbevölkerung. Solche Vorstellungen schaffen sich umso mehr Bahn, je machtloser sich die Leute fühlen. Sie sind mittlerweile in manche gute Stube eingedrungen – etwa in Form der Ecopop-Initiative, die eine Migrationsbegrenzung aus ökologischen Gründen fordert und die Schweiz als ökologische Alpeninsel bewahren will.

Das heisst allerdings nicht, dass wir keine Verantwortung tragen: Als BürgerInnen, als Beteiligte in der Zivilgesellschaft, als Tätige in Unternehmen und Institutionen ist es unsere Aufgabe, eine andere Wirtschaftsweise durchzusetzen. In dieser Hinsicht ist auch unser Konsumverhalten relevant: Nicht weil wir darin ›Verantwortung‹ tragen, sondern weil wir durch unsere individuelle Lebensgestaltung Räume vorbereiten können für kollektive Veränderungen. Der individuelle Verzicht auf Autofahrten etwa hat als solches – leider – nicht die geringste direkte Wirkung. Aber er kann auf eine kritische Masse von Menschen hinwirken, die einen andern, nachhaltigen Umgang mit der Mobilität einfordern.

Als Richtschnur der künftigen Entwicklung brauchen

wir Leitideen wie diejenige des Buen Vivir, des ›Guten Lebens‹, wie es in den Verfassungen von Ecuador und Bolivien verankert ist. Buen Vivir kombiniert das individuelle Gute Leben mit den Erfordernissen der öffentlichen Angelegenheiten und mit dem Erhalt tragfähiger natürlicher Lebensräume. Buen Vivir grenzt sich klar ab von einem einzig individuell konzipierten ›guten‹ Leben, das zu Lasten anderer geführt wird und nicht im sozialen Zusammenhang verankert ist (Fatheuer 2011, S. 20). Ein wichtiger Aspekt von Buen Vivir sind ausgleichende Verhältnisse ohne Übernutzung und Ausbeutung statt dauerhaftes stoffliches Wachstum. Buen Vivir ist ein pluralistisches Konzept, das weltweit verschiedene Anknüpfungspunkte bietet. Seine Umsetzung erfordert globale Kooperationen, damit Länder wie Ecuador und Bolivien sich aus dem alten Dilemma ›Umweltschutz oder Entwicklung‹ befreien können.

Hier schliesst sich der Bogen zur Diagnose von Trojanow, wonach wir in einem System leben, das eine wachsende Zahl von Menschen überflüssig macht – ein Trend, den wir auf keinen Fall hinnehmen dürfen. Deshalb müssen wir uns von der Dominanz des Kapitals lösen, deshalb müssen wir die demokratische Einflussnahme auf alle gesellschaftlichen Bereiche stärken, und deshalb brauchen wir Leitbilder eines guten Lebens, unter denen es möglich ist, die universelle Gültigkeit der Menschenrechte einzulösen.

4. Die Schweiz vom Kopf auf die Füße stellen

›Empört Euch!‹ ist der Titel eines Essays des ehemaligen französischen Widerstandskämpfers und UN-Diplomaten Stéphane Hessel. Es wurde im Oktober 2010 veröffentlicht. Bis Februar 2011 wurden mehr als eine Million Exemplare verkauft. Die Schrift hat einen Nerv der Zeit getroffen. Der Titel ist das Programm: Empören wir uns gegen die Maschinerie der Sinnlosigkeit!

Zur Dekonstruktion des Gesellschaftlichen gehörte in

den letzten dreissig Jahren auch die Dekonstruktion der BürgerIn. Wer sich für Ziele engagierte, die über den Horizont einer eigenen Karriere hinauswiesen, wurde zum trotteligen Gutmenschen erklärt. Massgebend war der Mensch nur noch als homo oeconomicus, als privater Nutzenoptimierer. Folgerichtig sollte die Politik zurückgedrängt, sollten die massgebenden Entscheide den Marktmechanismen überlassen werden. Damit einher ging ein Zersetzungsprozess des Sinnstiftenden. Denn die wichtigste Quelle des Sinnhaften besteht gerade darin, den Horizont des eigenen Ichs zu überschreiten. Diese Zerstörung des Sinnstiftenden betraf und betrifft nicht nur die Ebene des gesellschaftlichen Engagements, sondern auch die Berufswelt. Wo liegt noch der Sinn einer Berufskarriere als Pflegende oder Ärztin, wenn die Gesundheitsversorgung immer durchgängiger ökonomisiert wird, wenn für menschliche Zuwendung keine Zeit mehr bleibt, wenn Behandlungsentscheide immer weniger vom Wohl der PatientInnen geleitet und immer mehr von kommerziellen Zielen bestimmt werden? Wo liegt der Sinn einer Berufskarriere als Hochschullehrende, wenn immer mehr Zeit für die Akquisition von Forschungsaufträgen und für deren Administration aufgewendet werden muss, und wenn jede relevante, kritische Forschung in den Geruch des ›Politischen‹ gedrängt und verhindert wird?

Wirklich menschlich wird das menschliche Leben erst dann, wenn es mit Sinn erfüllt ist. Der Sinn aber ist das Band, das das Individuelle mit dem Kollektiven verbindet. Sinn entsteht nicht in der Negierung, aber in der Überschreitung des individuellen Nutzens. Ein sinnentleertes, ein sinnloses Leben ist für die meisten Menschen aber schwer auszuhalten und führt in der Regel zu Formen der Sucht (z.B. der Konsumsucht), zu depressiven Verstimmungen, zu aggressivem Verhalten.

Von 1999 bis Mitte der 2000er-Jahre gewann die globalisierungskritische Bewegung weltumspannende Wirkung und Ausstrahlung. Die Enteignung der Politik durch globale, marktradikale Vertragswerke konnte gebremst, die

Debatten über Alternativen zum Neoliberalismus konnten belebt werden (›Eine andere Welt ist möglich‹). Mehrere Länder Lateinamerikas begannen, alternative Formen der Wirtschaft, der Demokratie und der öffentlichen Dienste zu erproben. Die Finanzkrise von 2007 und 2008 hat ein gesellschaftliches Erdbeben ausgelöst, das alle gesellschaftlichen Kräfte vor neue Herausforderungen stellt. Die Verwerfungen, die dadurch entstanden sind, die Versuche, die Folgen der Krise auf die Bevölkerungen abzuwälzen, und die Belebung einer rücksichtslosen Machtpolitik zum Beispiel gegenüber den Südländern Europas bieten wieder tausendfach neuen Grund zur Empörung.

Empörung ist das Schwungrad der Veränderung. Dieser Schwung muss auch die linken und grünen Parteien, die NGO und die Gewerkschaften erreichen. Zusammen mit Bewegungen aus der Zivilgesellschaft müssen sie ihren Widerstand stärken gegen die Kräfte der Resignation, der Abnützung und der Vereinnahmung durch die bestehenden Machtstrukturen. Dies gilt gerade auch für die Schweiz, in der es manchmal scheint, als liesse sich die Regierungsbeteiligung beliebig mit oppositioneller Politik kombinieren.

Entgegen der täglichen Verkündigungen ist neoliberale Politik keineswegs alternativlos. Wenn jedoch Personen, Parteien und Regierungen neoliberale Politik durchsetzen, die von sich behaupten, sie seien grün, sozialistisch, sozialdemokratisch, dann erzeugt dies genau die Ohnmacht, die den Menschen von neoliberaler Seite her als unausweichliches Faktum suggeriert wird. Wenn nämlich ›Linke‹ genau dasselbe tun wie neoliberale Rechte, dann erscheint die Politik der Umverteilung von unten nach oben, die Politik der Sparprogramme und Deregulierungen, die Politik der Unterordnung unter die Finanzmärkte tatsächlich als alternativlos. Und dann suchen die Menschen ihr Heil zunehmend bei nationalegoistischen, fremdenfeindlichen Kräften.

Die Schweiz und Europa

Dreissig Jahre neoliberal geprägter Politik haben das Projekt der europäischen Integration in den Augen breiter Bevölkerungsschichten erheblich diskreditiert. Dieses Projekt muss dringend eine andere Richtung nehmen. In den Europawahlen vom Mai 2014 hat die Linke zwar nicht verloren, und die Südländer schicken einige interessante neue Gruppierungen nach Brüssel, wie Podemos aus Spanien und Syriza aus Griechenland. Stärker zugelegt haben aber vor allem rechte bis rechtsextreme Parteien, die das Heil in der Wiederbelebung von Nationalismus und Abschottung suchen. Damit stellt sich die Frage, ob es noch fortschrittliche Perspektiven geben kann ausserhalb des europäischen Integrationsprozesses. Die real existierende EU ist aus fortschrittlicher Sicht nicht das, was erforderlich ist. Auch haben die europäischen Eliten die supranationale europäische Ebene mit ihren massiven Demokratie-Defiziten immer wieder dazu benutzt, soziale und ökologische Anliegen auf Länderebene auszuhebeln. Aber sehen die Perspektiven auf rein nationalstaatlicher Ebene auf Dauer wirklich besser aus? Oder besteht für die fortschrittlichen Kräfte nicht gerade in der Demokratisierung Europas eine zentrale Aufgabe? Wäre es deshalb nicht konsequent, für den Beitritt der Schweiz in die EU einzutreten?

Wie immer man diese Frage beantworten mag: Auf absehbare Zeit ist ein solcher Beitritt nicht mehrheitsfähig. Gerade auch deshalb ist das Projekt einer Erweiterung der bilateralen Verträge fragwürdig. Das geplante Rahmenvertragswerk verstärkt ein Konstrukt, bei dem die Schweiz neoliberale Regeln übernimmt, ohne sich den damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen auf EU-Ebene zu stellen. Beispielsweise könnte die Übernahme von dynamischem EU-Recht das Ende der flankierenden Massnahmen bedeuten.

Umso wichtiger ist es, dass sich die Schweizer Linke nun entschlossen in die laufenden Auseinandersetzungen um die Migrationspolitik, die Steuerpolitik und die Bezie-

hungen zur EU einbringt (siehe Kasten ›Wie weiter nach dem knappen Ja zur Kontingentierungsinitiative?‹). Dabei braucht es auch Vorschläge, die mehrheitsfähig sind und die Situation deblockieren helfen. Im Zentrum müssen die Bemühungen stehen, den gegenwärtigen Stand der bilateralen Verträge zu sichern, eine Verschärfung der Migrationspolitik zu verhindern, dem Standortdumping einen Riegel zu schieben und ökologische und soziale Schutzmassnahmen voranzubringen, die der Bevölkerung echten Nutzen bringen. Den Auftakt dazu bildet die Abstimmung über die Ecopop-Initiative.

In jedem Fall muss sich die Linke Klarheit verschaffen zur Frage der Personenfreizügigkeit. Sie muss unseres Erachtens als ein Freiheitsrecht verstanden werden. Wenn Menschen in einem andern Land eine Arbeitsstelle angeboten bekommen oder studieren wollen, so muss es ihr Recht sein, sich im entsprechenden Land niederlassen zu können. Dies soll für MigrantInnen in der Schweiz gelten und für SchweizerInnen im Ausland. Die Personenfreizügigkeit soll auch Leuten aus Nicht-EU-Ländern gewährt werden. Selbstverständlich muss entschlossen dafür gekämpft werden, dass die jeweiligen Arbeitsregelungen des Gastlandes zur Anwendung kommen und keine Dumpingwirkungen auf die Löhne entstehen. Mit polizeistaatlich kontrollierten Kontingentierungsregelungen ist den Dumpingwirkungen aber nicht beizukommen. Denn sie machen aus den betroffenen MigrantInnen rechtlose Menschen, die deshalb dem Druck der Arbeitgeber umso stärker ausgeliefert sind.

Die Schweiz vom Kopf auf die Füsse stellen

Die Welt der globalisierten Konzerne bietet für die grosse Mehrheit der Menschen keine Heimat mehr. Der Weg zurück in die (vermeintliche) Heimat-Idylle des letzten oder gar vorletzten Jahrhunderts ist ebenfalls verbaut. Ein Ausweg aus dieser Sackgasse kann nur von jenen Kräften kommen, die ein tragfähiges gesellschaftliches Ent-

Wie weiter nach dem knappen Ja zur Kontingentierungsinitiative?

Der knappe Entscheid vom 9.2.2014 stellt die EU-Anbindung der Schweiz akut in Frage. Dies richtet sich gegen vielfache Interessen der Grosskonzerne und der Banken. Der bürgerliche Mainstream sucht denn gegenwärtig auch in alle Richtungen nach Möglichkeiten, die Umsetzung der Kontingentierung mit den bilateralen Verträgen zu vereinbaren. Der Bundesrat wiederum will die Initiative wortgetreu umsetzen, um der SVP den Wind aus den Segeln zu nehmen. Vermutlich setzt er darauf, dass die EU sich auf keinerlei Verhandlungen zu einer Aufweichung der Personenfreizügigkeit einlässt, und dass danach die Bevölkerung in einer zweiten Abstimmung die bilateralen Verträge höher gewichten wird als die Umsetzung der Kontingentierungsinitiative. Die SVP wittert dementsprechend bereits auch Verrat, »Komplotte« und »Geheimabsprachen« (NZZ, 6.6.14). Gleichzeitig fordert sie, das Abkommen zur Personenfreizügigkeit mit der EU sei zu kündigen. Wenn der Bundesrat dies nicht von sich aus anpacke, dann werde sie eine Durchsetzungsinitiative lancieren.

Der Bundesrat schlägt dabei eine heikle Marschrichtung ein. Trotz des Verdikts vom 9.2.14 setzt er die Verhandlungen mit der EU über einen Ausbau der bilateralen Beziehungen fort. Dabei stehen zwei Vorhaben im Zentrum. Die EU fordert von der Schweiz, sie müsse diejenigen Teile des EU-Rechts, das die bilateralen Verträge tangiere, automatisch übernehmen, und sie verlangt, dass die Schweiz sich dabei einer übergeordneten Gerichtsbarkeit unterzieht. Ein solcher Schritt hätte möglicherweise zur Folge, dass die flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping ausgehebelt würden. Parallel steht ein Abkommen im Raum, das den Schweizer Strommarkt in den Europäischen Strommarkt integriert, ihm dabei aber auch erhebliche Deregulierungen aufnötigt. Offenbar will der Bundesrat dem Stimmvolk eine Vorlage für eine entsprechende Ausweitung der bilateralen Verträge unterbreiten. Sein Kalkül: Die Bevölkerung, die bislang den bilateralen Weg in allen Abstimmungen gestützt

hat, wird dies auch ein weiteres Mal tun. Damit werden die Kontingentierungsbestimmungen so weit geschwächt, dass sie Makulatur bleiben.

Doch dagegen rüstet sich Christoph Blocher, der sich mit grossem Tamtam aus dem Nationalrat zurückgezogen hat, um dieses Vorhaben mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften bekämpfen zu können. Dafür hat er bereits ein Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt gegründet (www.eu-no.ch). Seine Karten stehen gut: Mit den Argumenten, keine fremden Richter und keine automatische Übernahme von fremdem Recht zu akzeptieren, wird er punkten können.

Damit zeichnen sich gegenwärtig drei mögliche Konstellationen ab.

Erstens: Die am 9.2.14 beschlossenen Kontingentierungsbestimmungen werden umgesetzt, was zur Kündigung der bilateralen Verträge führt. Die Schweiz wird auf Jahre hinaus isoliert und gerät innenpolitisch in verstärkt reaktionäres Fahrwasser. Dieselbe Wirkung hätte die Annahme der Ecopop-Initiative. Bei einer solchen Entwicklung muss die Linke überprüfen, ob sie sich aus dem Bundesrat zurückzieht und eine konsequente Oppositionsrolle einnimmt. Denn ein Verbleib in der Regierung hätte zur Folge, in eine Rechtsentwicklung eingebunden zu werden, in der die Glaubwürdigkeit der Linken erheblichen Schaden erleiden könnte. Die Oppositionsrolle hingegen würde es erlauben, konsequent für ein alternatives gesellschaftliches Projekt einzustehen.

Zweitens: Der Bundesrat unterbreitet eine Abstimmungsvorlage, die die Ausweitung des bilateralen Vertragswerkes mit der EU vorsieht. Dies würde von der Regierung dahingehend interpretiert, dass die SVP-Initiative nur in einer mit den bilateralen Verträgen kompatiblen Form umgesetzt werden dürfe. Die Hürden für ein Volksmehr zu ›fremden Richtern‹ dürfte jedoch beträchtlich sein, und auch das geplante Strommarktabkommen wird zu Debatten Anlass geben. Die Gefahr ist gross, dass sich schliesslich doch der isolationistische Weg durchsetzt.

Drittens: Die Schweiz stabilisiert vorerst ihre Beziehungen zur EU auf der Basis der heutigen bilateralen Verträge. Dafür muss sie die am 9.2. angenommenen Bestimmungen zur Kontingentierung wieder aus der Verfassung streichen. Möglich würde dies mit einer entsprechenden Volksinitiative. Parallel dazu müsste ein Massnahmenpaket entwickelt werden zur Sicherung der Lebensqualität: Die flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping werden durch eine Vollzugsoffensive gestärkt; Arbeitnehmende müssen ab dem 45. Altersjahr besser vor Kündigungen geschützt werden; der Bund sorgt mit einer Anschubfinanzierung dafür, dass genügend Gesundheitspersonal ausgebildet wird. Schliesslich muss dem Standortdumping ein Ende gesetzt werden, indem die effektiven Unternehmenssteuern auf den Durchschnittswert der EU angehoben werden.

wicklungsprojekt verfolgen, in dem soziale, ökologische und gesellschaftsliberale Eckwerte miteinander verbunden werden. In den kommenden Auseinandersetzungen ist die Linke herausgefordert, einem solchen Projekt klare Konturen zu geben. Sie muss sich entschlossen allen Versuchen widersetzen, die Schweiz in die Isolation zu drängen. Sie muss gleichermassen daran arbeiten, dass die Schweiz vom finanzmarktorientierten Wasserkopf auf die Füsse gestellt wird.

Die Schweiz AG der Business-Eliten ist eine Schweiz, die auf die Finanzmärkte und auf das mobile Kapital ausgerichtet ist. Diese Strategie ist hochriskant. Die Grossbanken sind bereits ein hochgradiges Klumpenrisiko, der Rohstoffhandel wird es in zunehmendem Masse. Die Schweiz hat deutlich mehr zu gewinnen als zu verlieren, wenn sie diese Abhängigkeiten mindert. Dabei sind zwei miteinander verschränkte Ziele von zentraler Bedeutung: Die Rücknahme des Standortdumpings einerseits und die Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums andererseits. In beiden Fällen liegt der Dreh- und Angelpunkt bei der Besteuerung von Unternehmen und ultrareichen

Personen. Die effektiven Steuersätze für Gewinne, hohe Einkommen und hohe Erbschaften müssen dabei mindestens auf das durchschnittliche Niveau der umliegenden Länder angehoben werden. Die Schweiz ist ein überaus attraktiver Wirtschaftsstandort und hat es angesichts der Qualität der Infrastrukturleistungen überhaupt nicht nötig, den internationalen Konzernen und den ultrareichen Rentiers Steuergeschenke zu machen. Man vermietet die Suite eines Fünf-Stern-Hotels auch nicht zum Preis einer Jugendherberge.

Mit einer solchen Steuerwende sorgen wir auch dafür, dass ein Teil des gesellschaftlichen Reichtums, der gegenwärtig in den Finanzmärkten vagabundiert und immer neue Spekulationsblasen erzeugt, zurück in die Zonen gesellschaftlicher Nützlichkeit transferiert wird. In der Schweiz besteht für eine solche Rückverteilung ein beträchtlicher Spielraum. In kaum einem andern Land der Welt ist das Vermögen ungleicher verteilt als hierzulande (Kissling, 2014).

Das neoliberale Hamsterrad, in das wir gegenwärtig gezwungen werden, ist nicht zukunftsfähig. Das neoliberale Steigerungsspiel braucht eine »gewaltige und immer grössere kulturelle Antriebsenergie. Diese wird ihm zugeführt durch eine politische Position, die den einen permanent einhämmert: Ihr seid die Sieger! Ihr seid die Gewinner! Ihr habt ein gutes Leben! Verteidigt euren Vorsprung! Bleibt oben! Der Kampf ist hart! Und den anderen: Ihr seid die Betrogenen! Ihr kommt zu kurz!« (Rosa 2012). Es reicht nicht aus, den Zu-Kurz-Gekommenen einen grösseren Kuchenanteil sichern zu wollen und darüber hinaus keine alternativen gesellschaftlichen Perspektiven anzustreben. Es ist wichtig und richtig, Löhne und Renten einzufordern, die ein Leben in Würde ermöglichen. Ebenso wichtig aber sind die öffentlichen Care-Dienste (Gesundheit, Betreuung, Pflege), der Schutz der Umwelt, die Stärkung und Ausweitung der Demokratie. Eine Wende in der Verteilungspolitik muss die erforderlichen Spielräume eröffnen, damit die Schweiz ihre Entwicklung nicht mehr

primär an der Kapitalverwertung, sondern an den gesellschaftlichen Bedürfnissen und an der kollektiven Selbstbestimmung der Menschen orientiert. Wir wollen eine Gesellschaft, die die Vielfalt menschlicher Existenzen und Erfahrungen wertschätzt und fördert. Die Schweiz soll ein Land werden, das wesentlich zu den Lösungen der globalen Probleme beiträgt, statt Teil des Problems zu sein. Ein Weg dorthin führt unter anderem über eine Politik der Commons und der offenen Patente als progressive Gegenstrategie zur kapitalistischen Landnahme. Wenn eine Erfindung, eine Software, ein Medikament als offenes Patent deklariert ist, dann ist jedermann weltweit zur freien Nutzung berechtigt, das heisst er kann die entsprechenden Verfahren und Produkte herstellen und weiterentwickeln, ohne irgendwelche Lizenzgebühren bezahlen zu müssen. Die einzige Bedingung ist, dass sämtliche Weiterentwicklungen wiederum als offene Patente verfügbar sind. Dadurch entwickelt sich ein kooperatives Wirtschaften von Akteuren wie KMU, öffentlich-rechtlichen Unternehmen und NGO's, deren Handeln nicht auf Profitmaximierung ausgerichtet ist. Würde die Schweiz zu einem zentralen Förderer von offenen Patenten, dann würde dies weltweit eine beträchtliche Dynamik auslösen. Die entsprechenden Erträge würden nicht mehr von wenigen Grosskonzernen in Form von Monopolprofiten auf patentierten Gütern eingestrichen. Die Erträge würden vielmehr an diejenigen gehen, die substanzielle Dienstleistungen erbringen. Und der Nutzen könnte sich rasch und kooperativ verbreiten – zum Beispiel in Form von freier, transparenter Software, die keine versteckten Spionagemodule des NSA enthält, oder in Form von Medikamenten, die auch für die Bevölkerung armer Länder erschwinglich sind.

Eine solche politische Wende vollzieht sich nicht per Knopfdruck. In Krisensituationen allerdings – und solche werden wir in den kommenden zwei Jahrzehnten zur Genüge erleben – werden Entwicklungen möglich, mit denen kurz zuvor noch niemand ernsthaft gerechnet hat. Ein Beispiel dafür ist die Bedeutung, die die neue griechische

Linkspartei Syriza innerhalb von wenigen Monaten gewonnen hat. Solche Veränderungen sind jedoch nicht voraussetzungslos. Sie können nur auf der Basis einer Linken gelingen, die ihre Aufsässigkeit bewahrt beziehungsweise wiedererlangt und bereit ist, gesellschaftlichen Führungsanspruch anzumelden. Nur eine solche Linke kann breite Bevölkerungskreise davon überzeugen, fortschrittliche Wege zu gehen.

Fussnoten

- 1 Das Phänomen der Internationalisierung der Konzerne und Finanzinstitute ist nicht auf die Schweiz beschränkt. Laut der Welt am Sonntag vom 29.9.2013 befindet sich auch in Deutschland mittlerweile eine Mehrheit von 58% der Dax-Konzerne in den Händen ausländischer Investoren (›Ferngesteuerte Deutschland-AG«, S.46). Viele von den Argumenten, die wir hier entwickeln, gelten in Varianten denn auch für andere Länder des reichen Nordens.
- 2 Teleologisch meint hier: Dem Markt wird unterstellt, dass er von alleine rationale Ziele verwirklicht und Probleme löst. Dabei wird ein idealer Markt angenommen, den es in der Wirklichkeit nicht einmal annähernd gibt.
- 3 Alle drei Autoren gehören heute zu den führenden neoliberalen Ökonomen. Borner blieb bis zu seiner Emeritierung Professor in Basel; er war an vielen weiteren Studien und Meinungsbildungsprozessen beteiligt. Brunetti wurde Leiter der Direktion für Wirtschaftspolitik im Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (bis 2012) und hatte auf dieser Position massgebenden Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Regierung. Seit 2012 ist er ordentlicher Professor für Wirtschaftspolitik und Regionalökonomie an der Universität Bern. Straubhaar wurde Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg und Direktor des Hamburger Welt-Wirtschafts-Instituts (HWWI).
- 4 Dieses Nullwachstum entsprach allerdings in keiner Weise einer ökologischen Wende und ist ein Beispiel dafür, wie die Wachstumskritik ins Leere zielt, solange sie auf monetäre Grössen wie das BIP Bezug nimmt und nicht auf die ökologisch massgebenden stofflichen Wachstumsverläufe.
- 5 Interessant sind dabei auch noch folgende Details zu den Zahlen von 2008: Von den insgesamt 282'390 erfassten Firmen deklarierten nur 8286 einen Gewinn von mehr als 1 Mio. Franken. Diese 8286 Firmen vereinigten 96% aller Gewinne (270.2 Mia

- Franken) auf sich. 274'104 KMU mussten sich mit den restlichen 10.1 Mia Franken bescheiden – ein deutlicher Hinweis auf die realen Machtverhältnisse in der Unternehmerlandschaft.
- 6 Im Jahr 2004 übernahm der Bund die Hoheit über die Berufsbildung im Gesundheits- und Sozialbereich. Er tat dies im Zuge einer Berufsbildungsreform und führte auf diesen Zeitpunkt eine Zweiteilung der Pflegeausbildung in eine Lehre (Fachperson Gesundheit FaGe) und eine Tertiärausbildung (HF oder FH Pflege) ein. Er versäumte es jedoch, die Kantone und die Betriebe bei dieser Umstellung zu unterstützen, was zu einer unnötigen Lücke an Ausbildungsplätzen führte.
 - 7 <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/06/05/blank/key/handelsbilanz.html>, gelesen am 25.4.14
 - 8 Das Wort Republik stammt vom Lateinischen *res publica*. Eine Republik ist ein strukturiertes öffentliches Gemeinwesen, das erlaubt, die öffentlichen Angelegenheiten nach anerkannten Regeln zu entscheiden und zu ordnen und private Interessen dabei zurückzudrängen.
 - 9 Das Problem besteht darin, dass die Grossbanken wegen ihrer Kontrolle über die elementaren Finanzdienste so bedeutsam geworden sind, dass ihr Konkurs die gesamte Ökonomie in den Abgrund ziehen würde. Diese Banken machen sich dies unverfroren zunutze: Sie wissen, dass sie im Notfall gerettet werden, und gehen deshalb in ihren Geschäftspraktiken hohe Risiken ein – Risiken, die wiederum geeignet sind, die gesamte Wirtschaft zu destabilisieren.
 - 10 Die Mittel fliessen heute beinahe ausschliesslich in die Entwicklung neuer Blockbuster. Das sind Medikamente, die Milliardengewinne einspielen sollen. Häufig geht es dabei lediglich um Nachfolgepräparate für bestehende Blockbuster, deren Patente ablaufen. Diese Nachfolgepräparate bringen oft keinen oder nur sehr geringen Zusatznutzen. Die Langzeitfolgen, aber auch die zusätzlichen Potenziale etablierter Medikamente werden hingegen nicht erforscht, weil sich damit kein neues Geld verdienen lässt. Wenig Geld fliesst auch in die Entwicklung von Medikamenten gegen Tropenkrankheiten, weil die Kaufkraft der Menschen im Tropengürtel zu gering ist, oder in die Entwicklung neuer Antibiotika, die im Vergleich zu Krebsmedikamenten oder Blutdrucksenkern viel weniger Gewinn einbringen. Dasselbe gilt für die Erforschung des Einflusses der Ernährung auf die Gesundheit und für die Erforschung alternativer und komplementärer Heilmethoden.

11 <http://www.aim.org/wls/five-percent-of-the-present-population-would-be-ideal/>, gelesen am 25.4.14

12 <https://www.wwf.ch/de/hintergrundwissen/klima/>, geles. 25.4.14

Literatur

- Avenir Suisse (28.2.2014): Das Globalziel: Weniger Zuwanderung trotz Freizügigkeit.
http://www.avenir-suisse.ch/wp-content/uploads/2014/02/mediencommuniqu%C3%A9_weniger_zuwanderung_trotz_freiz%C3%BCgigkeit.pdf
- Bauman, Zygmunt (2013): Does the Richness of the Few Benefit us All? Cambridge
- Baumann, Hans; Ringger, Beat (Hrsg) (2011): Richtig steuern. Wie mit Steuern jährlich 25 Mia Franken an die Bevölkerung rückverteilt werden können. Zürich
- Baumann, Hans; Ringger, Beat (2012): Unternehmenssteuern: Schweiz raubt andern Ländern jährlich CHF 29.2 bis 36.5 Milliarden Steuereinnahmen.
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Unternehmenssteuern_Sept_12.pdf
- Baumann, Hans; Ringger, Beat (2013): Care, Produktivität, Emanzipation: Der Care-Imperativ. Zürich
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Der_Care_Imperativ_Beitrag_in_Jahrbuch_2013.pdf
- Blocher, Christoph (25.4.2014): Der Wirklichkeit verpflichtet. In: Das Magazin. Zürich
- Borner, Silvio; Brunetti, Aymo; Straubhaar, Thomas (1990): Schweiz AG – Vom Sonderfall zum Sanierungsfall? Zürich
- Bourguignon, François (2013): Die Globalisierung der Ungleichheit. Hamburg
- Brand, Ulrich (2013): Interview zu seiner Arbeit in der Enquete-Kommission zu Lebensqualität, Buen Vivir und zur ökologischen Umverteilungsdebatte.
<http://www.albanknecht.de/publikationen/Interview-Ulrich-Brand-Lebensqualitaet.pdf>
- Crouch, Colin (2013): Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit. Wien
- Dällenbach, Ruth et al. (2014): Für eine offene und solidarische Schweiz. Grundsatzerklärung nach der Abstimmung vom 9.2.14.
http://www.denknetz.ch/IMG/pdf/Grundsatzerklaerung_def-2.pdf
- Demirović, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. Münster

- Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2010): Zu reich für den Kapitalismus. Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. Zürich
http://www.denknetz.ch/IMG/pdf/Text_Krise_der_gesellschaftlichen_Investitionsfunktion_def-2.pdf
- Denknetz Fachgruppe Politische Ökonomie (2010): Zur ›Too-big-to-fail-Problematik‹: Finanzdienste als Service public. Zürich
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf
- Denknetz-Kerngruppe (2011): Die Denknetz-Reformagenda. Zürich
http://www.denknetz.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Reformagenda_April_2011-2.pdf
- Dörre, Klaus (2013): Kapitalismus im Wachstumsdilemma: Die Verdrängung der ökologischen Krisendimension und ihre Folgen. In: Denknetz-Jahrbuch 2013. Zürich
- Edition Le Monde Diplomatique (2002): USA. Das vermessene Imperium. Berlin
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EDI (2002): Wachstumsbericht. Bern
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EDI (2008): Wachstumsbericht. Bern
- Erklärung von Bern (Hrsg.) (2011): Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz. Zürich
- Fatheuer, Thomas (2011): Buen Vivir. Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur. Heinrich Böll Stiftung, Berlin
<https://www.boell.de/de/content/buen-vivir-recht-auf-gutes-leben>
- George, Susan (2001): Der Lugano-Report oder Ist der Kapitalismus noch zu retten? Reinbek
- Hessel, Stéphane (2011): Empört Euch! Berlin
- Himmelstein, David; Woolhandler, Steffie; Campbell, David (2012): Costs of health care administration in the United States and Canada. In: New England Journal of Medicine 349/3003, updated 2012
- Hilary, John (2014): Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen.
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP-Hilary_de.pdf 2014
- Kissling, Hans (30.5.2014): Vorwärts ins 19. Jahrhundert. In: Das Magazin. Zürich
- Köppel, Roger (2012): Wir 1992er. Editorial der Weltwoche 48/2012

<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2012-48/editorial-wir-92er.die-weltwoche-ausgabe-482012.html>

- Nuss, Sabine (2011): Die Tragödie der Nutzenoptimierer. Elinor Ostrom und die Commons. In: Denknetz-Jahrbuch 2011. Zürich
- Piketty, Thomas (2014): Capital in the Twenty-First Century. Cambridge
- Pogge, Thomas (2011): Weltarmut und Menschenrechte. Kosmopolitische Verantwortung und Reformen. Berlin/New York
- Ringger, Beat (2010): Die Denknetz-Investitionsagenda. Eine Skizze. Zürich
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz_Investitionsagenda._Beat_Ringger.pdf
- Rosa, Hartmut (2012): Der unheilvolle Pakt
<http://www.gegenblende.de/18-2012/++co++4e7c6fe2-38a8-11e2-aecc-52540066f352>
- Rosa, Hartmut; Lessenich, Stephan (2014): Weil Kapitalismus sich ändern muss. Wiesbaden
- Schatz, Holger (2013): Die Erwerbsarbeitsblase. In: Ruth Gurny, Ueli Tecklenburg (Hrsg.). Arbeit ohne Knechtschaft. Zürich
- Schöchli, Hansueli (19.4.2014): Die hohen Kosten der Managerlöhne. NZZ vom 19.4.2014, S. 25
- Schweizerischer Bundesrat (2010): Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung.
- Stalder, Felix. Die digitalen Commons (2011). In: Denknetz-Jahrbuch 2011. Zürich
- Trojanow, Ilija (2013): Der überflüssige Mensch. St.Pölten–Salzburg–Wien
- Vitali, Stefania; Glattfelder, James B.; Battiston, Stefano (2011): The network of global corporate control. Zürich
<http://www.plosone.org/article/info%3Adoi%2F10.1371%2Fjournal.pone.0025995>
- Vobruba, Georg (2006): Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft. Wiesbaden
- Wegelin, Yves (13.4.2013): Das Kapital, das die Menschen holt. In: WOZ Nr. 11/2014
- Welzer, Harald (2013): Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt a.M.

Die Denknetz-Reformagenda

Seit 2005 sind die verschiedenen Fach- und Arbeitsgruppen des Denknetzes daran, Reformkonzepte zu arbeits-, sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitischen Themen zu erarbeiten. Diese Reformvorschläge decken nicht alle gesellschaftlichen Bereiche ab, sie weisen jedoch aufgrund ihrer gemeinsam geteilten gesellschaftlichen Perspektive eine beträchtliche Kohärenz auf. Sie sind deshalb als Gesamtes mehr als die reine Summe ihrer Teile. Im Frühjahr 2011 beschlossen wir, dieses Ensemble an Reformvorschlägen in eine Denknetz-Reformagenda einzubetten. Das Ergebnis war eine Publikation, die wir an dieser Stelle in Auszügen und ergänzt um einige neue Punkte wiedergeben. Wir verstehen die Denknetz-Reformagenda als ›work in progress‹, sie wird laufend weiterentwickelt.¹

1. Warum eine Reformagenda?

Der Reichtum ist heute am falschen Ort

Entgegen der landläufigen, von wirtschaftsliberaler Seite unablässig vorgetragenen Behauptung waren wir in den letzten 30 Jahren nicht mit einem Kapitalmangel, sondern mit wachsenden Kapitalüberschüssen konfrontiert. Deutlich wird dies daran, dass die Profitquoten der EU, Japans und der USA in den letzten 30 Jahren markant gestiegen sind, die Investitionsquoten jedoch gleichzeitig sanken: Die steigenden Gewinne werden nur noch zu einem sinkenden Anteil in die Realwirtschaft investiert. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von einer Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. Der gesellschaftliche Reichtum ist heute ›am falschen Ort‹: Er steckt zunehmend in den Finanzmärkten und entwickelt dabei eine destruktiv-spekulative Dynamik.

Hinter diesem Phänomen stecken strukturelle Probleme. Die industrielle Fertigung, die administrativen Tätigkeiten und ein wachsender Teil der Distributionsarbeiten (Transport, Handel) sind zunehmend durchrationalisiert und bieten dem Kapital nur noch beschränkte Investitionsfelder. Dies gilt auch bei globaler Betrachtung: In den aufstrebenden Schwellenländern kommen unmittelbar die modernsten und produktivsten Technologien und Verfahren zum Zug, deshalb sind auch hier die Potenziale für zusätzliche Rationalisierungsinvestitionen begrenzt. Eine Folge dieses hohen Rationalisierungsgrads besteht darin, dass jene Tätigkeiten anteilmässig an Bedeutung gewinnen, die sich gerade nicht oder nur sehr begrenzt rationalisieren lassen, nämlich die personenbezogenen Dienstleistungen wie etwa das Bildungs- oder das Gesundheitswesen. Nun ist aber die Rationalisierbarkeit ein zentrales Moment der kapitalistischen Wirtschaft: Kapital wird gerade dort investiert, wo dank Rationalisierungseffekten Vorteile (Extragewinne) zu erreichen sind. Umgekehrt: In ökonomischen Sektoren, in denen die Produktivität weitgehend konstant bleibt (wo es also keine oder nur bescheidene Rationalisierungspotenziale gibt), führt die Konkurrenz unter den Anbietern zu Preisen, bei denen nur noch geringe oder gar keine Gewinne zu erzielen sind. Man kann »ein Auto schneller produzieren, aber nicht ein Kind rascher aufziehen« (Mascha Madörin). Deshalb »sperrten« sich die personenbezogenen Dienste gegen eine Rationalisierungslogik und damit gegen die Unterordnung unter die Kapitalverwertung. Selbst wenn solche Dienste durchgehend privatisiert werden, sind sie für die klassische Dynamik von Rationalisierungen und den darauf basierenden Profiten nur sehr beschränkt verfügbar. Denn Kosteneinsparungen gehen meist zulasten des Personals und führen unmittelbar zu einem Qualitätsabbau.

Nun könnte man anführen, statt in Rationalisierungen liesse sich doch auch in zusätzliche Kapazitäten und in neue Produkte investieren. Das stimmt natürlich, doch tritt dabei eine andere Form der Begrenzung auf. Seit rund

30 Jahren gehen die Kapitalüberschüsse einher mit einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz. Dadurch geraten die Löhne unter Druck; sie stagnieren oder steigen nicht mehr so schnell wie die Produktivität. In der Folge sinken die Lohnquoten im Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung. Die lohnbasierte Kaufkraft kann nicht mit dem wachsenden Output der Wirtschaft Schritt halten. Die LohnbezügerInnen können nicht mehr genügend Produkte kaufen, um diesen Output auch zu konsumieren. Investitionen in die Mengenausweitung der Güterfertigung stossen deshalb an die Grenzen der Nachfrage. Diese Nachfrage-lücke kann auch von den Beschäftigten der aufstrebenden Schwellenländer nicht kompensiert werden, weil auch deren Löhne zu tief sind. Einen Teil dieser Lücke füllt der Luxuskonsum der Reichen und der Superreichen aus, aber eben nur einen Teil. Um die fehlende Nachfrage auszugleichen, wurden deshalb insbesondere in den USA die Konsum- und Hypothekarkredite in bis dato unbekannte Höhen getrieben. Die Subprime-Krise auf dem US-Hypothekenmarkt, die den gegenwärtigen Krisenzyklus im Sommer 2007 eröffnet hatte, machte jedoch die Grenzen einer solchen Politik deutlich.

Das Fazit davon: Die privaten Kapitaleigner sind nicht mehr ausreichend in der Lage, das Räderwerk des Kapitalismus am Laufen zu halten. Dies ist keineswegs ein harmloses Problem, sondern trifft die zentralen gesellschaftlichen Macht- und Verteilungskämpfe. Entsprechend hoch sind die Spannungen, die durch das Stocken des Räderwerks ausgelöst werden. Während die Boni und Saläre der Banker rasch wieder Rekordwerte erreicht haben, geraten die Staatsfinanzen infolge der Rettung der Finanzinstitute, der Finanzierung der Konjunkturprogramme und des Rückgangs der Steuereinnahmen in Schieflage. Richtig wäre nun, die Staatsfinanzen mit einer deutlichen Erhöhung der Steuern auf Gewinnen, Vermögen und hohen Einkommen zu sanieren. Stattdessen sollen die Kosten der Krise auf die breiten Bevölkerungsschichten abgewälzt werden, was die Krisendynamik erneut verschärft.

Die hier geschilderte Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion betrifft aber nicht nur den geschrumpften Anteil der Investitionen an der Wirtschaftsleistung, sondern auch den Charakter der verbleibenden Realinvestitionen. Der Druck zur Gewinnoptimierung unter Konkurrenzbedingungen treibt die Unternehmen dazu, Investitionen ohne Rücksicht auf die Folgen für Menschen, Natur und Lebensräume zu tätigen. Zu den Folgen gehören die Plünderung der natürlichen Ressourcen, die Umweltverschmutzung, die Gefährdung des Klimagleichgewichts. Ebenso dazu gehören die enormen materiellen Ungleichheiten in den Lebensbedingungen der Menschen. Diese Ungleichheiten werden durch die Ausrichtung der Investitionen auf kaufkräftige Bevölkerungsschichten aufrechterhalten und vertieft. Mittlerweile werden Unsummen in die Entwicklung und Vermarktung fragwürdiger neuer Produkte investiert, etwa von immer schwereren Autos oder von Medikamenten ohne echten Zusatznutzen. Für die Bekämpfung von Tropenkrankheiten, um ein Beispiel zu nennen, wird hingegen wenig getan – ganz einfach deshalb, weil in den Tropengürteln der Erde viel weniger Kaufkraft versammelt ist als in den gemässigten Zonen. In einer Welt des Überflusses bedingen sich so Hunger und Zerstörung einerseits, entgrenzter Konsumismus einer reichen Minderheit andererseits.

Wegen der Blindheit des Kapitalismus für soziale und ökologische Anliegen müssen sich soziale und politische Bewegungen bilden, die sich den Folgen der Profitmaximierung entgegenstemmen. Ihre entsprechenden Anstrengungen müssen sie immer wieder von neuem unternehmen, denn das Kapital versteht es, sich den sozialen und ökologischen Regulierungen zu entwinden. So verlagert es zum Beispiel die Probleme auf eine globale Ebene, auf der sich Regulierungen wegen der Standortkonkurrenz zwischen den Ländern nur schwer durchsetzen lassen. Zudem stösst es laufend in neue technologische und gesellschaftliche Bereiche vor, womit die Umwelt- und Sozialgesetzgebungen ständig hintertrieben werden.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich der Kern der Denknetz-Reformagenda: Erstens muss der Reichtum aus den Finanzmärkten abgezogen und in die Zonen gesellschaftlicher Nützlichkeit verlagert werden. Zweitens müssen die Investitionsentscheide demokratisiert werden. Dies kann zum Beispiel durch Regeln und Gebote, durch verstärkte öffentliche Dienste, durch demokratisch gesteuerte Investitionsfonds und durch demokratische Rechte innerhalb der Firmen erreicht werden.

Abschied von der Schweiz AG

Die bisherigen Überlegungen gelten für alle kapitalistischen Gesellschaften, nicht nur für die Schweiz. Allerdings spielt unser Land auf der internationalen Bühne eine Rolle, die besonders stark auf die Aufrechterhaltung ungerechter und destruktiver Ordnungsprinzipien setzt. Seit rund 30 Jahren verordnen die Eliten unserem Land eine finanzmarktorientierte Strategie. Diese Strategie setzt auf tiefe Steuern für Unternehmen und für reiche Individuen, auf einen radikal marktwirtschaftlichen Kurs, auf optimale Rahmenbedingungen für Privat- und Grossbanken und auf die staatlich sanktionierte Förderung der Steuerhinterziehung mit Hilfe des so genannten Bankgeheimnisses. Letzteres ist zwar in jüngster Vergangenheit in Bedrängnis geraten, was jedoch nicht zu einer strategischen Neupositionierung der Eliten geführt hat. Noch immer wird auf eine parasitäre Politikstrategie gesetzt. Tiefste Steuersätze sollen weiterhin genügend Reiche und Unternehmenshauptsitze anlocken, Angebote zur Steuerhinterziehung sollen so weit als möglich erhalten bleiben.

Von dieser Politik profitieren in erster Linie die Eliten selbst, in zweiter Linie jene gehobenen Mittelschichten, die dem Finanzmarkt zudienen (BankerInnen, VermögensverwalterInnen, RechtsanwältInnen) oder die über genügend Vermögen verfügen, um zu einem erheblichen Teil von Kapitalerträgen leben zu können. Den Preis für diese Politik bezahlen die Bevölkerungen anderer Länder, denen

beträchtliche Steuereinnahmen entgehen. Die Zeche wird jedoch auch in der Schweiz selbst bezahlt. Beispielsweise von den Frauen: In kaum einem anderen Land stehen so wenig öffentliche Mittel zur Unterstützung der Kinderbetreuung zur Verfügung wie hierzulande. So geraten viele Familien in Bedrängnis. Meist ist es die Frau, an der die Belastungen hängen bleiben. Und besonders prekär kann es für Alleinerziehende werden. Die Zeche bezahlen aber auch die MieterInnen, vor allem dann, wenn sie eine neue Wohnung suchen müssen. In den steuergünstigen Kantonen und in den städtischen Agglomerationen sind die Mietpreise derart gestiegen, dass etliche Menschen aus finanziellen Gründen den Kanton wechseln müssen. Und in der Umweltpolitik sieht sich die Schweiz – einst eine Pionierin auf diesem Gebiet – ins hintere Mittelfeld zurückgeworfen. Denn der geforderte ökologische Wandel kann ohne das regulative und finanzielle Engagement der öffentlichen Hand nicht gelingen. Die dafür benötigten Steuermittel werden von den Eliten, die eine Tiefsteuerstrategie betreiben, jedoch konsequent verweigert. Nun gilt es, sich von dieser Strategie zu verabschieden. Sie blockiert zukunftsfähige Politiken.

2. Die Bausteine der Denknetz-Reformagenda

Neuverteilung des Reichtums

Eine der wichtigsten Stossrichtungen für eine solidarische und gerechte Schweiz gilt der notwendigen Neuverteilung des Reichtums. Dieses Ziel lässt sich auf drei Wegen erreichen: Erstens auf dem klassischen Weg einer gerechteren Verteilung des Wirtschaftsprodukts zwischen Löhnen und Gewinnen. Gefordert ist hier insbesondere eine Erhöhung der kleineren und mittleren Löhne. Seit bald zehn Jahren beschäftigt sich das Denknetz mit der Frage von Mindestlöhnen. Im April 2005 und im April 2008 organisierten wir dazu Fachtagungen. Wir waren entscheidend an der Formulierung der Thesen für eine

europäische Mindestlohnpolitik beteiligt, wobei wir mit dem deutschen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) und dem französischen Institut de Recherches Economiques et Sociales (IRES) zusammenarbeiteten. Faire Mindestlöhne, die eine würdige Existenz gewährleisten, müssen in allen Ländern durchgesetzt werden. In Europa ist diese Forderung eine wichtige Gegenstrategie zur herrschenden Austeritäts- und Lohnsenkungspolitik in der Folge der so genannten Euro-Krise. Die Schweizer Gewerkschaften ergriffen deshalb beim Europäischen Gewerkschaftsbund Initiativen für europaweite Mindestlöhne und gegen Lohndumping, um die Thesen von 2006 umzusetzen. Weiter lancierten der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die SPS zu diesem Thema eine eidgenössische Volksinitiative. Ein weiterer Vorschlag stammte von den JungsozialistInnen, die die Schere zwischen den geringsten und den höchsten Löhnen auf ein Verhältnis von 1:12 beschränken wollten und eine entsprechende Volksinitiative einreichten. Das Denknetz unterstützte diese Anliegen mit ihren Arbeiten. Die Themen bleiben auch nach den Abstimmungsniederlagen der beiden Volksinitiativen aktuell. Eine Mehrheit der Stimmenden sprach sich zwar jeweils gegen die konkrete Vorlage aus, aber nicht gegen die damit verbundenen grundsätzlichen Anliegen. Darauf wies auch die deutliche Annahme der Abzocker-Initiative vom März 2013 hin.

Der zweite Weg für eine funktionellere Verteilung des Reichtums ist die deutliche Erhöhung all jener Steuern, die in den letzten zwanzig Jahren ebenso deutlich gesenkt worden sind: Steuern auf Unternehmensgewinne, auf Erbschaften, auf Finanztransaktionen und auf sehr hohe Einkommen. Dazu kommt die steuerliche Erfassung des Mehrwerts bei den Bodenpreisen, der durch öffentliche Planungsentscheide und neu erstellte Infrastrukturen entsteht. Die Denknetz-Fachgruppe Steuerpolitik erarbeitete dazu eine Steueragenda, mit der jährlich 25 Milliarden Franken an neuen Steuereinnahmen generiert werden können. Der fiskalpolitische Spielraum dafür ist in der Schweiz

vorhanden. Zwar drohen die Reichen und die Unternehmen bei jeder noch so kleinen Steuererhöhung gleich mit dem Wegzug. Das sind allerdings leere Drohungen, weil die anderen Standortfaktoren wie Stabilität, hohe Lebensqualität und gute öffentliche Dienste mindestens ebenso wichtig sind wie Steuervorteile – und weil sich angesichts der Krise der Staatsfinanzen und der gewachsenen wirtschaftlichen Labilität auch kaum mehr alternative Standorte finden lassen.

Eine solche Richtungsänderung in der Steuerpolitik stösst bei den privilegierten Eliten auf grundsätzliche Ablehnung. Sie argumentieren, die Linke wolle Reichtum umverteilen, ohne sich darum zu kümmern, dass dieser zuerst verdient werden müsse. Dem ist entgegenzuhalten, dass der Reichtum, bevor er verdient werden kann, zunächst erarbeitet werden muss. Jene, die heute verdienen, sind immer weniger diejenigen, die den Verdienst erarbeiten. Es geht folglich nicht um eine Um-, sondern um eine Rückverteilung.

Der dritte Weg einer Neuverteilung des Reichtums führt über Arbeitszeitverkürzungen. Seit rund 20 Jahren kommt es hier kaum mehr zu Fortschritten, obwohl die Steigerung der Produktivität dies nahelegen würde. Die Denknetz-Fachgruppe Sozialpolitik, Arbeit und Care-Ökonomie präsentierte dazu das Konzept der Erwerbssauszeit. Ihr Vorschlag: Schrittweise soll für alle Erwerbstätigen ein bezahltes Sabbatical von drei Jahren Dauer eingeführt werden. Dieses Sabbatical wird bedingungslos gewährt und kann zu einem beliebig wählbaren Zeitpunkt während des Erwerbslebens bezogen werden; es entspricht einem *bedingungslosen Grundeinkommen auf Zeit für alle*. Bei einer Zunahme der Produktivität von einem Prozent pro Jahr und einer Sabbatical-Entschädigung von 3000 Franken pro Monat würde es lediglich etwas mehr als zwei Jahre dauern, bis ein solches Sabbatical durch die Produktivitätsgewinne finanziert werden könnte. Neue, bedeutende Schritte in Richtung Arbeitszeitverkürzung werden durch transnationale Absprachen und Koordination wesentlich

erleichtert. Die gegenwärtigen Diskussionen um die Erhöhung des Rentenalters oder die Aufhebung der französischen 35-Stunden-Woche zeigen allerdings, dass die meisten europäischen Regierungen nach wie vor auf die Karte der bedingungslosen Wettbewerbsfähigkeit setzen. Deshalb müssen soziale Bewegungen und die Gewerkschaften der Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung wieder Schub verleihen – möglichst auch auf europäischer und globaler Ebene.

Die steuerpolitischen Auseinandersetzungen finden gegenwärtig im bundesrätlichen Projekt der Unternehmensbesteuerung III ihre Zuspitzung. So sehr wir es begrüßen, dass die Sonderkonstrukte abgeschafft werden sollen, mit denen es bislang möglich war, die Steuerpflichten legal zu umgehen, so unverständlich sind die Pläne, die Kosten dieses Verzichts auf die Allgemeinheit abzuwälzen und die Unternehmenssteuern erneut erheblich zu senken. Die Einführung von Lizenzboxen und einer zinsbereinigten Gewinnsteuer² lehnen wir ebenso ab wie die Pläne vieler Kantone, nun einfach die Basis-Unternehmenssteuersätze erheblich zu senken und damit Steuerausfälle in Milliardenhöhe in Kauf zu nehmen. Das Denknetz hat deshalb die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für faire Unternehmensbesteuerung AGFU angeregt, in der Fachleute aus NGO, Parteien und Gewerkschaften nach gemeinsamen Antworten auf dieses Reformvorhaben suchen.

Weiterführende Hinweise:

- *Baumann, Hans; Ringger, Beat (Hrsg.) (2011). Richtig Steuern. Wie mit Steuern jährlich 25 Mia Franken an die Bevölkerung rückverteilt werden können. Ein Denknetz-Buch. Zürich.*
- *Baumann, Hans; Ringger, Beat (2012). Unternehmenssteuern: Schweiz raubt andern Ländern jährlich CHF 29.2 bis 36.5 Milliarden Steuereinnahmen. Denknetz-Working-Paper. http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Unternehmenssteuern_Sept_12.pdf*
- *Baumann, Hans (2014). Unternehmenssteuerreform III: Die Austreibung des Teufels mit dem Belzebub. Denknetz-Jahrbuch 2014*

- *Gurny Ruth; Ringger Beat (2012). Ein bedingungsloses Sabbatical für alle. In Denknetz-Jahrbuch 2012*
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Ruth_Gurny_Beat_Ringger_BSA.pdf

Abschied von der parasitären Standortpolitik

Die Frage, wie sich unser Land international positioniert, spielt eine Schlüsselrolle. Solange die Schweizer Eliten mit Erfolg an einem parasitären Modell der ›komparativen Vorteile‹ festhalten, werden sie ihre Tiefsteuerstrategie mit allen Mitteln verteidigen. Damit sind die Entwicklungsperspektiven der Schweiz in all jenen Dimensionen verbaut, die ein verstärktes Engagement der öffentlichen Hand erfordern. Betroffen davon sind die Umweltpolitik ebenso wie die Verstärkung der Care-Dienste oder eine aktive Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig bleibt die Schweiz international auf die Rolle des unsolidarischen Protagonisten der neoliberalen Staatsfeindlichkeit fixiert. Sie ist mitverantwortlich für die Schwierigkeiten anderer Länder, Steuereinnahmen mit sozialen Rückverteilungseffekten zu erzielen, also Unternehmensgewinne, hohe Vermögen und hohe Einkommen fiskalisch angemessen zu belasten.

Mit welcher Vehemenz die Schweizer Eliten den Finanzplatz Schweiz verteidigen, wurde im Winter 2008/2009 deutlich, als die beiden Grossbanken UBS und CS ins Fadenkreuz ausländischer Finanzbehörden gerieten. Die ›Attacken‹ der Regierung Obama und des damaligen deutschen Finanzministers Steinbrück wurden von der Politik und einer Grosszahl der Medien für ein nationalistisches Sperrfeuer genutzt. Wer sich auf die Seite der ausländischen Kritiker stellte, wurde von Seiten der SVP gar als Landesverräter beschimpft. Als Reaktion auf diese Entwicklung hat das Denknetz im November 2009, zusammen mit der Erklärung von Bern und attac Schweiz, das Steuerwende-Manifest lanciert. Es fordert unter anderem, dass die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug aufgehoben und ein automatischer Informa-

tionsaustausch mit allen Steuerbehörden demokratischer Rechtsstaaten etabliert werde. Das Manifest wurde mittlerweile von über 6000 Einzelpersonen, von der SPS, der grünen Partei und vielen Gewerkschaften unterzeichnet.

Weiterführende Hinweise:

- *Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2009). Für eine Schweiz ohne Beihilfe zur Steuerhinterziehung. In: Denknetz-Jahrbuch 2009*
<http://www.denknetz.ch/printpdf/215>
- *Manifest Steuerwende: <http://www.steuerwende.ch>*

Wirtschaftsdemokratie konkret

Ein nächstes Thema der Reformagenda ist die Steuerung und Regulierung der Wirtschaft. Oberste Priorität haben hier die Finanzinstitute. Aufgrund des enormen Bedeutungszuwachses der Finanzmärkte haben sie eine Stellung erlangt, in der sie die Gesellschaft in Geiselschaft nehmen können. Sie sind ›too big to fail‹ geworden, zu bedeutsam um fallengelassen zu werden. Die Mainstream-Politik anerkennt diese Problematik und schlägt erste Schritte vor, um die Abhängigkeit von den grossen Finanzinstituten zu verringern. Doch diese Schritte gehen zu wenig weit. Die systemrelevanten Finanzdienste, von deren Funktionieren die gesamte Wirtschaft abhängt (zum Beispiel der Zahlungsverkehr), müssen in einen Service public überführt werden. Das ist der Kerngedanke der Reformvorschläge, die die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie macht.

Ein weiterer Kernpunkt einer anderen Wirtschaftspolitik ist die Orientierung auf die Care-Arbeit, auf die Unterstützung von abhängigen Menschen, Kindern und Pflegebedürftigen. Dazu gehört der deutliche Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung, die als öffentlicher Dienst verstanden werden und allen Personen kostenlos zur Verfügung stehen muss – genau wie die Schulbildung auch. Gut geführte Kindertagesstätten stärken die gleichberechtigte Integration von MigrantInnen und bekämp-

fen die Tendenz, Care-Arbeit auf schlecht bezahlte und prekär beschäftigte Hausangestellte abzuwälzen. Gut ausgebaute Pflegeangebote in Heimen und in der Spitex sichern ein Altern in Würde. Und schliesslich bringen anständige Mindestlöhne und eine deutliche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit mehr Zeit für die privat und unentgeltlich erbrachte Care-Arbeit – gleichberechtigt geleistet von Männern und Frauen.

Dafür sind erhöhte Steuereinnahmen unabdingbar. Diese sollen dazu verwendet werden, einen demokratisch gesteuerten Umbau der Wirtschaft in Richtung ökologischer und sozialer Ziele zu finanzieren. Verschiedene Denknetz-Fachgruppen arbeiten an einer entsprechenden Investitionsagenda. Dabei soll insbesondere der Pharmabereich genauer unter die Lupe genommen werden. Angedacht ist unter anderem, dass die Schweiz zu einem Pionierland für Offene Patente und Open-Source-Software wird. Ein mit Steuermitteln geöffneter Investitionsfonds, der von einem demokratisch legitimierten Zukunftsrat verwaltet wird, soll den Aufbau einer neuen Wirtschaft in Angriff nehmen. Die Unternehmen dieser Wirtschaft sind den Zielen der Nachhaltigkeit und der Sozialverträglichkeit lückenlos verpflichtet, kooperieren untereinander und legen ihre Finanzen offen. Sie erhalten im Gegenzug professionelle Unterstützung, Investitionsbeiträge und günstige Kredite.

Weiterführende Hinweise:

- Ringger, Beat (2010). *Die Denknetz-Investitionsagenda – eine Skizze*. In: *Denknetz-Jahrbuch 2010*
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz_Investitionsagenda_Beat_Ringger.pdf
- *Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie* (2010). *Zur ›Too big to fail‹-Problematik: Finanzdienste als Service public*. in: *Denknetz-Jahrbuch 2010*
http://www.denknetz.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf

Soziale Sicherheit: Niemand wird fallengelassen

Die Denknetz-Reformagenda befasst sich ausführlich mit einer Neuorientierung der sozialen Sicherheit und der Gestaltung der Arbeitswelt. Die Einrichtungen der sozialen Sicherheit wurden im Verlauf des letzten Jahrhunderts geschaffen, um soziale Probleme zu lösen und allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Der zunehmende Leistungsdruck in der Wirtschaft und die steigende Arbeitslosigkeit haben die Systeme der sozialen Sicherheit in den letzten Jahren verstärkt belastet. So schoben viele Unternehmen leistungsschwächere Angestellte in den 1990er-Jahren systematisch an die Invalidenversicherung IV ab, statt die Beschäftigung solcher ArbeitnehmerInnen als ihre gesellschaftliche Aufgabe zu betrachten. Die politische Rechte hat auf diese Entwicklung reagiert, indem sie die Welt auf den Kopf stellte: Die Lösung des Problems wurde zum Problem umfunktioniert, die Sozialversicherungen wurden als Hängematten-Veranstaltungen bezeichnet und die BezügerInnen der Sozialleistungen pauschal als Schmarotzer diffamiert. Diesen Paradigmawechsel gilt es dringend rückgängig zu machen. Die Maxime, dass niemand im Stich gelassen wird, wenn er in existenzielle Not gerät, sein Einkommen verliert, physischen oder psychischen Schaden erleidet, muss wieder an die erste Stelle der Sozialpolitik gesetzt werden. Der Denknetz-Vorschlag einer Allgemeinen Erwerbsversicherung AEV verbindet diese Maxime mit einem intelligenten Umbau der sozialen Sicherungssysteme während der Erwerbsphase. Lücken sollen geschlossen und Leistungen auf gutem Niveau vereinheitlicht werden. Da die AEV pfadabhängig konzipiert ist – also auf dem heutigen System aufbaut –, kann sie auch schrittweise eingeführt werden. Ein erster Schritt besteht in der Einführung einer obligatorischen Krankentaggeld-Versicherung, die von der heutigen SUVA getragen wird. Gleichzeitig soll die SUVA ihre Unfallversicherungsdienste in allen Branchen anbieten. Auf diese Weise gelingt es, jährlich mehrere hundert Millionen Franken zu sparen,

die heute ohne jede Gegenleistung in den Schatullen der privaten Sozialversicherungen versickern.

In einem aktuellen Beitrag setzt sich die Denknetz-Fachgruppe Sozialpolitik mit den Angriffen auf die Sozialhilfe auseinander und plädiert für eine grundlegende Reform der Sozialpolitik. Im Zentrum steht die Überzeugung, dass die Menschenrechte ausnahmslos für alle ihre volle Geltung behalten müssen. Die Eigenverantwortung der Einzelnen für ihre Lebensgestaltung muss mit den Gestaltungsmöglichkeiten übereinstimmen, die sie für diese Lebensgestaltung vorfinden. Die Hilfesysteme müssen so strukturiert sein, dass sie eine wirkliche Hilfe für eine eigenständige Lebensführung bieten. Die heutige Sozialhilfe soll durch eine Grundsicherung für alle abgelöst werden, die an keinerlei Forderungen geknüpft werden darf. Parallel soll eine integrierte Lebens- und Karriereunterstützung aufgebaut werden, die sämtliche Integrations- und Beratungsangebote umfasst und darauf ausgelegt ist, die Angebote auf die Situation und die Bedürfnisse der Betroffenen abzustimmen. Dabei ist auf jede Form von Zwangsarbeit zu verzichten und alle Formen von diesbezüglichen Sanktionen sind abzuschaffen. Leute, die in eine berufliche Sackgasse geraten sind und deshalb arbeitslos werden, müssen zudem berufliche Um- und Weiterbildungen absolvieren können, ohne deshalb die Unterstützung der Sozialversicherungen zu verlieren.

Gleichzeitig muss das Übel der Erwerbslosigkeit an der Wurzel gepackt werden. Bereits 2006 erarbeitete eine Denknetz-AutorInnengruppe ein Thesenpapier mit dem Titel ›Gute Arbeit für alle‹. Gute Arbeit wird im Sinne der Internationalen Arbeitsorganisation IAO verstanden, die von ›decent work‹ spricht. Gute Arbeit für alle heisst, dass es die Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist, Arbeit so zu organisieren, dass jeder und jede Erwerbsfähige Zugang zu guter Erwerbsarbeit hat und dass gleichzeitig die Nichterwerbsarbeit von allen mitgetragen wird. Hier schliesst sich der Bogen zur Förderung der Care-Arbeit: In Kindertagesstätten und in Pflegeheimen entstehen neue Arbeits-

stellen, und dank Arbeitszeitverkürzungen finden Männer und Frauen genügend Zeit, um unbezahlte Care-Arbeit in ihrem privaten Umfeld leisten zu können.

Das Thema Arbeit vertieften wir 2013 in einer Buchpublikation mit dem Titel ›Arbeit ohne Knechtschaft‹. Darin wird unter anderem das Thema Decent Work weiter differenziert und es werden 24 konkrete Vorschläge gegen die Verknechtung der Arbeit formuliert. Schliesslich setzen wir uns auch mit dem Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens auseinander. Unter dem Titel ›Ein Grundeinkommen muss die Freiheiten aller stärken‹ artikulieren wir, unter welchen Voraussetzungen in der Umsetzung ein bedingungsloses Grundeinkommen uns voranbringen könnte.

Weiterführende Hinweise:

- Gurny, Ruth; Ringger, Beat (2009). *Die Grosse Reform – die Schaffung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung AEV*. Zürich.
- Chiara, Urs; Domeniconi, Silvia; Gurny, Ruth; Ringger, Beat; Sirmoglu, Avij (2009). *Die Allgemeine Erwerbsversicherung: Das Modell*
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/AEV_Das_Modell.pdf
- Gurny, Ruth; Ringger, Beat (2012). *Krankentaggeld-Versicherung: Die Zeit ist überreif für eine obligatorische, öffentlich-rechtliche Lösung! In: Denknetz-Jahrbuch 2012*
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Gurny.Ringger_Kranke_ntaggeldversicherung_Denknetz_Jahrbuch_2012.pdf
- Denknetz-Fachgruppe Sozialpolitik, *Care-Ökonomie und Arbeit* (2011). *Ein Bedingungsloses Grundeinkommen muss die Freiheit aller stärken.*
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Ein_BGE_muss_die_Freiheiten_aller_starcken.pdf
- Gurny, Ruth; Tecklenburg, Ueli (Hrsg) (2013). *Arbeit ohne Knechtschaft*. Zürich.

Gutes Alter

Ein weiteres Thema der sozialen Sicherheit betrifft die Altersvorsorge. Die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie kommt in ihrer Analyse der Alterssicherung zum

Schluss, dass die zweite Säule die sozialen Ungleichheiten verstärkt, wesentlich zur Aufblähung der Finanzmärkte beiträgt und erhebliche Risiken birgt, sobald es zu Erschütterungen auf den Finanzmärkten oder zu einer inflationären Entwicklung kommt. Sie schlägt deshalb vor, den Pfad der Kapitaldeckung schrittweise zu verlassen. Zwar sollen die bereits geäußerten Guthaben der zweiten Säule erhalten und entsprechende Leistungen weiterhin erbracht werden, doch sollen den Pensionskassen keine neuen Mittel zufließen. Diese sind für den Aufbau einer existenzsichernden AHV zu verwenden. Dieser Vorschlag wird nicht zuletzt unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklungen als der bestmögliche beurteilt.

Mit Blick auf die umstrittenen bundesrätlichen Vorschläge für eine umfassende Revision der Altersvorsorge, die unter dem Titel ›Altersvorsorge 2020‹ läuft, entwickelte die Fachgruppe ihre Reformkonzepte weiter. Sie erarbeitet gegenwärtig ein Konzept für die Schaffung einer neuen, solidarisch finanzierten und einheitlichen Betagtenrente ab dem 85. Altersjahr, die von diesem Altersjahr die obligatorische BVG-Rente ablöst und in der Höhe der maximal zu erzielenden obligatorischen BVG-Rente liegt (rund 1700.– Franken). Die Rente soll im Umlageverfahren finanziert und das Kapitaldeckungsverfahren damit auf die Altersperiode bis 85 beschränkt werden. Die Details des Konzeptes werden im Winter 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die aktuellen Arbeiten der Denknetz-Fachgruppe Langzeitpflege und -betreuung zielen auf die Frage, welche Unterstützung die Gesellschaft der stark wachsenden Gruppe der Hochbetagten zukommen lässt. Die Gruppe erarbeitet gegenwärtig ein Denknetz-Pflegermodell mit folgenden Eckwerten: Der Pflegebegriff, der in der Schweiz für die Finanzierung von Pflegediensten angewandt wird, muss dringend um die grundlegenden Betreuungsaufgaben erweitert werden, damit eine menschlich angebrachte Pflege gewährleistet werden kann. Das betreute Wohnen muss neben der Spitex und den Pflegeheimen als wichtiges Standbein ausgebaut und für alle Betagten zugänglich ge-

macht werden. Schliesslich muss die Versorgung der betagten Bevölkerung und der LangzeitpatientInnen auf eine bessere gesetzliche Grundlage gestellt werden.

Schon seit längerem liegt ein Denknetz-Grundlagenpapier im Bereich der Gesundheitspolitik vor. Dieses Papier hat mitgeholfen, Reformvorschläge wie die Persönliche Gesundheitsstelle PGS anzustossen. Das PGS-Modell wird von verschiedenen Personalverbänden, Patientenorganisationen und Gewerkschaften mitgetragen und schlägt die obligatorische integrierte Versorgung der PatientInnen unter Wahrung der freien Arztwahl vor. Es wird ebenfalls in das Denknetz-Pflegemodell integriert.

Weiterführende Hinweise:

- *Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2009). Sicherung der Altersvorsorge: Modellvorschlag für eine Totalrevision. In: Denknetz Jahrbuch 2009*
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Revision_Altersvorsorge_Jahrbuch.pdf

Bildungspolitik

Im Sommer 2010 publizierte die Denknetz-Fachgruppe Bildungspolitik einen Grundlagentext mit dem Titel ›Bildung – zum Glück. Plädoyer für eine Schule der Demokratie‹. Sie spricht sich darin für eine Bildung aus, »die in die Breite geht und alle Grundformen des Wissens und Verstehens umfasst, von den logisch-abstrakten über die naturwissenschaftlich-technischen, historischen und sprachlichen bis hin zur Musik und Kunst und dem handwerklichen Tun. Primär ist dabei nicht die Wissensvermittlung«, vielmehr sollen die Lernenden »mit den grundlegenden Verfahren und Methoden vertraut gemacht werden, mit denen man in den jeweiligen Disziplinen zu schlüssigen Aussagen zu kommen versucht«. »Bildung ist zwar immer auch Mittel, indem sie uns hilft, in dieser Welt bestehen zu können, aber sie ist insbesondere und in erster Linie Wert in sich selbst: indem sie uns dazu befähigt, uns unsere Zwecke selber setzen zu können.« Menschen sind kein Kapital, und Bildung

ist keine Ware. Ausgehend von diesem Bildungsverständnis formulierte die Gruppe 16 Eckwerte für eine Neuorientierung der Bildungspolitik, ohne dem nostalgischen Bild eines humanistischen Bildungsideals ausserhalb von gesellschaftlichen Widersprüchen anzuhängen.

In der Kritik steht insbesondere der konzertierte Versuch internationaler Wirtschaftsorganisationen und Lobby-Verbände, die Staaten und die öffentlichen Bildungsinstitutionen unter Druck zu setzen und ihnen ihre Bildungsziele aufzuzwingen, die vorrangig die Konkurrenz- und Arbeitsmarktfähigkeit der Menschen fördern sollen (Ökonomisierung der Bildung). Unter anderem sind die PISA-Rankings und die Bologna-Reformen zu erwähnen. Dabei muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass diese Bologna-Reformen in der Schweiz ohne demokratische Legitimation eingeführt wurden.

Lernende, BürgerInnen, LehrerInnen und nicht zuletzt Eltern sind aufgerufen, ihre demokratische Mitsprache einzufordern und sich »für eine Bildung der Demokratie« einzusetzen. In der Schule müssen Kinder nicht nur Mathematik und Sprachkompetenzen erwerben, sondern ebenso Gemeinschaftssinn und Selbstbewusstsein entwickeln. Zur Berufsbildung gehört neben dem Erwerb fachlicher Qualifikationen auch das Bewusstsein um die eigene soziale und ökologische Verantwortung und das eigenständige, kritische Denken – unverzichtbare Voraussetzungen für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft.

Weiterführende Hinweise:

- *Denknetz-Fachgruppe Bildung (2010). Bildung – zum Glück! Plädoyer für eine Schule der Demokratie. In: Denknetz-Jahrbuch 2010*
http://www.denknetz.ch/IMG/pdf/Bildung_zum_Glück.pdf
- *Verfetzter Lehrplan 21 (Januar 2014)*
Memorandum der Denknetz-Fachgruppe Bildungspolitik
http://www.denknetz.ch/IMG/pdf/LP21_Memorandum.pdf

3. An der Schwelle zu einer zukunftsfähigen Gesellschaftsordnung

Wir befinden uns an einer gesellschaftspolitischen Schwelle. Diesseits der Schwelle befindet sich eine Gesellschaft, die auf das Erzielen von Gewinnen und auf das Vermarkten von Gütern ausgerichtet ist. Jenseits der Schwelle befindet sich eine Gesellschaft, in der die Dienste am Menschen und die Sorgfalt im Umgang mit der Natur im Zentrum stehen. Der Schritt über diese Schwelle ist eine Notwendigkeit, weil die alte Ordnung immer mehr Schäden verursacht. Dem ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt wird das Bonmot zugeschrieben, die Gewinne von Heute seien die Investitionen von Morgen und die Arbeitsplätze von Übermorgen. In Abwandlung dieses Bonmots muss es heute heissen: Die Finanzmarkt-Gewinne von heute Morgen sind die Spekulationsblasen von heute Mittag und die Wirtschaftskrisen von heute Abend. Doch statt diesem Umstand Rechnung zu tragen, besteht die aktuell vorherrschende Politik darauf, dem schlechten Geld (das heisst jenem auf den Finanzmärkten) gutes Geld aus Steuermitteln nachzuwerfen. Dort jedoch, wo die Gelder dringend benötigt werden, fehlen sie: für die Stärkung der Care-Arbeit, für den ökosozialen Umbau, für öffentliche Dienste, für die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeiten.

Der Schritt über diese Schwelle ist eine Voraussetzung, um die Armut in der Welt beseitigen zu können, ohne die Lebensräume zu zerstören. Die Bevölkerungen in den armen Ländern brauchen ausreichend Güter des täglichen Bedarfs, öffentliche Dienste und Infrastrukturen. Umweltschonende Technologien, die optimale Wiederverwendbarkeit der Materialien, Mobilitätskonzepte jenseits des Autowahns und ein Wirtschaften, das nicht auf maximale kurzfristige Rendite ausgerichtet ist sorgen dafür, dass die umweltbelastenden Entwicklungen des 20. Jahrhunderts in den Ländern des Südens nicht wiederholt werden.

Der Schritt über diese Schwelle ist nötig, um die Care-Arbeit von ihren Fesseln zu befreien. Die private Care-Ar-

beit – die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen, die Sorge für persönliche Bindungen und Beziehungen – leidet darunter, dass sie in einer gewinnorientierten Gesellschaft ökonomisch gering geschätzt wird. Sie ist von grossen Ungleichheiten geprägt, die von einer Generation auf die nächste übertragen werden. Die öffentliche Care-Arbeit im Gesundheitswesen, in Kindertagesstätten und in anderen sozialen Einrichtungen wird unter Spardruck gesetzt, weil sie scheinbar nur Kosten verursacht, statt rentabel zu sein. Doch gerade in der Förderung und Weiterentwicklung der Care-Arbeit liegt heute das entscheidende Potenzial für eine nachhaltige Mehrung des gesellschaftlichen Wohlstandes.

Die industrielle Fertigung ist heute hoch rationalisiert, industrielle Produkte können in immer kürzerer Zeit hergestellt werden. Die so frei werdenden Ressourcen müssen der Care-Ökonomie, der Bildung, der Kulturförderung, dem Umweltschutz und der nachholenden Entwicklung der armen Länder zugute kommen. Doch gerade an diesen Verlagerungen ist das Kapital nur sehr beschränkt interessiert. Dies führt zu einer grundlegenden Paradoxie: Die globalisierte Ökonomie wird zwar immer reicher und produktiver, doch dabei nimmt die soziale Ungleichheit zu. Es fehlen scheinbar die Mittel, um die grosse Mehrheit der Menschen wohlhabender und freier zu machen. Deshalb müssen die finanziellen Ressourcen von den Finanzmärkten abgezogen und für den Aufbau einer Care-Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen die Demokratisierung der Wirtschaft statt die Vermarktung der Politik, die Regulierung der Finanzmärkte statt das Diktat der Grossbanken. Wir brauchen eine Politik, die uns über die Schwelle zu einer Gesellschaft der Sorge und der Umsicht, zu einer Care-Gesellschaft führt.

An dieser Schwelle stellen sich viele Herausforderungen und eine zentrale Frage: Wie können jene gesellschaftlichen und politischen Kräfte gestärkt werden, die dafür sorgen, dass wir die Schwelle überwinden? Wie können

Menschen davon überzeugt werden, die gesellschaftlichen Verhältnisse neu einzurichten, statt das Heil in der Ablehnung der Fremden und der anderen zu suchen? Welche Spielräume für fortschrittliche Lösungen finden sich innerhalb nationaler Grenzen, und wie steht es um das Wechselverhältnis von nationalen Politiken und internationalen Entwicklungen? Diese Fragen werden im Denknetz regelmässig reflektiert – im Bewusstsein, dass keine abschliessenden Antworten auf der theoretischen Ebene gefunden werden können. Diese Fragen müssen vielmehr im Zusammenspiel mit der politischen Praxis angegangen werden. Auch wenn das Denknetz seine Unabhängigkeit nur bewahren kann, wenn es selbst nicht als politischer Akteur auftritt, so ist auch für uns letztlich die politische Praxis von zentraler Bedeutung.

Fussnoten

- 1 Die Beiträge in der vorliegenden Publikation zur Personenfreizügigkeit und zu Fragen der Wachstumspolitik sind ebenfalls in diesem Rahmen zu sehen.
- 2 Zinsbereinigte Gewinnsteuer bedeutet, dass von Teilen des Eigenkapitals ein fiktiver Zins ermittelt wird und von den Gewinnen in Abzug gebracht werden kann. Begründet wird dies damit, bei der Aufnahme von Fremdkapital könne man die Zinskosten vom Gewinn abziehen, deshalb müsse dies auch beim Eigenkapital möglich sein.

Für eine offene und solidarische Schweiz

Anfang März 2014

Ruth Dällenbach, Katharina Prelicz-Huber, Ruth Gurny, Beat Ringger, Hans Schächli, Nina Schneider, Walter Schöni, Jean-François Steiert

Die Kontingentierungsbestimmungen, die am 9.2.14 mit knappem Mehr in die Verfassung geschrieben worden sind, verletzen grundlegende Freiheitsrechte, bringen Menschen unterschiedlicher Nationalität gegeneinander auf und isolieren die Schweiz im europäischen Umfeld. Wir lassen nicht locker, bis diese fatalen Kontingentierungsbestimmungen wieder rückgängig gemacht sind, und wir rufen die fortschrittliche und die liberale Schweiz dazu auf, sich gemeinsam gegen jede Form von Kontingentierungspolitik einzusetzen. Wir halten fest:

1. Die Personenfreizügigkeit ist ein grundlegendes Freiheitsrecht. Wird es beschnitten, dann verschlechtert sich die Lage jener, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. Sie haben weniger Wahlmöglichkeiten und können sich schlechter gegen unfaire Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen. Dasselbe gilt für das Recht, in Freiheit dort zu leben, wo man sozial verankert ist. Völkerrechtswidrige Ausschaffungen sind inakzeptabel.
2. Nicht die ausländischen Arbeitnehmenden sind das Problem, sondern eine Politik, die maximale Profite und eine Umverteilung von unten nach oben fördert. Die Lohnschere driftet immer mehr auseinander. Der Schutz der Lebensräume und der Umwelt wird kommerziellen Interessen geopfert. Die Spekulation drückt die Mietzinse nach oben. Die Kantone haben nicht

mehr genügend Mittel, um ihre öffentlichen Dienste ausreichend zu finanzieren, weil sie laufend die Steuern für Konzerne und hohe Einkommen senken.

3. Nicht die Zuwanderung ist das Problem, sondern die fremdenfeindliche Stimmungsmache. Die SVP betreibt eine Dauerkampagne gegen AusländerInnen und will damit von jenen gesellschaftlichen Kreisen ablenken, die für die wirklichen Probleme die Verantwortung tragen: Umweltverschmutzung, Lohndumping, zu hohe Mieten, die Verschandelung der Landschaften, soziale Ungleichheit, hoher Stress für berufstätige Eltern. Dies gilt es aufzudecken, und hier liegen die Probleme, die wir ernst nehmen und die wir angehen müssen. Die Konstruktion des ›Fremden‹ führt hingegen in die Irre und ist eine reine Sündenbockstrategie.
4. Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind, haben in der Schweiz Anrecht auf Asyl. Die SVP-Initiative spielt Flüchtlinge und andere MigrantInnen gegeneinander aus. Da Krisen und Konflikte nicht vorhersehbar sind, kann die Anzahl der Flüchtlinge nicht in jährlichen Kontingenten erfasst werden, was überdies auch die internationale Flüchtlingskonvention verletzen würde. Zudem tragen multinationale Schweizer Unternehmen in armen Ländern mit Steueroptimierung und Verstößen gegen Arbeits- und Umweltrechte Mitverantwortung dafür, dass Krisen entstehen und Menschen ihre Lebensgrundlagen verlieren. Eine entwicklungspolitisch kohärente Umwelt-, Handels- und Finanzpolitik auf der Basis der Menschenrechte hilft Menschen, in ihrer Heimat eine Existenzgrundlage und sichere Lebensbedingungen zu finden.
5. Der entscheidende Hebel, mit dem Wanderungsbewegungen gesteuert werden, sind die Nachfrage nach Arbeitskräften und damit insbesondere die Löhne, die Unternehmenssteuern und weitere Standortfaktoren. Eine angemessene Besteuerung von Unternehmen und

die Bekämpfung von Lohndumping sind die besten Mittel gegen die von der SVP beklagte ›Masslosigkeit‹. Fremdenfeindlichkeit hingegen bewirkt das Gegenteil: Je weniger Rechte die Eingewanderten haben, umso weniger können sie sich gegen tiefe Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen wehren, und umso mehr geraten auch die Löhne der einheimischen Beschäftigten unter Druck.

6. Die Debatte um die Frage, was »der Schweiz nützt und was nicht« ist irreführend und falsch. Der Nutzen wird nur in Form von ökonomischem Mehrwert definiert, die Menschen werden auf ihre Arbeitskraft reduziert. Gesellschaftspolitische Ziele werden negiert. Wir wollen aber kein Land voller Diskriminierung, Hass und Missgunst, wäre es ökonomisch gesehen noch so ›reich‹. Zudem wird die Einheit und Solidarität der Schweiz von ›oben‹ ausgehöhlt. In den letzten Jahren profitierten vor allem die Grosskonzerne und Menschen mit sehr grossen Vermögen und Abzockerlöhnen, nicht die breite Bevölkerung.
7. Die Schweiz ist ein gutes Beispiel dafür, wie Menschen aus den verschiedensten Kulturen erfolgreiche Gemeinschaften bilden. Sie beruht auf vier Kultur- und Sprachregionen. Sie ist das Ergebnis von Offenheit und von Kooperation mit Menschen aus aller Welt. Der industrielle Aufstieg der Schweiz hätte ohne die Beteiligung von eingewanderten französische UhrmacherInnen und deutschen IngenieurInnen nicht stattgefunden. Die Kinder von EinwanderInnen aus Kroatien und Albanien haben wesentlichen Anteil am Erfolg der Fussballnationalmannschaft. Wir wollen und brauchen eine offene Schweiz, die sich als Teil Europas und als Teil der Welt versteht. Gerade für die Schweiz gilt wie kaum für ein anderes Land: Sie ist multikulturell – oder sie ist nicht.

Wir engagieren uns für folgende konkrete Ziele:

1. Die SVP-Kontingentierungsinitiative wurde am 9.2. 2014 nur mit einem Zufallsmehr angenommen. Ihre Bestimmungen verletzen grundlegende Freiheitsrechte, bringen Menschen unterschiedlicher Nationalität gegeneinander auf und isolieren die Schweiz im europäischen Umfeld. Wir können und wollen diese Bestimmungen nicht hinnehmen. Ihre Konsequenzen werden auch erst nach und nach richtig erkennbar. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, diesen Entscheid nochmals zu prüfen. Dafür müssen geeignete Wege gefunden werden, zum Beispiel mit der Lancierung einer Volksinitiative, die die SVP-Kontingentierungsbestimmungen rückgängig macht.
2. Die Ecopop-Kontingentierungs-Initiative verlangt im Wesentlichen dasselbe wie die SVP-Kontingentierungsinitiative – mit noch härteren Vorgaben. Wir engagieren uns mit allen Kräften für die Ablehnung dieser Initiative in der Volksabstimmung.
3. Die Freiheitsrechte von allen Eingewanderten müssen geschützt werden: freie Niederlassung, freie Stellenwahl, gleichberechtigter Anspruch auf die Leistungen der Sozialversicherungen, gleichberechtigter Anspruch, mit Kindern und Eltern zusammenzuleben.
4. Jeder Mensch hat ein Anrecht darauf, dort zu leben, wo sie oder er verwurzelt ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Personen nach spätestens zehn Jahren Wohnsitz in der Schweiz Anspruch darauf haben, eingebürgert zu werden.
5. In der Schweiz leben und arbeiten rund 100'000 Sans Papiers über lange Zeiträume ohne jeden sozialen und rechtlichen Schutz, darunter zahlreiche Kinder und Jugendliche, die hier zur Schule gehen. Wir fordern, dass der Aufenthaltsstatus aller Sans Papiers legalisiert wird.

6. Die Ausschaffungsinitiative darf auf keinen Fall zu einer völkerrechtswidrigen Praxis führen. Jede Straftat muss einzeln beurteilt werden, bevor eine allfällige Ausschaffung verfügt wird.
7. Die internationale Flüchtlingskonvention hat Priorität gegenüber kurzfristigen innen- und wirtschaftspolitischen Interessen. Verfolgte Menschen haben das Recht auf Asyl und auf ein würdiges Leben in der Schweiz und auf faire Verfahren. Wir verlangen zudem die Aufhebung des Arbeitsverbotes und das Anrecht auf angemessene Integration.
8. Wir müssen verhindern, dass Einwandernde für Lohn-dumping missbraucht werden. Menschen, die in der Schweiz arbeiten, müssen zu hiesigen Löhnen und Arbeitsbedingungen angestellt werden. In jeder Branche und in jedem Kanton müssen Mindestlöhne gelten, die für ein anständiges Leben ausreichen. Überall sind transparente und verbindliche Lohnskalen zu definieren, damit alle Löhne geschützt sind.
9. MieterInnen müssen vor überhöhten Mieten durch Immobilienspekulation geschützt werden. Das beste Mittel dafür ist die Beschränkung der Marktmieten auf einer Höhe, die höchstens 10% über Kostenmiete liegt.
10. Konzerne und hohe Einkommen müssen fair und am Ort der Wertschöpfung besteuert werden. Die Bemessungsgrundlagen und die Steuersätze sind auf ein international übliches Niveau anzuheben, die Kantone zu entsprechenden Mindestsätzen zu verpflichten.
11. Gute Forschung und gute Lehre gedeihen nur in einem ungehinderten internationalen Austausch. Auch dafür brauchen wir eine weltoffene Schweiz.
12. Das Volumen des privaten motorisierten Individualverkehrs darf nicht weiter ansteigen. Stattdessen sind der Langsamverkehr (FussängerInnen, VelofahrerInnen) konsequent zu fördern und der öffentliche Verkehr

auszubauen. Wir fordern vier auto- und stressfreie
Sonntage pro Jahr.

Ecopop: Weder ›Eco‹ noch ›Pop‹

Am 17. Mai 2014 fand in Bern ein Workshop statt, an dem rund 25 Personen aus Gewerkschaften, Sozialdemokratischer Partei, Grüner Partei sowie Migrations- und Jugendorganisationen teilnahmen. Die Ergebnisse des Workshops sind im untenstehenden Text dokumentiert. Die Textredaktion besorgten Rita Schiavi, Dario Schai und Beat Ringger.

Die Ecopop-Initiative ist fremdenfeindlich, umweltschädigend, menschenverachtend, freiheitsfeindlich und familienfeindlich. Sie will die Türe zu Europa zuschlagen. Ihre Annahme könnte den Lebensstandard der Schweizer Bevölkerung auf viele Jahre senken und das gesellschaftliche und das soziale Klima erheblich vergiften.

Fremdenfeindlich: Die Initiative zwingt Hunderttausende von Arbeitnehmenden zum Pendeln als GrenzgängerIn. Sie zwingt Hunderttausende in den unsicheren Status der KurzaufenthalterIn, der es ihnen verunmöglicht, sich gegen Unrecht und Ausbeutung zu wehren.

Umweltschädigend: Die Initiative führt zu einer massiven Verkehrszunahme, weil die Zahl der GrenzgängerInnen erheblich steigt und weil viele dieser GrenzgängerInnen nicht nur in die Grenzkantone, sondern bis in die Inner-schweiz pendeln müssen. Die Folgen: Mehr Lärm, mehr Abgase, mehr Stauzeiten und verstopfte Städte.

Menschenverachtend: Die Initiative schafft Situationen, in denen die Schweiz nur noch erschwert oder gar keine Flüchtlinge mehr aufnehmen kann. Sie verpflichtet die Schweiz, der Bevölkerung armer Länder den Verzicht auf Kinder zu predigen. Dieses koloniale Denken lehnen wir ab.

Familienfeindlich: Die Initiative kann verhindern, dass verheiratete Paare zusammenleben können. Zum Bei-

spiel müssten eine SchweizerInnen, die ausländische PartnerInnen heiraten damit rechnen, dass diese PartnerInnen nicht in der Schweiz leben dürfen.

Bedrohlich für betagte Menschen: Die Initiative führt dazu, dass wir nicht mehr genügend Personal für die Pflege und Betreuung betagter Menschen finden. Spitex und Pflegeheime müssen ihr Angebot abbauen. Für viele Betagte bedeutet dies menschliches Elend.

Freiheitsfeindlich: Die Initiative nimmt den Menschen das Freiheitsrecht, ihren Lebensmittelpunkt möglichst frei wählen zu können. Ausländerinnen und Ausländer können nur noch sehr eingeschränkt in der Schweiz, Schweizerinnen und Schweizer (wegen der unausweichlichen Kündigung der bilateralen Verträge) nur noch sehr eingeschränkt in andern Ländern Europas arbeiten oder studieren.

Wohlstandsschädigend: Die Initiative beerdigt jede Chance, die Verhältnisse mit der Europäischen Union vertraglich zu regeln. Sie führt die Schweiz in die Isolation und könnte eine lang andauernde Wirtschaftskrise auslösen. Sie schwächt die Basis unserer Sozialwerke und führt zu Rentenkürzungen, weil es an genügend Beitragszahlenden fehlt.

Die Vorstellung einer ›Eco‹-Alpenidylle mit guter Luft und intakten Gletschern ist gleichermassen lächerlich und erschreckend. Lächerlich, weil sich Umwelt und Klima nur in der weltweiten Zusammenarbeit aller Länder wirksam schützen lassen. Erschreckend, weil sie einer Haltung entspricht, bei der die Schweiz sich die Umweltprobleme durch Abschottung vom Hals schaffen will, derweil die hier ansässigen Konzerne und Rohstoffhändler für viele Probleme wesentlich mitverantwortlich sind. Die Ecopop-Initiative will der einen Gruppe von Menschen – derjenigen mit dem Schweizer Pass – auf Kosten anderer Gruppen Vorteile sichern. Diese Vorstellung steht am Ursprung von Nationalismus, Fremdenhass und Rassismus. In einer Welt, die zum globalen Dorf geworden ist, brauchen wir

Lösungen, mit denen die Lebensansprüche aller Menschen respektiert werden. Wir haben längst genügend Reichtümer erschaffen und angehäuft, um solche Lösungen zu ermöglichen.

Wir treten ein für eine Schweiz ohne Standortdumping und mit guten Arbeits- und Lebensbedingungen für die gesamte Bevölkerung. Arbeitssuchende lassen sich nicht kontingentieren. Kontingente führen nur dazu, dass die MigrantInnen in würde- und rechtlose Bedingungen gezwungen werden, oder sie werden in die Illegalität gedrängt, wie die 100'000 Sans Papiers in der Schweiz. Migration kann aber sehr wohl gesteuert werden. Solange Dumpinglöhne toleriert werden, gibt es Arbeitgeber, die Dumpingjobs schaffen und dafür MigrantInnen in die Schweiz holen. Solange die Schweiz mit tiefen Unternehmenssteuern ein aggressives Standortdumping betreibt, ziehen italienische Firmen in den Tessin, die besser in Norditalien produzieren würden. Deshalb wollen wir faire Löhne und faire Unternehmenssteuern für alle Firmen ohne Hintertürchen.

Ecopop will eine abgeschottete Schweiz. Wir wollen eine offene Schweiz, die am europäischen und globalen Austausch von Ideen, Gütern und Kultur teilnimmt und die Freiheitsrechte schützt, statt sie abzuschaffen. Wir wollen den ›Ecopop«-Schock mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern.

12 Thesen zu Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, Wohlstand

Denknetz Kerngruppe

Die nachstehenden Thesen zu Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und Wohlstand wurden im Verlauf des Jahres 2013 in der Kerngruppe des Denknetzes erarbeitet in der Absicht, das Spannungsfeld zwischen Umweltschutz und sozialen Zielen (Verteilungsgerechtigkeit, Arbeitsplätze, Löhne) auszuloten und auf seine grundlegenden Aspekte hin durchzudiskutieren. Die zentrale Erkenntnis lautet: Nur ein Zusammendenken der ökologischen mit den sozialen Zielen erlaubt es, die anstehenden Probleme auf demokratische Weise zu lösen. Dafür muss die Macht des Kapitals erheblich zurückgebunden werden. Eine klare Absage erteilen die Thesen der Vorstellung einer Schweiz als ökologischer Alpeninsel inmitten einer krisenhaften Welt. Die Menschenrechte sind unteilbar, der Anspruch auf ökologisch unversehrte Lebensräume ist es auch.

1. Ressourcenverbrauch und Schadstoffaustrag

Wir haben nur einen Planeten zum Leben. Die Ressourcen – Rohstoffe, Böden und Meere, Energie, Luft, Wasser – sind begrenzt, ebenso die Kapazitäten der Natur, Schadstoffe zu absorbieren. Ressourcenverbrauch und Schadstoffaustrag sind deshalb auf einem Niveau zu halten, bei dem die Qualität der Lebensräume nicht beeinträchtigt wird und die Verfügbarkeit wichtiger Ressourcen auch für kommende Generationen gewährleistet ist. Der ökologische Fussabdruck macht deutlich, wie viel Naturverbrauch wir uns leisten können, ohne die Ökosysteme dauerhaft zu schädigen. Der Verbrauch der Natur hat demnach auf globaler Ebene die Schwelle bereits markant überschritten, bei der eine nachhaltige Nutzung noch gewährleistet ist. Die sogenannten hochentwickelten Länder befinden sich alle deutlich über dieser Schwelle, während sie von den aufstrebenden

Ländern zurzeit gerade überschritten wird. Diese Entwicklung ist inakzeptabel. Insbesondere die Folgen des Klimawandels sind global und für viele Menschen bereits heute dramatisch. Gerade diejenigen, die bisher am wenigsten zum Ausstoss von Klimagasen beigetragen haben, leiden am meisten unter den Folgen. Eine markante Rücknahme des Ressourcenverbrauchs und des Schadstoffaustrags sind ein Imperativ für die Zukunft des (menschlichen) Lebens auf der Erde.

2. Wachstum

Die Wachstumsdebatte verschleiert diesen Imperativ, wenn sie – was häufig der Fall ist – die in Geld gemessene und die stoffliche Ebene vermischt. Ein in Marktpreisen gemessenes Wachstum (z.B. mit Hilfe des geläufigen Bruttoinlandsprodukts BIP) sagt noch nichts über die Umweltbelastung aus. Diese kann auch dann massiv ansteigen, wenn kein in Geld gemessenes Wachstum vorliegt, zum Beispiel dann, wenn die gleichen Güter dank Rationalisierungen billiger hergestellt werden können und sich die Produktionsmenge und der Naturverbrauch dabei ausweiten. Umgekehrt wird eine Zunahme von bezahlten personenbezogenen Diensten (z.B. Bildung, Pflege) das BIP erhöhen, ohne dass die Umweltbelastung deswegen zwingend ansteigt. Die Wachstumsproblematik muss deshalb präziser bezeichnet werden. Es geht um die Zunahme der stofflichen Umweltbelastungen, die erheblich reduziert werden müssen. Eine solche Reduktion ist umso leichter zu erreichen, als dass die Verschwendung von Ressourcen unter dem heutigen Produktions- und Vertriebsregime enorme Ausmasse angenommen hat.

Zu Recht wird der Wachstumszwang im Kapitalismus angeprangert. Die zentrale Formel im Kapitalismus lautet, aus Geld mehr Geld zu machen. Unternehmen, die in einem kompetitiven Umfeld tätig sind, stehen dabei unter hohem Druck zu wachsen, um ihre Marktstellung behaupten zu können. Das führt unter den gegebenen Bedingungen dazu, dass Umweltschutz, der für die Unternehmen Kosten

verursacht, mit Nachteilen im Wettbewerb verbunden ist. Dasselbe gilt auf der Ebene der Wirtschaftsstandorte. Dies sind die entscheidenden Gründe für den ansteigenden Naturverbrauch und für die Schwierigkeiten, Umweltschutzmassnahmen durchzusetzen. Sprechendes Beispiel dafür ist die Blockierung global wirksamer Schutzmassnahmen gegen die Klimaerwärmung.

Aus Marketinggründen schmücken sich viele Unternehmen damit, dass sie in die Nachhaltigkeit investieren. Nicht alle diese Engagements sind aber mit einem wirklichen Wandel verbunden. Sie verschleiern oftmals, dass keine Änderung des Systems erwünscht ist. Wenn Nestlé beispielsweise Wasser privatisiert und somit die Ärmsten zwingt, dieses teuer zu kaufen, und gleichzeitig PR-wirksam für wohltätige Zwecke spendet, wird mit der einen Hand an der Oberfläche kaschiert, was die andere in der Tiefe zerstört.

3. Care-Arbeit

Dank der enormen Zunahme der stofflichen Produktivität ist der Anteil der Beschäftigten in der Güterfertigung seit den 1970er-Jahren markant gesunken. Er beträgt in den entwickelten Ländern noch rund 20 Prozent. Davon entfällt zudem noch eine erhebliche Zahl auf Forschung und Entwicklung, Marketing, Verkauf, Vertrieb und Administration. Zwar muss in Rechnung gestellt werden, dass es auch güterbezogene Arbeit gäbe, die aus Sicht der Umweltverträglichkeit und des schonenden Ressourceneinsatzes sehr sinnvoll wäre (z.B. die Reparatur von Geräten und Fahrzeugen), die aber nicht mehr erbracht wird, weil sie nicht profitabel verwertet werden kann. Trotzdem ist klar: Dank der Produktivitätssteigerungen in der Güterfertigung und bei der Erbringung von Sachdienstleistungen verlagert sich ein wachsender Teil der Arbeit in die Bereiche der personenbezogenen Dienste und Tätigkeiten: Hausarbeit, Bildung, Gesundheitswesen, Betreuung und Pflege von Kindern, Behinderten und Kranken, Kultur, Freizeit, Persönlichkeitsentfaltung.

Umso absurder ist es, dass die Gesellschaften immer noch in einer Wirtschaftsweise gefangen sind, die auf der Produktion von Waren basiert, deren Verkauf Gewinn abwerfen muss. Denn dem Kapital fällt es schwer, personenbezogene Dienste in Waren umzuformen. Zwar gelingt es partiell, solche Umformungen durchzusetzen. Zum Beispiel machen Fallpauschalen in Spitälern aus medizinischen Leistungen Waren. Dasselbe geschieht in der Tendenz mit Bildungsgutschriften im Kinderbetreuungs- und Bildungsbereich. Doch die personenbezogenen Dienste sind weitgehend resistent gegenüber Produktivitätssteigerungen, ohne dass die Qualität erheblich beeinträchtigt wird. Deshalb bleiben auch warenförmig strukturierte personenbezogene Dienste für das Kapital nur von beschränktem Interesse. Insbesondere Frauen sind von diesen Entwicklungen betroffen, da personenbezogene Dienste überwiegend von Frauen erbracht werden.

Damit ergeben sich zwei zentrale Motive, um die Dominanz der Kapitalverwertung zu überwinden: Einerseits ist dies aus Gründen der Nachhaltigkeit geboten, andererseits gelingt die Sicherung und Mehrung des Wohlstands ebenfalls am besten, wenn das Privatkapital in seine Schranken verwiesen wird. Denn personenbezogene Dienste müssen als öffentliche Dienste gestaltet und politisch gesteuert werden, wenn sie für alle BürgerInnen flächendeckend und zu jeder Zeit in guter Qualität und zu fairen Preisen zugänglich sein sollen. Und geeignete Formen der Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit sollen den Druck mindern, der auf der privat und unbezahlt erbrachten Care-Arbeit lastet.

4. Arbeitsplätze oder Umweltschutz?

Auf bürgerlicher Seite, manchmal aber auch auf linker und gewerkschaftlicher Seite wird argumentiert, Wirtschaftswachstum sei für den Erhalt der Arbeitsplätze und für die Finanzierung der Sozialwerke unerlässlich. Die Vorstellung, ein ökosozialer Umbau der Gesellschaft würde das Arbeitsvolumen und die Basis für die Finanzierung der Sozialwerke schmälern, ist jedoch falsch. Ein ökosozialer

Umbau will die ökonomischen Ressourcen hin zu einer nachhaltigen Gestaltung der Lebenszusammenhänge verlagern. Dies wird die Gewinnaussichten einiger Konzerne und Branchen zweifellos verringern, an andern Orten hingegen einen deutlichen Zuwachs an Beschäftigung und Wertschöpfung auslösen, der notabene häufig regional anfällt. Vielfach ist dieser Beschäftigungszuwachs deutlich höher als die entsprechenden Verluste, weil ökologische Verfahren häufig arbeitsintensiver sind als umweltschädigende. Das ist zum Beispiel beim Wechsel von der kapitalintensiven Atomtechnologie hin zur dezentralen solaren Energieproduktion der Fall. Hinzu kommt, dass die Kosten der Atomtechnologie (Stilllegung und Rückbau, Abfall, Schäden im Falle eines Unfalls) von der Allgemeinheit getragen werden müssen.

In einigen Bereichen ist auch eine gezielte Rücknahme von besonders umweltbelastenden Formen des Konsums erforderlich, beispielsweise bei der Mobilität. Solche Prozesse können und müssen sozialverträglich gestaltet werden. Ein Beispiel für eine solche Ausgestaltung wäre eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen in Form des Ökobonus. Der Ökobonus ist ein Zuschlag auf dem Benzin- respektive Dieselpreis, dessen Ertrag gleichmässig auf die Bevölkerung rückverteilt wird. So gewinnen jene, die wenig Auto fahren, zulasten jener, die viel Auto fahren. In einem Land wie der Schweiz, in dem für die Mobilität meist gute Alternativen zum Autoverkehr verfügbar sind, können die Haushalte so ihr Einkommen gezielt beeinflussen. Sinnvollerweise wird diese Lenkungsabgabe mit der zusätzlichen Förderung umweltschonender Mobilität kombiniert (z.B. Fuss- und Veloverkehr in den Städten), so dass sich die positiven Wirkungen verstärken. Ein solches System wurde mit der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen mit entsprechender Teilzweckbindung für ökologische Massnahmen bereits mit Erfolg eingeführt. Ein weiteres Feld ist das ökosoziale Neudesign der Konsumgüter, was auch dann Preiserhöhungen zur Folge haben kann, wenn dabei keine Profite erzielt werden. Diese Preiserhöhungen können und

sollen durch bessere Qualität und vor allem durch höhere Langlebigkeit der Güter ausgeglichen werden.

5. Verteilung des Reichtums

Wer über Umweltschutz spricht, muss auch über die Reichtumsverteilung sprechen. Dies gilt auf globaler Ebene ebenso wie innerhalb der einzelnen Länder. Gegenwärtig sterben jährlich eine Million Menschen an Vergiftungen durch verschmutzte Gewässer und Böden, und zwar fast ausschliesslich in Entwicklungsländern. Umgekehrt übersteigt der ökologische Fussabdruck pro Kopf in den reichen Nationen das nachhaltige Mass um ein Mehrfaches, während die armen Länder teilweise weit unter dieser Schwelle liegen. Diese Ungleichheiten wiederholen sich innerhalb der Länder. Die multinationalen Konzerne haben ihre Gewinne in den letzten 30 Jahren massiv gesteigert und gleichzeitig dafür gesorgt, dass sie immer weniger Steuern bezahlen. Der Anteil der Löhne am BIP hingegen ist weltweit gesunken. Der ökosoziale Umbau und die Umstellung auf umweltschonende Produkte muss deshalb in erster Linie aus diesen Profiten finanziert werden. Höhere Steuern auf Unternehmensgewinnen, hohen Erbschaften und hohen Einkommen bilden eine zentrale Finanzierungsquelle dieses Umbaus.

Obwohl die Wohlstandsunterschiede in der neoliberalen Ära markant zugenommen haben, wird in der gegenwärtigen Krise immer wieder behauptet, die breite Masse der Menschen habe über ihre Verhältnisse gelebt und müsse jetzt den Gürtel enger schnallen. Dabei geht meist vergessen, welch grosses Volumen an unbezahlter Arbeit im privaten Care-Bereich erbracht wird – ohne eine finanzielle Abgeltung. Vergessen geht auch die beträchtliche Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen. Im Kontrast dazu stiften die enormen Finanzvermögen einer kleinen Minderheit auf den Finanzmärkten in immer rascherer Folge spekulatives Unheil. Gleichzeitig schmälert die Vermögenskonzentration in den Händen einiger weniger die Handlungsspielräume der vielen – zum Beispiel dadurch,

dass der öffentlichen Hand die Steuermittel fehlen, um den ökologischen Umbau entschlossen voranzubringen. Deshalb müssen wir die Gelder aus den Finanzmärkten in die Zonen gesellschaftlicher Nützlichkeit rückverteilen – gerade auch aus ökologischen Gründen.

6. Die Neoliberalisierung der Umweltpolitik

In den 1980er-Jahren wurde der Schutz der Umwelt weltweit zu einem beherrschenden Thema. Eine Reihe von Katastrophen und Beinahe-Katastrophen (Harrisburg, Tschernobyl, Bophal, Schweizerhalle etc.) hatte die Bevölkerung vieler Länder aufgerüttelt. Steigende Schadstoffbelastungen von Luft und Wasser führten zunehmend zu Schäden bei Menschen, Tieren und Pflanzen (z.B. in Form des Waldsterbens). Innert kurzer Zeit wurde es möglich, technische Normen und Vorschriften durchzusetzen, mit denen die Umweltbelastung beträchtlich reduziert werden konnte. Beispiele dafür sind der global durchgesetzte Einbau von Katalysatoren in Motorfahrzeugen und das ebenfalls globale Verbot von Fluorkohlenwasserstoffen in Sprühdosen und Kühlschränken. Doch nach einer ersten erfolgreichen Welle von Verboten und Vorschriften gelang den herrschenden Kräften in der Umweltpolitik ein neoliberaler Rollback. Verbote und Gebote wurden als freiheitsfeindlich diskreditiert, an ihre Stelle sollten marktkonforme Lösungen und freiwillige Massnahmen treten. Deshalb blieben beispielsweise die Bemühungen Kaliforniens, vorzuschreiben, dass Neuwagen höchstens vier Liter Treibstoff auf 100 km verbrauchen dürfen, im Sand stecken. Doch auch von dieser Internalisierung der Umweltkosten (d.h. der Einbau von Umweltkosten in die Preisbildung der Güter und Dienste) ist heute nicht viel übrig geblieben, weil sie für einen Teil der Produzenten höhere Kosten bedeutet hätte. Die Internalisierung der Umweltkosten ist weitgehend auf Eis gelegt.

Geblichen ist allerdings die Verschiebung der Verantwortung von den ProduzentInnen auf die KonsumentInnen. Umweltschutz ist zu einem Nischenmarkt für Leu-

te verkommen, die bereit sind, aus ökologischen Gründen höhere Preise in Kauf zu nehmen. Solche Nischenmärkte haben in der Pionierphase der Umweltbewegung vor 40 Jahren wichtige Optionen eröffnet und fortschrittliche Wirkungen entfaltet. Mittlerweile hat sich dies jedoch ins Gegenteil verkehrt. Wer die Umwelt schützt, zahlt mehr, wer den Schutz missachtet, wird mit tiefen Preisen belohnt – und das, obwohl längst bekannt ist, wie es besser gemacht werden könnte. Jetzt muss auf die Umkehrung hingewirkt werden. Die besten Praktiken hinsichtlich ökologischer und sozialer Kriterien müssen zur verbindlichen Norm erhoben, allfällig noch zugelassene Abweichungen mit Preisaufschlägen versehen werden.

7. Ökologischer Umbau, sozial finanziert

Der Politik muss wieder das unbestrittene Primat über die Wirtschaft zukommen. Regulierungen und Produktvorschriften, die helfen, die Umweltbelastung zu senken, müssen durchgesetzt werden. Leitmotiv soll dabei das Prinzip der besten Praxis sein. Die Standards und Verfahren, die jeweils im Sinn der Umweltschonung die besten sind, müssen generell durchgesetzt werden. Die Förderung der Cleantech-Industrie soll in eine solche Perspektive eingebettet werden. Umweltbewegungen und soziale Bewegungen (z.B. Gewerkschaften) müssen dabei gemeinsam dafür eintreten, die Geldmittel für einen solchen ökologischen Umbau dort zu beschaffen, wo heute der Reichtum gehortet wird. Viel zu viele Geldmittel sind gegenwärtig in den Händen einer verschwindend kleinen Minderheit konzentriert. Sie stecken überwiegend in Finanzprodukten und Wertpapieren und treiben die Finanzmärkte in immer neue Spekulationsblasen. Sie müssen – es sei nochmals betont – aus diesen Zonen der Destruktivität wieder in die Zonen der Nützlichkeit rückgeführt werden.

8. Ausstieg aus dem Konsumismus

Menge und Art der gegenwärtig produzierten Güter sind nicht auf eine nachhaltige Nutzung der Umwelt abge-

stimmt. Die Märkte der hochentwickelten Länder werden mit einer Flut von billigen Waren überschwemmt, die nur so günstig sind, weil die Löhne in Ländern wie China viel tiefer sind als hierzulande. Gleichzeitig wird für die kaufkräftigen Schichten der entwickelten Länder der Akt des Konsumierens immer wichtiger, während die realen Lebensumstände mehr und mehr vom Strampeln nach beruflichem Erfolg geprägt sind. Der Konsum wird zur Sphäre der Ersatzbefriedigungen, die Konsumfreiheit zur zentralen Form von Freiheit überhaupt.

Dieser Konsumismus muss auf mehreren Ebenen überwunden werden. Der Druck und die Belastung in der Arbeitswelt müssen gesenkt werden. Die realen Arbeitszeiten, seit rund 30 Jahren im Steigen begriffen, müssen wieder deutlich sinken. Damit gewinnen die Leute Freiräume, in denen sie Bedürfnissen Raum geben können, die nicht vom Konsum materieller Güter und von Statussymbolen abhängen, so zum Beispiel für die Pflege persönlicher Beziehungen, die berufliche und kulturelle Bildung, die Teilnahme am Kulturgeschehen, die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit. Parallel dazu sind die personenbezogenen öffentlichen Dienste auszubauen und der gesamten Bevölkerung in hoher Qualität verfügbar zu halten: Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, familienergänzende Kinderbetreuung, kulturelle Angebote. Lenkungsabgaben oder eine ökologische Steuerreform können den Ausstieg aus dem Konsumismus unterstützen. Sie sind mit der Bereitstellung von umweltschonenden Alternativen zu koordinieren und so zu gestalten, dass sie sozial ausgleichend wirken. Bei einer ökologischen Steuerreform ist darauf zu achten, dass damit nicht die ideologische Unterwerfung unter die Kapitallogik und eine nationalegoistische Sicht gefördert wird (›Arbeit verbilligen‹, ›gegenüber dem Ausland konkurrenzfähiger werden‹).

9. Ökologisch ausgerichtete öffentliche Infrastrukturen

Die öffentlichen Infrastrukturen sind nach ökologischen Kriterien umzubauen und so zu entwickeln, dass sie ein

ökologisches Alltagsverhalten unterstützen. Die Energieversorgung ist konsequent auf nachhaltige Formen der Energiebereitstellung auszurichten. Der Ausstieg aus der Atomtechnologie muss so rasch als möglich erfolgen. Die ältesten Atommeiler (in der Schweiz Mühleberg und Beznau) sind sofort stillzulegen. Das Volumen des motorisierten Privatverkehrs ist substantiell zu reduzieren. Die Strassenfläche für den Privatverkehr ist insbesondere in den Städten zurückzubauen, der Fuss- und Fahrradverkehr zu stärken. Der öffentliche Verkehr sollte ausgebaut werden, ebenso die Verfügbarkeit eines Autoverleihs, der den Besitz eines eigenen Fahrzeugs für die grosse Mehrheit der Bevölkerung überflüssig macht. Langfristig sind Siedlungsstrukturen so zu entwickeln, dass unnötige Wege vermieden werden.

10. Sicherheit und Frieden als Grundlagen des neuen Wohlstands

Der ökosoziale Umbau wird letztlich nur erfolgreich sein, wenn er auf Weltebene realisiert wird. Doch es wäre fatal, mit dem Start dieses Umbaus solange zu warten, bis sich alle Länder daran beteiligen. Länder, Bewegungen, Organisationen und Nationen, die für den ökosozialen Umbau eintreten, sind aufgerufen, sich zu internationalen Bündnissen zusammenschliessen. Wenn dabei ein einzelnes Land oder eine Ländergruppe Pionierarbeit leistet, ist es auch gerechtfertigt, ökologisch und sozial verträgliche Produkte gegenüber der umweltschädigenden Konkurrenz mit Schutzabgaben zu sichern.

Der ökologische und soziale Umbau der Weltwirtschaft ist Voraussetzung für eine Welt, in der die Menschen aller Länder in Würde leben können. Sicherheit und Frieden sowie die Einhaltung der Menschenrechte sind die wichtigsten Grundlagen für einen nachhaltigen Wohlstand. Sie können nur in nachhaltigen und sozialen Weltwirtschaftsbeziehungen gedeihen. Deshalb müssen die Rüstungsaufwendungen drastisch vermindert und die freiwerdenden Mittel für den ökosozialen Umbau eingesetzt werden.

11. Nationalismus im Umweltschutz vermeiden

Immer wieder wird kolportiert, die Migration sei schuld an der Zunahme der Umweltbelastung und an der Überbeanspruchung der Lebensräume. Erneut soll das Boot voll sein. Die wachsende Beanspruchung der Lebensräume ist jedoch nur zu einem geringen Teil der Migration geschuldet. Die grösste Einengung der Lebensräume entsteht durch den motorisierten Privatverkehr. Noch immer werden gegen 80 Prozent aller Personenkilometer mit dem eigenen Auto zurückgelegt, und noch immer wächst das Volumen des privaten Motorfahrzeugverkehrs kontinuierlich an. Gegen 30 Prozent der Siedlungsfläche sind Strassen. Strassen sind Gefahrenzonen, die die Lebensräume durchdringen, zerschneiden und mit hohen Immissionen belasten. Auch die Zunahme des Bedarfs an Wohnfläche ist weit grösser als das Bevölkerungswachstum. Während die Wohnbevölkerung der Schweiz von 1965 bis heute um 28 Prozent zugenommen hat, wuchs die Siedlungsfläche um 70 Prozent. Die Frage, wie Raum genutzt wird, ist weitaus bestimmender als die Frage, wie viele Personen dies tun. So könnte das neue Zürcher Hochhaus Prime Tower alle Asylsuchenden der Stadt Zürich aufnehmen, und dabei würde jeder Person eine Wohnfläche von 20 Quadratmeter zur Verfügung stehen.

Wir wenden uns entschieden gegen die Vorstellung der Schweiz als einer ökologischen Alpeninsel inmitten einer krisenhaften Welt. Sämtliche Menschen dieser Erde haben denselben Anspruch auf ein lebenswertes Leben. Dieser Anspruch kann heute nur sehr ungleich eingelöst werden, was mit den ungerechten internationalen Wirtschafts- und Machtstrukturen zusammenhängt. Wir lehnen deshalb eine Politik ab, die nun auch in Umweltfragen darauf abzielt, die Vorteile der ohnehin schon stark privilegierten Schweiz zu wahren. Die Menschenrechte sind unteilbar, der Anspruch auf ökologisch unversehrte Lebensräume ist es auch.

12. Wirtschaftsdemokratie durchsetzen und den Kapitalismus überwinden

Eine umfassende ökologische, soziale und demokratische Wende setzt voraus, dass die Dominanz der Kapitalverwertung durch die Bedarfsorientierung abgelöst wird. Aus ökologischen Gründen erforderliche Gebote und Verbote müssen in der Güterfertigung und der Erbringung von Sachdienstleistungen endlich durchgesetzt werden können. Der Einfluss der demokratisch legitimierten Politik auf die wichtigsten Investitionsentscheide (z.B. hinsichtlich der Energieversorgung) muss erheblich gestärkt werden. Öffentliche, demokratisch geführte Investitionsfonds müssen die ökologisch und sozial motivierte Innovation stimulieren. Die Belegschaften in den Betrieben müssen in die Gestaltung der Arbeitswelt und der Arbeitsprodukte einbezogen werden, und gleichzeitig ist der Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Produktionswelt zu stärken. Die Durchführung eines solchen Programms ist gleichbedeutend mit der Durchsetzung einer umfassend verstandenen Wirtschaftsdemokratie, mit dem Primat des Politischen gegenüber ökonomischen Sonderinteressen. Eine solche Wirtschaftsdemokratie lässt sich mit der Dominanz der Märkte und Kapitalverwertung nicht vereinbaren und kommt damit der Überwindung des Kapitalismus als Gesellschafts- und Herrschaftsform gleich. Die Notwendigkeit eines solchen gesamtgesellschaftlichen Wandels bedeutet allerdings nicht, dass der Kampf um konkrete ökologische Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus sinnlos wäre. Die Spielräume für eine andere Umweltpolitik sind auch unter den gegebenen Verhältnissen beträchtlich. Dies wird immer dann deutlich, wenn machtvolle Umweltbewegungen wie zum Beispiel in den 1980er-Jahren entsprechenden Druck ausüben. Damals konnten die bedrohlich gewachsenen Umweltbelastungen dank eines Schubes an Verboten und Geboten praktisch über Nacht markant verringert werden (schwefelfreies Heizöl, obligatorischer Einbau des Katalysators in PKW, Verbot von Stickoxiden in Treibga-

sen, bleifreies Benzin etc.). Ähnliches geschah 2011, als der Reaktorunfall in Fukushima in einigen Ländern (Japan, Deutschland, Schweiz) zu einem Meinungsumschwung in der breiten Bevölkerung führte und der Ausstieg aus der Atomindustrie ebenfalls über Nacht eine Option wurde. Umweltbewegungen, die ihre Ziele entschlossen verfolgen, tragen dazu bei, dass die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auch insgesamt geändert werden können. Wie nötig dies ist, wird gegenwärtig in der Energiepolitik deutlich. Anstatt den Ausstieg aus der Atomtechnologie entschlossen voranzutreiben sowie die nachhaltige Energieversorgung und sparsamen Verbrauch ebenso entschlossen zu fördern, wurden die entsprechenden Programme in der Schweiz bisher viel zu zögerlich voran gebracht. Die aktuelle und in den kommenden Jahren folgende politische Diskussion rund um die Energiewende beziehungsweise die Energiestrategie 2050 bietet die Chance, den Umstieg endlich voranzubringen. Gleichzeitig wird eine Drohkulisse – Versorgungslücke, steigende Preise – aufgebaut in der Hoffnung, so die Atomtechnologie wieder ins Spiel bringen zu können. Den Ängsten kann mit Verweis auf die Vorteile einer dezentralen, auf erneuerbaren Energien beruhenden Versorgung sowie auf die Energieeffizienz entgegengetreten werden.

Schluss: Vielfältige Konflikte und neuer Wohlstand

Der Reichtum, den die Menschheit in den letzten Jahrhunderten entwickelt und angehäuft hat, reicht aus, um allen Menschen ein würdiges Leben auf nachhaltiger Basis zu ermöglichen. Die materielle Grundlage ist vorhanden, um soziale und ökologische Ziele aufeinander abzustimmen, ohne dabei den Wohlstand einer Gesellschaft zu schmälern – im Gegenteil. Allerdings stehen diese Ziele in vielen konkreten Konstellationen in Konflikt zueinander, und mächtige gesellschaftliche Kräfte haben alles Interesse daran, diese Konflikte zu schüren.

An Beispielen dafür mangelt es leider nicht. Das Argument der Arbeitsplätze spielt in unzähligen Auseinan-

dersetzungen eine zentrale Rolle. Als zum Beispiel die Finanzkrise von 2008 mit einer Krise in der Autoindustrie zusammenfiel, wurden in vielen Ländern Abwrackprämien eingeführt, ein Anreiz an die KonsumentInnen, ihr Auto möglichst rasch durch einen Neuwagen zu ersetzen. So wurden Arbeitsplätze auf Kosten einer gesteigerten Umweltbelastung erhalten.

Solche Konfliktlinien werden nicht über Nacht zum Verschwinden gebracht, wie sich beispielweise auch in den Ländern Lateinamerikas zeigt, in denen die Macht des Kapitals markant zurückgedrängt werden konnte. Die Zusammenführung von ökologischen und sozialen Zielen ist vielmehr eine Aufgabe, deren Lösung nur mit einem dauerhaften und kreativen Engagement sozial und ökologisch orientierter Bewegungen, Organisationen und Parteien gelingen kann. Dabei wird eine wichtige Rolle spielen, dass die Angst vor einem Verlust an materiellem Wohlstand durch die Lust auf neue Wohlstandsgewinne überwunden wird: auf mehr freie Zeit, auf die Belebung menschlicher Beziehungen, auf autoarme Städte und Erholungsgebiete, auf hochqualitative Produkte von langer Lebensdauer, auf entschleunigte Lebenswelten, auf die Entwicklung des persönlichen kulturellen Ausdrucks, auf die aktive Teilnahme an Programmen zum weltweiten ökologischen und sozialen Umbau der Verhältnisse, auf den persönlichen Austausch mit anderen Kulturen in Sicherheit und Freiheit.

Zu reich für den Kapitalismus:

Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion

Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie

Investitionsentscheide sind Weichenstellungen für die Zukunft. Die Art, wie diese Entscheide gefällt werden, bestimmt die Entwicklungsaussichten einer Gesellschaft. Im Kapitalismus werden sie massgeblich von privaten Gewinninteressen geprägt. Angesichts der enorm gewachsenen Produktivität moderner Gesellschaften führt dieser Umstand zu immer grösseren Verwerfungen und Schäden. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist in ihrem Kern nur aus einer solchen Sicht zu verstehen: Es handelt sich um eine Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. Die Art, wie das Investitionsgeschehen bestimmt wird, neu zu ordnen, ist deshalb zur zentralen gesellschaftlichen Aufgabe geworden.

Die Krise der Investitionsfunktion weist eine qualitative und eine quantitative Seite auf. Der Druck zur Gewinnoptimierung unter Konkurrenzbedingungen treibt die Unternehmen dazu, Investitionen ohne Rücksicht auf die Folgen für Menschen, Natur und Lebensräume zu tätigen. Zu diesen Folgen gehören die Plünderung der natürlichen Ressourcen, die Umweltverschmutzung, die Gefährdung des Klimagleichgewichts. Ebenso zählt die enorme materielle Ungleichheit in den Lebensbedingungen der Menschen dazu. Diese Ungleichheit wird durch die Ausrichtung der Investitionen auf kaufkräftige Bevölkerungsschichten aufrechterhalten und vertieft. In die Entwicklung und das Marketing fragwürdiger neuer Produkte werden Unsummen investiert – etwa in immer schwerere Autos oder in Medikamente ohne echten Zusatznutzen. Für die Entwicklung von Medikamenten zur Bekämpfung von Tropenkrankheiten hingegen wird wenig getan – ganz einfach

deshalb, weil in den Tropengürteln der Erde viel weniger Kaufkraft versammelt ist als in den gemässigten Zonen. In einer Welt des Überflusses bedingen sich so Hunger und Zerstörung einerseits, entgrenzter Konsumismus andererseits.

Da der Kapitalismus in seinem Kern blind ist für soziale und ökologische Anliegen, müssen sich soziale und politische Bewegungen den Folgen der Profitmaximierung unter grossen Anstrengungen entgegenstemmen. Diese Anstrengungen müssen immer wieder von neuem geleistet werden. Denn das Kapital versteht es, sich den sozialen und ökologischen Regulierungen zu entwinden, zum Beispiel dann, wenn sich die Probleme auf eine globale Ebene verlagern, auf der sich Regulierungen wegen der Standortkonkurrenz zwischen den Ländern nur schwer durchsetzen lassen. Zudem stösst das Kapital laufend in neue technologische und gesellschaftliche Bereiche vor; Gegenbewegungen werden dabei ständig hintertrieben.

Das ist die qualitative Seite der Krise der Investitionsfunktion. Die ihr zugrundeliegenden Mechanismen wirken seit den geschichtlichen Anfängen des Kapitals und erst recht seit seinem Siegeszug im Kapitalismus. Das Ausmass der dadurch ausgelösten Schäden ist jedoch exponentiell gewachsen und verändert den Charakter der Bedrohungslage: Heute wird selbst das weltumspannende Klimasystem destabilisiert. Die zunehmende Mächtigkeit des gesellschaftlichen Reichtums macht einen zunehmend sorgfältigen Einsatz dieses Reichtums erforderlich. Diese Sorgfalt kann gegenwärtig – wenn überhaupt – nur noch unter grössten Anstrengungen gewährleistet werden. Moderne Gesellschaften sind ›zu gut‹ geworden für den Kapitalismus: Unsere Fertigkeiten und Kenntnisse, unsere industriellen Kapazitäten, unsere technischen Errenschaften sind derart wirkungsvoll, dass sie unter dem Diktat der Kapitalverwertung immense Schäden verursachen.

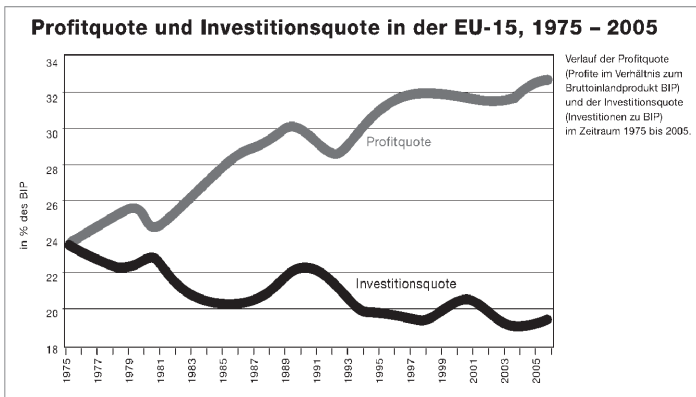
Die quantitative Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion

Gesellschaften sind aber nicht nur zu gut, sondern auch zu reich geworden für die Dominanz des Kapitals: Das ist der quantitative Aspekt der Krise der Investitionsfunktion. Während die qualitativen Aspekte die Folgen betreffen, die für die Menschen und die Umwelt aus dem Kapitalverhältnis entstehen, sorgt der quantitative Aspekt dafür, dass das Kapitalverhältnis von innen her in Widersprüche verwickelt wird. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist der bisher schärfste Ausdruck dieser inneren Spannungen.

Dem SPD-Politiker Helmut Schmidt (deutscher Bundeskanzler von 1974 bis 1982) wird das bekannte Bonmot zugeschrieben, wonach die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen seien. Schmidt drückte damit die Haltung der gemässigten Linken seiner Zeit aus. Zielgrösse dieser gemässigten Linken war ein sozial gebändigter ›Kapitalismus für alle‹. Tatsächlich funktionierte dieser Kreislauf von Gewinnen, Investitionen und Arbeitsplätzen während des goldenen Zeitalters des Kapitalismus (der 30 Jahre nach dem 2. Weltkrieg) leidlich – zumindest in den reichen Industrienationen. Dies bildete denn auch die Basis für die Sozialpartnerschaft der Nachkriegsjahre. Schmidt formulierte sein Diktum allerdings just zu einem Zeitpunkt, in dem es seine Gültigkeit einbüsste. Seit Mitte der 1970er-Jahre sind wir mit einem zunehmenden Paradoxon konfrontiert: Je mehr die Kapitalisten betonen, der goldene Weg zu Wohlstand führe über optimale Rahmenbedingungen für das Kapital, umso weniger investitionsfreudig scheint eben dieses Kapital zu sein. Zwar gelang es den herrschenden Eliten dank der neoliberalen Offensive, die Gewinne nach der Krise der 1970er-Jahre wieder wesentlich zu steigern. Doch während die Profitquote (Profite im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) in den letzten 30 Jahren deutlich angestiegen ist, trat nicht ein, was gemäss dem Schmidtschen

Diktum hätte eintreten müssen: Die Investitionsquote (reale Investitionen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) verzeichnete kein Wachstum, sie ging sogar zurück.

Diese Zusammenhänge tauchen in einer Fülle empirischer und statistischer Erhebungen auf (z.B. UNO, 2008 1/2), werden jedoch nur selten gewürdigt. Die kritischen Ökonomen Jörg Huffschmid und Michel Husson weisen mit Nachdruck auf diese Problematik hin (Huffschmid et al. 2007, S. 19 f. Husson 2009, S. 13 f. Husson 2009/2, S. 22 f.). Die nachstehende Grafik verdeutlicht den Zusammenhang am Beispiel der EU15:



Verlauf der Profitquote (Profite im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt BIP) und der Investitionsquote (Investitionen zu BIP) im Zeitraum 1975 bis 2005

Diese quantitative Krise der Investitionsfunktion mündet in Finanz- und Wirtschaftskrisen, die einander in immer schnellerem Tempo ablösen. Der relative Rückgang der Investitionen führt zunächst einmal zu einer Überakkumulation von Kapital (Finanzvermögen). Laut Huffschmid (2009, S.13) stieg das weltweite nominelle Finanzvermögen im Zeitraum von 1980 bis 2007 um das 16-Fache von 12 Billionen auf 197 Billionen Dollar, während das Weltsozialprodukt in der gleichen Zeit nominell nur um das 5-Fache von 10.1 auf 55.5 Billionen Dollar wuchs.

Diese ›überschüssigen‹ Finanzvermögen werden in den Finanzmärkten platziert.

Ein weiteres Symptom ist die rasante Zunahme von Fusionen und Firmenübernahmen. Sie ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass sich die Unternehmen eine Verbesserung ihrer Marktposition nicht mehr in erster Linie durch ›inneres Wachstum‹, also durch Investitionen in neue Maschinen, Fabriken und Produkte erhoffen, sondern durch das Einverleiben von Konkurrenzunternehmen. In den Jahren 1985 bis 2003 haben weltweit knapp 300'000 Mergers and Acquisitions (Fusionen und Firmenübernahmen) mit einem Gesamtvolumen von 20'400 Milliarden US-Dollar stattgefunden. Allein in den Jahren 1992 bis 2000 ist der jährliche nominelle Wert der getätigten M&A-Geschäfte um das 7-Fache gestiegen (Kummer 2005, S. 1). Zwischenzeitlich sank dieses Volumen wegen der New-Economy-Wirtschaftskrise in den Jahren 2000 bis 2002 wieder um circa 30 Prozent. Im Jahr 2006 übertraf die Zahl der Mergers and Acquisitions den Rekordwert von 2000 aber erneut. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass die M&A-AkteurInnen beträchtliche Risiken eingehen und das auch wissen. »In gut zwei Dritteln der Fälle sind Fusionen und Übernahmen für die Aktionäre wertvernichtend, diese Grundregel ist Finanzinvestoren wohl bekannt« (NZZ, 26.5.2008). Fusionen oder Firmenübernahmen dürften entsprechend, über alles gesehen, kaum zu Produktivitätssteigerungen führen, obwohl genau das in der Regel das Ziel ist (z.B. via economy of scales, das heisst Rationalisierungseffekte durch Grössenwachstum). Sie führen nicht zu einer verbesserten Produktivität, sondern zu einer Zentralisierung der Marktmacht durch die Ausschaltung von Konkurrenz.

Beispielhaft taucht die Schwierigkeit, produktive Investitionen tätigen zu können, auch in den Berichterstattungen über einzelne Unternehmen auf. So schrieb die NZZ am 14.1.2004 zur Lage der Ems-Chemie: »Ein Grundproblem bleibt indessen bestehen: Die Ems-Chemie erzeugt mit ihren industriellen Aktivitäten viel mehr flüs-

sige Mittel, als sie zum Betreiben des operativen Apparats benötigt. 2003 machten die Investitionen nur gerade 17.4 (i.V. 31.4)% des generierten Cash-Flows aus. Was also tun mit dem vielen Geld, wenn man es nicht mehr in Beteiligungen stecken kann?« Der Tages-Anzeiger zitierte den Novartis-Finanzchef Raymond Breu anlässlich der milliardenschweren Gewinne des Pharmakonzerns im Januar 2005 mit den Worten: »Wir verfügen über zu viele liquide Mittel.« Dies, nachdem der Konzern zuvor während acht aufeinanderfolgenden Jahren die Dividende erhöhen und umfangreiche Aktienrückkäufe finanzieren konnte (Tages-Anzeiger, 21.1.2005). Die Wirtschaftszeitschrift Cash präsentierte im März 2006 eine Übersicht über die »prallvollen Kriegskassen« der Schweizer Konzerne. Gemäss Cash belief sich die Summe der unverteilter Gewinne für die 19 grössten Schweizer Unternehmen ohne Finanzinstitute (d.h. ohne Banken und Versicherungen) Ende 2005 auf 52 Milliarden Franken. Dies führe zu einem hohen Druck Richtung Firmenübernahmen und Fusionen. Cash zitiert einen Profi des M&A-Geschäftes: »Wer in den nächsten sechs Monaten nicht zugreift, wird selbst geschluckt« (Cash, 9. März 2006).

Die Folgen der Schere zwischen Profiten und realen Investitionen sind auf Dauer verheerend. Spekulationsblasen entstehen in immer rascherer Folge. Zwischendurch mag es erscheinen, als habe sich eine virtuelle New Economy gebildet, basierend auf Wissen und Kreativität statt auf Arbeit, verwirklicht in den luftigen Welten der Finanzmärkte oder der Internetfirmen, abgekoppelt von der so genannten Realwirtschaft. Doch diese Illusion wird immer wieder gründlich zerstört. Dschungelhaft verschlungene Derivate, windige Informatikfirmen, manipulierte Rating-Agenturen scheinen die Gravitationskraft des Realen während zwei, drei Spekulationsjahren ausser Kraft zu setzen. Doch auch das Finanzkapital kann seine Renditeerwartungen letztlich nur auf der Basis real geschaffener Werte einlösen.

Wie gefährlich die Eigendynamik auf den Finanzmärk-

ten werden kann, hat nicht erst die neueste Finanzkrise von 2007/2008 gezeigt. Bereits frühere Krisen haben ganze Volkswirtschaften in Abgründe gestürzt, etwa die Asienkrise 1997/98 oder die Argentinienkrise 2000. Doch 2007/2008 wurden erstmals auch die Finanzzentren in den USA und in England erfasst – und damit die ganze Welt.

Warum sinkt die Investitionsquote trotz steigender Profite?

Wie aber lässt sich das Absinken der Investitionsquote erklären? Ein erster Grund liegt in der zunehmenden Rationalisierung der industriellen Produktion. Dank der enormen Steigerung der Produktivität in den letzten Jahrzehnten können Industriegüter mit immer kleinerem Aufwand hergestellt werden. Manchmal (nicht immer) drückt sich dies in sinkenden Preisen aus, etwa für Personal Computer, die immer weniger kosten, obwohl sie immer mehr leisten. Dieser Trend erfasst nicht nur die Herstellung bestehender Produkte. Vielmehr wird die Gesamtheit aller Produktionsverfahren immer effizienter, und neue Produkte werden von Anfang an darauf ausgelegt, dass sie möglichst automatisiert hergestellt werden können. Die Entwicklung wird so beschleunigt, dass auch die Produktionsmittel selbst (Maschinen, Fertigungsanlagen etc.) immer produktiver hergestellt werden können. Die Fertigung kann dank einer neuen Generation von Maschinen viel rascher ablaufen, obwohl diese Maschinen deutlich weniger kosten. Deshalb lohnt es sich, die Rationalisierungsschritte immer umfassender anzulegen. So hat Coca-Cola Schweiz eine neue Abfüllanlage installiert, deren Kapazität ausreicht, um sämtliche Getränke aller Hersteller in der Schweiz in Flaschen abzufüllen, und das zu den landesweit günstigsten Preisen. Entsprechend werden ›auf der grünen Wiese‹ immer häufiger ganze neue Fabriken erstellt, wo früher noch in eine partielle Erneuerung des Maschinenparks investiert worden wäre.

Die Einführung rationellerer Fertigungsmethoden er-

laubt es einem einzelnen Unternehmen, günstiger zu produzieren als die Konkurrenz. So erzielt es einen Extraprofit und kann Marktanteile gewinnen. Dieses Spiel gelingt so lange, bis alle überlebenden Unternehmen der Branche das neue Rationalisierungsniveau erreicht haben – nur um dann von neuem wieder loszugehen. Dieser Kreislauf erschöpft sich aber nun zunehmend. Sind Fabriken erst einmal weitgehend oder vollständig automatisiert, dann lässt sich keine menschliche Arbeit mehr wegrationalisieren. Auch in China oder Indien werden heute keinesfalls mehr veraltete, sondern hochmoderne, auf hohem Stand automatisierte Fabriken gebaut. Die Entwicklung geht natürlich nur tendenziell in die Richtung der Vollautomatisation, die Tendenz ist aber genügend stark, um den Kapitalismus in eine historische Krise zu manövrieren: in die Krise der Investitionsfunktion.

Gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze hat der Industriesektor in den letzten 50 Jahren denn auch massiv an Gewicht verloren. Typischerweise beträgt der Anteil der Arbeitsplätze im so genannten zweiten Wirtschaftssektor (Industrie und Gewerbe) in den meisten Industrienationen der Welt noch zwischen 20 und 25 Prozent. Stellt man zusätzlich in Rechnung, dass die eigentliche Güterfertigung innerhalb der Industrie gegenüber Entwicklung, Marketing, Verkauf und EDV ebenfalls massiv zurückgegangen ist, dann wird das Ausmass der Schrumpfung noch deutlicher. Zum Beispiel in der chemisch-pharmazeutischen Industrie der Schweiz: Am Ende des 2. Weltkriegs betrug der Anteil der in der Produktion Beschäftigten rund 70 Prozent des gesamten Personalbestandes. Dieser Anteil sank kontinuierlich und beläuft sich heute auf rund 30 Prozent. Dies macht deutlich, dass es sich um einen Prozess handelt, dessen Ausmass mit der Schrumpfung der Bedeutung der Landwirtschaft in der vorangegangenen Epoche vergleichbar ist.

Dank der elektronischen Informationsverarbeitung sind nicht nur in der eigentlichen Produktion, sondern auch in der Administration und der Datenverarbeitung enorme

Produktivitätsfortschritte erzielt worden. Ein Teil der Dienstleistungen stand in den letzten 30 Jahren also ebenfalls unter hohem Rationalisierungsdruck. Hingegen gibt es einen grossen Bereich, in dem eine solche Entwicklung nur beschränkt möglich ist. Es handelt sich um die personenbezogenen Dienstleistungen, bei denen die Konsumation nicht von der Produktion getrennt werden kann und die Gegenwart der EmpfängerInnen der Dienstleistung unabdingbar ist, also zum Beispiel Dienste, die der Gesundheit der Menschen oder ihrer persönlichen Entwicklung dienen (z.B. Bildung). Die beschränkte Rationalisierbarkeit dieser Art von Dienstleistungen bringt Mascha Madörin pointiert zum Ausdruck: »Man kann zwar schneller Autos produzieren, aber nicht schneller Kinder erziehen« (Madörin, 2009). Für die Gesundheitsversorgung gilt sinngemäss: Man kann zwar Medikamente rationeller produzieren, aber Kranke nicht schneller gesundpflegen, als es der Heilungsprozess zulässt.

Das relative Gewicht dieser personenbezogenen Dienste an der gesamten Wirtschaftsleistung hat denn auch in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Sie bleiben arbeitsintensiv, und sie sind gerade deshalb für das Kapital nur von beschränktem Interesse, weil das fehlende Rationalisierungspotenzial die Profitaussichten beschränkt und Monopolstellungen verunmöglicht. Das ist der zweite zentrale Grund für die akute Krise der Investitionsfunktion: Das Kapital ist in die Klemme geraten zwischen einer Güterproduktion, in der der Raum für Rationalisierungsinvestitionen tendenziell schrumpft, und einem Sektor personenbezogener Dienstleistungen, der für Rationalisierungsinvestitionen nur beschränkt verfügbar ist.

Wissen und Profite

Kommt eine weitere Erschwernis dazu. Sie entsteht dadurch, dass die Verarbeitung von Informationen anderen Regeln folgt als die der Güterherstellung. Deutlich wird das am Beispiel der Softwareprogrammierung. Hier ist die

Entwicklung alles, die ›Fertigung‹ nichts. Die Ergebnisse der Informationsverarbeitung können – im Gegensatz zu materiellen Gütern wie einer Waschmaschine oder einem Tisch – beliebig vermehrt/reproduziert werden, ohne einen Arbeits- und Kostenaufwand hervorzurufen. Dem entspricht, dass die Nutzung informationsbasierter Produkte keinen Verschleiss erzeugt. Ein Brot lässt sich nur einmal essen, ein Computerprogramm aber unendlich oft gebrauchen. Der Aufwand für die Erstellung von Software, Bildern, Musikstücken, Filmen etc. liegt in der Produktentwicklung, nicht in der Produktherstellung. Letztere besteht nur noch im Kopieren elektronischer Daten.

Dementsprechend beschränken sich auch die Investitionen auf die Produktentwicklung. Ihre kommerzielle Nutzung ist nicht mehr dadurch gesichert, dass die Herstellung nur für jene möglich ist, die das Kapital für die Produktionsanlagen aufbringen können. Deshalb drängt das Kapital so sehr darauf, Informationen und Informationsnutzung zu privatisieren. Statt die informationsbasierten Güter allen zur freien Verwendung und zur Weiterentwicklung zur Verfügung zu stellen, versucht das Privatkapital den Gebrauch zu limitieren. Nur so kann überhaupt noch ein Preis für diese Güter erzielt werden. Diese Limitierung beruht auf Monopolstellungen, die mit gesetzlichen und repressiven Massnahmen (Patente, Lizenzen, technischer Kopierschutz, Bestrafung von ›Raubkopien etc.) gesichert werden müssen. Je dominanter der Entwicklungsaufwand bei einem Produkt ist, desto stärker muss sich das Kapital also darum bemühen, die »potenzielle Fülle der menschlichen Intelligenz in Knappheit zu verwandeln« (Gorz, 2004).

Paradoxerweise führt dies sowohl zu einer Steigerung der Profite als auch zu einer erhöhten Verletzlichkeit der Grundlagen, auf denen diese Profite erzielt werden. Eine steigende Profitquote konnten in den letzten 30 Jahren zu einem guten Teil Branchen verzeichnen, in denen Wissen und Informationsverarbeitung eine zentrale Rolle spielen. Demgegenüber mussten sich das Gewerbe und

die klassische Industrie mit vergleichsweise bescheidenen Gewinnmargen zufriedengeben (Rieger, 2009). Zu den grossen Abräumern zählten vor allem Software-Firmen, Pharmakonzerne, Banken und Finanzinstitute. Die Profite dieser Unternehmen basieren auf Patenten (z.B. für eine Software-Nutzung) und auf Wissensmonopolen (z.B. über die Mechanismen auf den Finanzmärkten). Werden diese wissensbasierten Monopole jedoch aufgebrochen, dann zerfällt die Unternehmensbasis dieser Konzerne. Darin besteht die Verletzlichkeit ihrer Grundlagen. Ein solcher Zerfall würde beispielsweise eintreten, wenn sich in der Informatik Open-Source-Produkte durchsetzen könnten, wenn in der Pharmaindustrie offene Patente Einzug halten würden (wichtige Ansätze dazu bestehen bereits), oder wenn die Finanzmärkte wesentlich stärker reguliert und damit transparenter würden. Für alle drei Bereiche besteht bereits ein beträchtlicher gesellschaftlicher Druck in diese Richtungen, denn die Privatisierung von Wissen reduziert die optimale Nutzung durch die Gesellschaft erheblich. André Gorz drückte dies treffend aus: »Wissen ist keine ordinäre Ware, sein Wert ist unbestimmbar, es lässt sich, insofern es digitalisierbar ist, endlos und kostenlos vermehren, seine Verbreitung steigert seine Fruchtbarkeit, seine Privatisierung reduziert sie und widerspricht seinem Wesen. Eine authentische Wissensökonomie wäre eine Gemeinwesenökonomie, in der die Grundkategorien der politischen Ökonomie ihre Geltung verlieren und in der die wichtigste Produktivkraft zum Nulltarif verfügbar wäre« (Gorz, 2004, S. 79). Beispiel Wikipedia: Der Erfolg der Online-Enzyklopädie basiert auf einer Form von Geschenkwirtschaft, denn die AutorInnen der Lexika-Einträge arbeiten alle unentgeltlich. Trotzdem ist die Qualität von Wikipedia dem altehrwürdigen Brockhaus bereits überlegen.

Die blockierte Nachfrage

Diese drei Trends – Rückgang der Rationalisierungspotenziale in der Güterfertigung, weitgehende Resistenz der

personenbezogenen Dienstleistungen gegenüber Rationalisierungen, zunehmende Bedeutung von Wissen und Informationsverarbeitung – ziehen die gegenwärtige, kapitalistisch geprägte gesellschaftliche Investitionsfunktion in eine tiefe Krise. Die Tatsache, dass die Profitquote und die Investitionsquote auseinanderlaufen, verleiht dieser Krise einen zunehmend explosiven Charakter. Hinzu tritt ein weiterer Widerspruch, der infolge der Dynamik der Krisen an Schärfe gewinnt.

Krisen verstärken im Kapitalismus die Konkurrenz. Einzelne Unternehmen sehen sich deshalb veranlasst, ihre Kosten zu senken. Damit entsteht Druck auf die Arbeitsbedingungen und auf die Löhne. Die Unternehmen verlagern Teile der Produktion in Niedriglohnländer, erhöhen die Arbeitsrhythmen, führen Arbeit auf Abruf ein und so weiter. Alle diese Massnahmen führen zu einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zulasten der LohnbezügerInnen und zugunsten der KapitalbesitzerInnen. Die Lohnquote (Anteil der Löhne am BIP) ist denn auch in allen wichtigen OECD-Ländern über die letzten 20 Jahre gesunken.

Damit wird aber auch die Nachfrage nach den Produkten und Diensten der Privatwirtschaft beeinträchtigt. Die Kaufkraft der breiten Bevölkerungsteile hält nicht mit der Ausweitung der Produktion Schritt. Diese Einschränkung der Nachfrage könnte mit einer Steigerung der staatlichen Nachfrage kompensiert werden. Allerdings müsste eine staatliche Nachfrage auch finanziert werden. Nun sind aber in den letzten Jahren ausgerechnet jene Steuern gesenkt worden, die auf Unternehmensgewinne, hohe Einkommen und Vermögen abzielen. Stattdessen bezahlen die Lohnabhängigen – zum Beispiel über die Mehrwertsteuer – einen wachsenden Anteil der Staatsausgaben. Die Folge ist eine weitere Einschränkung der Massenkaukraft, die die ökonomische Entwicklung abbremst. In den USA manifestierte sich diese Entwicklung besonders deutlich, weshalb versucht wurde, die Nachfragerücke mit einem massiven Ausbau der Konsumkredite (z.B. günstige ›Subprime‹

Hypotheken auch für Leute ohne finanzielle Sicherheiten) zu kompensieren. Die Einschränkung der Massenkaufkraft lässt sich dauerhaft jedoch nicht mit Konsumkrediten beheben, wie die Subprime-Krise nachdrücklich belegt.

Antworten auf die Krise der kapitalistischen Investitionsfunktion

Alle diese Entwicklungen haben die Schmidt'sche Formel von den heutigen Gewinnen und den morgigen Arbeitsplätzen ins Gegenteil gekehrt. Die tiefer liegende Krise des Kapitalismus konnte mit der neoliberalen Wende nur hinausgeschoben, nicht jedoch aufgehoben werden. Die Gewinne von heute sind zu den Finanzblasen von morgen und den Wirtschaftskrisen von übermorgen geworden. Damit ist die quantitative Seite der Krise der Investitionsfunktion treffend auf den Punkt gebracht.

Der ökonomische Mainstream ignoriert nun allerdings die geschilderten Entwicklungen mit einer Hartnäckigkeit, die verdeutlicht, in welchem Masse die vorherrschende Ideologie die Ideologie der Herrschenden ist. Unerbittlich wird das Mantra des Kapitals wiederholt: Die Bedingungen für die Kapitalakkumulation seien zu verbessern, der diesbezügliche Wettbewerb der Standorte anzukurbeln. Damit wird aber lediglich die Dosis des Giftes erhöht, an dem die Gesellschaften krank geworden sind: Mehr vom selben, also ›mehr Kapitalismus‹, wird die Krise verstärken.

Welche Möglichkeiten gibt es, um adäquate Antworten auf die Krise zu finden? Wir skizzieren hier fünf Wege, die wir als zentral für die erforderliche Transformation der gesellschaftlichen Investitionsfunktion betrachten.

Erhöhung der Lohnquote

Der erste Pfad besteht darin, die Lohnquote wieder zu erhöhen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Einkommenslage der LohnbezügerInnen und der armen Bauern in den Entwicklungs- und Schwellenländern verbessert werden muss. Dasselbe gilt für die kleinen und

mittleren Einkommen in den reichen Nationen. Für diese Bevölkerungsschichten ist eine Erhöhung der individuellen Kaufkraft essenziell, und sie ist ein zentrales Gebot der Verteilungsgerechtigkeit. Eine Erhöhung der Lohnquote führt implizit auch zu anderen Investitionsentscheidungen: Investitionen in Konsumgüter, in privat erbrachte Dienste und in den Tourismus werden gestützt, Investitionen in Finanzprodukte reduziert. Allerdings werden dabei konsumistische Tendenzen nicht in Frage gestellt, und die Belastung der Umwelt wird nicht reduziert. Ebenfalls ausser Acht bleibt die Tatsache, dass die Mehrung des Wohlstands heute zunehmend über einen Ausbau der Gemeingüter erfolgt, nicht über eine Erhöhung individueller Kaufkraft. Gemeint sind etwa eine gute Bildung und Gesundheitsversorgung für alle sowie attraktive Lebensräume und Kulturangebote. Die Nutzung dieser Gemeingüter soll als Service public oder in den Formen einer entkommerzialiserten Ökonomie (siehe weiter unten) allen zur Verfügung stehen und nicht über Marktmechanismen und über die individuelle Kaufkraft verteilt werden. Eine Stärkung der Marktmechanismen im Bildungs- und Gesundheitsbereich wäre der Qualität, der Effizienz und der Zugänglichkeit für weniger kaufkräftige Bevölkerungsschichten abträglich – eine Erfahrung, die in den USA eindrücklich nachvollzogen werden kann.

Umverteilung der Finanzvermögen und -erträge

Der zweite Pfad besteht in der Umverteilung der verfügbaren Finanzvermögen und -erträge zugunsten der öffentlichen Hand. Steuern können ein Instrument sein, um investitionsfähige Ressourcen umzulenken. Dafür ist es erforderlich, diejenigen Steuern zu erhöhen, die Rückverteilungseffekte auslösen. Die primäre Ungleichverteilung zwischen Unternehmen und LohnbezügerInnen, zwischen Abzockerbranchen und dem Rest der Wirtschaft soll korrigiert werden. Unternehmenssteuern (und hier insbesondere Steuern, die die Finanzinstitute betreffen), Steuern auf hohen Erbschaften und Vermögen, Steuern auf Finanztrans-

aktionen, auf hohem Einkommen und Boni erzeugen diese Wirkung. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten, Steuern zu hinterziehen und zu vermeiden, unterbunden werden. Das Denknetz hat für die Schweiz eine Steueragenda erarbeitet (www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Zusammenfassung_Richtig-Steuern.pdf). Jedes Jahr sollen rund fünf Prozent des BIP – das sind rund 25 Milliarden Franken – mittels Steuern rückverteilt werden. So soll einerseits ein qualitativ hochstehender Service public gesichert werden, andererseits eine demokratische Investitionsagenda angestoßen werden.

Einfluss auf private Investitionsentscheide

Ein dritter Pfad besteht darin, auf die Investitionsentscheide privater KapitalbesitzerInnen Einfluss zu nehmen. Dazu gibt es mehrere Möglichkeiten, zum Beispiel gesetzliche Vorschriften, marktwirtschaftliche Lenkungsinstrumente oder Kampagnen, die das Konsumverhalten der Leute verändern. Auf marktorientierten Wegen war (und ist) es immer wieder möglich, interessante Entwicklungen anzustossen, etwa im Bereich der Umweltprodukte oder des Fair-Trade. Als Transformationspfad, also als Pfad zur Veränderung zentraler Macht- und Entscheidungsstrukturen, muss dieser Weg jedoch als gescheitert betrachtet werden. Er kann sich sogar ins Gegenteil kehren: Umweltschutz und Fair-Trade verkommen zu Nischenmärkten, auf denen den Menschen mit nachhaltigen und sozialen Wertvorstellungen zusätzliches Geld abgeknöpft wird. Deutlich wirksamer sind klare Vorschriften und Verbote, wie das Beispiel der Einführung des Katalysators bei Motorfahrzeugen belegt. Dank des weltweit durchgesetzten Katalysators für sämtliche Neuwagen konnten die Stickoxydwerte in der Luft innerhalb weniger Jahre markant gesenkt werden. Ähnliches gilt für die Regulierung der Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem und vertraglichem Weg. Gebote, Verbote und Regulierungen sind in den öffentlichen Diskursen der vergangenen Jahre allerdings systematisch diskreditiert worden; vielmehr wurde die Ar-

beitswelt in erheblichem Masse dereguliert und flexibilisiert. Verbote und Gebote müssen deshalb als Instrumente der Umwelt- und Sozialpolitik rehabilitiert werden.

Die Sozialisierung von Unternehmen

Ein vierter Weg besteht in der Sozialisierung von Unternehmen. Während Jahren als schlimmes Übel aus der kommunistischen Mottenkiste verunglimpft, haben Verstaatlichungen in der jüngsten Vergangenheit eine unerwartete Renaissance erlebt, in den OECD-Ländern allerdings unter dem alleinigen Vorzeichen der Rettung der Finanzmärkte und grosser Autokonzerne. Das Tabu ist jedoch gebrochen, und das ist gut so. Es darf nicht mehr länger geduldet werden, dass zentrale öffentliche Anliegen von den privaten Eignern der mächtigen Unternehmen hintertrieben und unterlaufen werden. In Lateinamerika werden gegenwärtig interessante Erfahrungen mit neuen Rechtsformen gemacht, etwa mit Privatunternehmen, die bereit sind, ihre soziale Verantwortung zu übernehmen, oder mit staatlichen Betrieben, die von den Belegschaften in Selbstverwaltung geführt werden (Azzellini, 2006).

Die Entkommerzialisierung des Ökonomischen

Ein fünfter Pfad besteht in der Entkommerzialisierung des Ökonomischen. Ökonomie wird beileibe nicht nur dann betrieben, wenn Geld im Spiel ist. Der bedeutsamste Sektor einer nichtkommerziellen Ökonomie ist die privat erbrachte Care-Arbeit: die Sorgearbeit in der Erziehung von Kindern, in der privaten Betreuung von Kranken, in der Pflege von zwischenmenschlichen Beziehungen und ›privaten‹ Lebensräumen. Zu den nichtkommerziellen Formen der Ökonomie gehört auch all jene nützliche Arbeit, deren Ergebnisse der Allgemeinheit frei verfügbar gemacht werden, zum Beispiel in Form von Open-Source-Programmen oder von Wikipedia-Einträgen. Stefan Meretz drückt dies für die Informatikszene in folgenden Worten aus: »Was woanders Hobby heisst, ist hier Spitze der Produktivkraftentwicklung« (zitiert nach Gorz 2004, S. 91). Ein vorran-

giger Weg zur Stärkung entkommerzialisierter Arbeit ist ferner die deutliche Senkung der Erwerbsarbeitszeit, zum Beispiel in Form der 4-Tage-Woche oder eines Sabbaticals während der biografischen Periode der Erwerbsarbeit, finanziert als Variante zu einer flexiblen Frühpensionierung. Eine wichtige Rolle in einer entkommerzialisierten Ökonomie spielen auch die Bildungsinstitutionen und die öffentlich finanzierte Forschung. Statt diese Institutionen dem Druck der Fremdmittelfinanzierung auszusetzen und zu einer partiellen Kommerzialisierung zu zwingen, sollten sie vermehrt Freiräume gewähren, in denen sich Lehrende und Lernende an nichtkommerziellen Formen der Güter- oder Wissensproduktion beteiligen können.

In diesem Sinne plädieren wir für eine demokratische Investitionsagenda, mit der eine Verlagerung der Investitionsmittel und Investitionsentscheide unter ein demokratisch legitimiertes Regime angestrebt wird (Ringger 2010).

Fazit

Die Industrie- und Konsumgüterproduktion ist heute in hohem Masse rationalisiert, während die personenbezogenen Dienstleistungen und die wissensbasierte Ökonomie sich einer entsprechenden Rationalisierungslogik entziehen. Letztere absorbieren laufend mehr Arbeitskräfte, können jedoch nur beschränkt für die Erzielung privater Profite nutzbar gemacht werden. Deshalb entsteht ein Mangel an realwirtschaftlichen Investitionsfeldern, die aus Sicht des Kapitals lohnenswert sind. Das Kapital weicht auf die Finanzmärkte aus, die zunehmend aufgebläht werden und von Spekulationsblase zu Spekulationsblase taumeln. Die Gewinne von heute sind die Finanzblasen von morgen und die Wirtschaftskrisen von übermorgen.

Die gesellschaftliche Investitionsfunktion ist im Kapitalismus jedoch nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht dysfunktional geworden. Konsumismus und Elend existieren nebeneinander. Umweltver-

schmutzung, Plünderung der natürlichen Ressourcen und Klimawandel scheinen nicht aufzuhalten zu sein. Der vorherrschende ideologische Mainstream ignoriert diese Entwicklungen und hält eisern am alten neoliberalen Kanon fest, wonach es in erster Linie darum gehe, die ›Rahmenbedingungen‹ für die Kapitalakkumulation zu verbessern. Damit wird die Problemlage jedoch angeheizt und nicht entschärft. Dies gilt es der Bevölkerung klar zu machen.

Nur die Neugestaltung der gesellschaftlichen Investitionsfunktion wird es erlauben, die modernen Gesellschaften auf einen positiven Entwicklungspfad zu bringen: Auf einen Weg hin zu Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit als zentralen Leitplanken des Wirtschaftens. Es braucht konkrete Vorstellungen, wie eine alternative Entwicklung aussehen könnte. Dazu gehört die Rückverteilung eines massgebenden Teils des Finanzvermögens mittels einer Steueroffensive, dank der jedes Jahr fünf Prozent des BIP in demokratische Hände gelenkt werden. Höher besteuert werden sollen Unternehmen (insbesondere Finanzinstitute), Erbschaften, hohe Einkünfte, hohe Vermögen und Finanztransaktionen. Steuerhinterziehung und -vermeidung sind Diebstahl an der Allgemeinheit und müssen vermöglicht werden.

Die neuen Finanzmittel erlauben die Verwirklichung einer sozialen und ökologischen Investitionsagenda: den Ausbau des Service public und zielgerichtete Investitionen in den ökosozialen Umbau der Gesellschaft. Auszubauen ist der Raum, der entkommerzialisierte Formen des Ökonomischen ermöglicht: die Care-Ökonomie, die öffentliche Forschung und Entwicklung, die Bereitstellung von Wissen und Information, von freier Software und von nicht-kommerziellen Kultur- und Therapieangeboten. In diesem Zusammenhang gehören auch zeitgemässe Formen der Arbeitszeitverkürzung wieder auf die politische Agenda.

Literatur

- Altvater, Elmar (2009): Globale Finanzkrise und der Staat. In: Widerspruch 57/2009, Zürich
- Azzellini, Dario (2006): Venezuela Bolivariana. Köln.
- Chesnais, François und Claude Serfati (2004): Die physischen Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion. In: Zeller, Christian (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.
- Gorz, André (2004): Wissen, Wert und Kapital. Zürich.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des ›neuen‹ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Zeller, Christian (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.
- Huffs Schmid, Jörg (2002): Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg.
- Huffs Schmid, Jörg und Margit Köppen, Wolfgang Rhode (Hsg.) (2007): Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter? Hamburg.
- Huffs Schmid, Jörg (2009): Die Krise der Finanzmärkte und die Antwort der Regierungen. In: Denknetz-Jahrbuch 2009.
- Husson, Michel (2009): Kapitalismus pur. Stuttgart.
- Husson, Michel (2009/2): Crise de la finance ou crise du capitalisme? In: Denknetz-Jahrbuch 2009.
- Kummer, Christian (2005): Internationale Fusions- und Akquisitionsaktivität. Wiesbaden.
- Madörin, Mascha (2009): Im Gesundheitswesen werden keine Autos montiert. In: Olympe, Feministische Hefte zur Politik, Heft 30/2009.
- Mandel, Ernest (1971): Marxistische Wirtschaftstheorie. Frankfurt a.M.
- Rieger, Andreas (2009): Die Renditen-Schere öffnet sich – Bricht der Block der Wirtschaftsmächte auf? http://uniablog1.us08.snwflakehosting.ch/blog1/wp-content/uploads/2009/12/Krise-und-Wirtschaftsmächte-20-11-09-_3_.pdf
- Ringer, Beat (Hsg.) (2008): Zukunft der Demokratie – Ein postkapitalistisches Projekt. Zürich.
- Ringer, Beat (2010): Die Denknetz-Investitionsagenda. Eine Skizze. In: Denknetz-Jahrbuch 2010. Zürich.
- Schäppi, Hans: Auswege aus der Wirtschaftskrise – Eine Strategie von unten. In: Widerspruch 57/2009, Zürich.
- UNO (2008/1): Medienmitteilung vom 1. Juli 2008 anlässlich des UN's 2008 World Economic and Social Survey.
- UNO (2008/2): World Economic and Social Survey 2008.

Was ist die gesellschaftliche Investitionsfunktion?

Die ersten Menschen ernährten sich vom Jagen und Sammeln. Einen Mehrertrag, der über den unmittelbaren täglichen Bedarf hinausgegangen wäre, erzielten sie nur sporadisch. Erst mit der Entwicklung der Landwirtschaft konnte ein regelmässiger Überschuss an lebensnotwendigen Gütern erreicht werden. Die landwirtschaftliche Produktionsweise machte einen solchen Überschuss nicht nur möglich, sondern auch notwendig: Ein Teil der Lebensmittel musste zwingend gespart werden, um im nächsten Jahr wieder säen zu können. Nur mit diesem Verzicht auf den Konsum eines Teils der Getreideernte war die Aussaat im Folgejahr gesichert.

Der regelmässige landwirtschaftliche Mehrertrag bot die Voraussetzung dafür, dass die Herstellung von Gebäuden, Geräten, Waffen, Gefässen, Kleidern usw. laufend verbessert werden konnte. Die Entdeckung und Entwicklung neuer Rohstoffe und Fertigungsverfahren, zum Beispiel in der Erzgewinnung und der Metallverwertung, verliehen diesem Prozess mächtigen Auftrieb. Investitionen wurden nun zu einer wichtigen gesellschaftlichen Kategorie. Nun konnten sich Prozesse und Kreisläufe etablieren, in denen menschliche Gemeinschaften regelmässig sparten und das Ersparte gezielt investierten. Die Investitionen dienten einerseits dazu, den Stand des gesellschaftlichen Ertrages zu erhalten. Sie fingen den Verschleiss auf, dem Werkzeuge, Gebäude, Transportmittel und anderes mehr ausgesetzt waren. Andererseits förderten sie aber auch die Ausweitung der Produktion oder die Verbesserung der Produktionsmittel, und sie wurden nötig für den Erhalt und die Entwicklung menschlicher Fertigkeiten (z.B. durch Schulen, Universitäten).

Die Strukturen und Prozesse, die im Zusammenhang mit solchen Investitionen stehen, bezeichnen wir als gesellschaftliche Investitionsfunktion. Die Ausprägung dieser Funktion bestimmt die Entwicklungsdynamik einer Gesellschaft. Die Investitionsfunktion beantwortet folgende Fragen: Wie und durch wen werden Ersparnisse erzielt, wie also wird ein regelmässiger Mehrertrag gesichert, der nicht

verkonsumiert wird? Wie wird dieser Mehrertrag verteilt? Wer entscheidet über die investive Verwendung dieses Mehrertrags, nach welchen Interessen und unter welchen Rahmenbedingungen?

Eine besondere Dynamik entstand durch die Vorteile, die mit zentralen Infrastrukturen zu erzielen waren, zum Beispiel durch landwirtschaftliche Bewässerungssysteme in den Regionen des nahen Ostens und Ägyptens, oder durch Strassennetze, die den Warenaustausch erleichterten. Solche Infrastruktursysteme machten eine entsprechende Zentralisierung des gesellschaftlichen Reichtums nötig, weil nur so genügend Mittel vereint werden konnten, um aufwändige Projekte realisieren zu können. Kriegerische Auseinandersetzungen vermittelten weitere mächtige Anstöße für die Zentralisierung von Reichtum und Macht. Die Ausbildung der gesellschaftlichen Investitionsfunktion ging deshalb einher mit sozialen Differenzierungen und mit der Ausbildung gesellschaftlicher Klassen. Die Investitionsfunktion wurde so durch die Verteilungsfrage überlagert. Die herrschenden Schichten eigneten sich einen erheblichen Teil des erarbeiteten Reichtums an, und zwar nicht in der Absicht, ihn zum Nutzen der Gesamtbevölkerung zu investieren, sondern um ihn für die eigenen Konsumbedürfnisse zu verwenden. Diese Entwicklung hat den gesellschaftlichen Fortschritt in erheblichem Masse behindert und verlangsamt.

Das änderte sich im Kapitalismus grundlegend: Der massgebende gesellschaftliche Reichtum floss nun nicht mehr dem Adel in die Hände, der seine gesellschaftliche Stellung auf den Besitz von Boden und auf das Kriegshandwerk abstützte. Vielmehr sammelte er sich nun in den Händen des Unternehmertums an, dessen gesellschaftliche Position auf dem Besitz von Kapital beruhte. Geld diente nicht mehr überwiegend der Finanzierung von Luxus und von Herrschaftsapparaten, sondern wurde in der Absicht investiert, Gewinn zu erzielen. Genau dies ist das Kennzeichen von Kapital. Im Kapitalismus verband sich also die gesellschaftliche Investitionsfunktion mit der Art und Weise, wie gesellschaftliche Macht hergestellt wurde, während Herrschaft in früheren Gesellschaften häufig einen überwiegend pa-

rasitären Charakter hatte. Geld regierte die Welt nun nicht mehr nur in Form von Reichtum und Kaufkraft, sondern modelte sämtliche ökonomischen Beziehungen nach den Gesetzmässigkeiten der Kapitalvermehrung um.

Es zeigte sich aber rasch, dass das kapitalistische Investitionsprinzip ungeeignet war, wenn es darum ging, übergeordnete gesellschaftliche Funktionen zu erfüllen. Der Staat übernahm deshalb eine Reihe von Aufgaben: Die Energie- und Wasserversorgung, das öffentliche Transportwesen, öffentliche Schulen und so weiter. Damit übernahm er auch einen Teil der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. Er tat (und tut) das allerdings nur subsidiär zu den Kapitalinteressen. Der ›Staat‹ soll also nur das tun, was der ›Markt‹ nicht leisten kann, denn – so die passende Ideologie – Märkte seien a priori effizienter als der Staat. Das lässt sich zwar empirisch nicht belegen, gehört aber zum Kanon bürgerlichen Gedankengutes.

Im Ergebnis tritt die Investitionsfunktion im Kapitalismus als Mischform auf: Die private Kapitalakkumulation dominiert, wird aber ergänzt mit Formen öffentlich geregelter Investitionstätigkeit. Dem Staat werden jedoch Gewinn bringende Tätigkeiten verwehrt (diese sollen ausschliesslich von privater Seite erbracht werden). Entsprechend verfügt er über keine eigenständige investive Dynamik. Die Mittel für staatliche Aufgaben müssen durch Steuern, Gebühren oder durch die Aufnahme von Geldmitteln auf den Kapitalmärkten (Staatsanleihen) aufgebracht werden.

In den gegenwärtigen ökonomischen Statistiken wird nur das als Investition erfasst, was in Form von Geld vorliegt. Das führt zu Verzerrungen der realen Prozesse, und diese Verzerrungen werden umso bedeutender, je mehr sich die gesellschaftlichen Tätigkeiten in den Bereich des Wissens und der zwischenmenschlichen Beziehungen verlagern. Beispiele: Ein Grossteil der Aktivitäten, die die Qualität des Internets als Kommunikations- und Informationsplattform ausmachen, werden nicht als ökonomisch ›erkannt‹ und deshalb auch nicht gezielt gefördert. Investitionen in den Aufbau von Kindertagesstätten, in die Ausbildung des Personals usw. erscheinen als ›Konsum‹, als gesellschaftliche

Kosten, und nicht als Investitionen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, durch die eine Fülle von Tätigkeiten einer »entkommerzialisierten Ökonomie« gefördert würden, erscheint als Desinvestition, weil dadurch das in Geld gemessene Wirtschaftsprodukt sinkt.

Das Denknetz in Stichworten

Verein

Das Denknetz wurde im April 2004 als unabhängiger Verein gegründet. Es zählt 900 Einzelmitglieder (Stand Sommer 2014) und eine Reihe von Kollektivmitgliedern (Solidar Suisse, Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS, Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, Gewerkschaft Unia, Verband des Personals Öffentlicher Dienste VPOD, Gewerkschaft Medien und Kommunikation syndicom, Schweizerischer Eisenbahner-Verband SEV, JungsozialistInnen JUSO und weitere). Die Einzelmitgliedschaft kostet Fr. 100.– (Fr. 40.– für Nicht- oder Wenigverdienende). Der Mitgliederbeitrag für Kollektivmitglieder ist auf Fr. 5000.– pro Jahr begrenzt, um etwaige Abhängigkeiten zu vermeiden. Mitglieder erhalten sämtliche Denknetz-Publikationen kostenlos nach Hause geschickt.

Grundwerte

Das Denknetz ist gleichermassen den Grundwerten der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität verpflichtet. Es befürwortet eine Ausweitung der Demokratie auf alle relevanten gesellschaftlichen Prozesse, auch auf die zentralen Entscheide über die Verwendung der ökonomischen Ressourcen.

Themen

Die Kernthemen des Denknetzes sind Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik, unter Einbezug vernetzter Themenfelder wie der Bildungs-, Umwelt- oder Migrationspolitik. Care, Genderfragen und globale Aspekte sind Transversalthemen, die in allen Bereichen beachtet werden.

Zweck

Das Denknetz will dazu beitragen, dass Emanzipation, Befreiung und soziale Gerechtigkeit eine Renaissance erleben und in Einklang mit den Geboten der Nachhaltig-

keit gebracht werden. Das Denknetz will Diskursnetze mit sozialkritischer Ausrichtung aufbauen und dabei Leute aus Forschung und Lehre mit AkteurInnen aus NGO, Gewerkschaften, Parteien, Bewegungen und der gesellschaftlichen Praxis zusammenführen. Das Denknetz entwickelt gesellschaftspolitische Orientierungsangebote und erarbeitet politische Reformvorschläge, ohne selbst politischer Akteur zu sein: Die Impulse, die es vermittelt, können von andern Organisationen aufgenommen und in die politische Auseinandersetzung getragen werden. Damit will sich das Denknetz den Charakter einer offenen Plattform bewahren.

Organisation

Der Vorstand nominiert eine Kerngruppe, die für die inhaltliche Koordination und Gesamtsicht zuständig ist. Zu einzelnen Themen arbeiten Arbeits- und Fachgruppen. Fachgruppen sind über längere Zeiträume tätig, zurzeit (Sommer 2014) zu folgenden Bereichen: Politische Ökonomie, Bildungspolitik, Prekäre Arbeit, Steuerpolitik, Otro Mundo, Sozialpolitik/Arbeit/Care-Ökonomie sowie Langzeitpflege und -betreuung. Die Themen Migrationspolitik, Demokratie, Europapolitik und Nachhaltigkeit werden von der Kerngruppe betreut. Gegenwärtig sind rund 80 Personen in den verschiedenen Gremien und Gruppen des Denknetzes aktiv.

Personen

Präsidentin des Denknetz ist Ruth Gurny, ehem. Professorin für Soziologie an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind Ruth Dällenbach, ehem. Geschäftsführerin Solidar Suisse, Dore Heim, geschäftsführende Zentralsekretärin SGB, Katharina Prelicz-Huber, VPOD-Präsidentin und Alt-Nationalrätin der Grünen, Andreas Rieger, ehem. Co-Präsident Unia, Hans Schächli, Präsident Solifonds, Walter Schöni, Mitglied Redaktion Widerspruch, Jean-François Steiert, SP-Nationalrat, Bernhard Walpen, Stellen- und Bildungsleiter Pro Senectute Innerschwyz. Die Geschäfts-

stelle wird von Beat Ringger geleitet. Holger Schatz ist wissenschaftlicher Redaktor, Iris Bischel Assistentin der Geschäftsleitung.

Aktivitäten

Das Denknetz organisiert Workshops, Veranstaltungen und Tagungen, erarbeitet Thesen, entwickelt Konzepte und Reformvorschläge, betreibt eine Website, publiziert Diskurs, Working Papers, ein Jahrbuch und Sachbücher.

Publikationen

Kollektive Diskussionsprozesse finden Niederschlag in Thesenpapieren und Working Papers. Zu wichtigen Fragen erscheinen zudem Diskussionspapiere einzelner Denknetzmitglieder.

Diskurs erscheint halbjährlich und gibt einen knappen Überblick über Forschung, Publikationen und Grundsatzdebatten zu einem Schwerpunktthema.

Jährlich im Oktober erscheint das Denknetz-Jahrbuch mit jeweils rund 20 Beiträgen zu einem Schwerpunktthema sowie zu Tätigkeiten des Denknetzes und weiteren aktuellen Fragen. Jedes Denknetz-Jahrbuch enthält zudem einen Bericht zur Entwicklung der (Un)gleichheit in der Schweiz.

Das Denknetz betreibt eine Website mit gegenwärtig rund 500 Originalbeiträgen (www.denknetz.ch).

Wichtige Thesen und Reformkonzepte

- Thesen für eine europäische Mindestlohnpolitik (2005)
- Reformagenda für eine soziale Gesundheitspolitik (2005)
- Thesen zur gesellschaftlichen Gleichheit (2006)
- Gute Arbeit für alle: Ein realistisches und notwendiges Ziel (2006)
- Thesen zum Finanzkapitalismus und zu den Aufgaben der Linken (2007)
- Wohin geht Venezuela? Sieben Thesen (2007)
- Demokratie statt Spekulation (Oktober 2008)
- Die Allgemeine Erwerbsversicherung (Mai 2009)
- Für eine Schweiz ohne Beihilfe zur Steuerhinterziehung (Mai 2009)

- Vorschlag für eine Totalrevision der Altersvorsorge (Oktober 2009)
- Denknetz-Reformagenda (April 2011)
- Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion (März 2010)
- Bildung – zum Glück! (Mai 2010)
- Die 25-Mia-Denknetz-Steueragenda (Juni 2010)
- Finanzdienste als Service public (Oktober 2011)
- Die Vision eines BGE, das die Freiheiten aller stärkt (August 2011)
- Ein Bedingungsloses Sabbatical für alle (Oktober 2012)
- Unternehmenssteuern: Schweiz raubt andern Ländern jährlich CHF 29.2 bis 36.5 Milliarden an Steuereinnahmen (Oktober 2012)
- 12 Thesen zu Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, Wohlstand (Mai 2013)
- Das Schwungrad der Veränderung in Gang bringen: 4 x 6 Forderungen gegen die Verknechtung durch Arbeit (September 2013)
- Heraus aus der Sackgasse! Argumente für eine grundlegende Neuausrichtung der Sozialhilfe (Juni 2014)
- Vorschlag einer Hochbetagtenrente (in Vorbereitung)
- Denknetz-Pflegemodell (in Vorbereitung)

Denknetz-Sachbücher

- Ruth Gurny; Beat Ringger (2009): Die Grosse Reform. Die Schaffung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung AEV. edition 8, Zürich
- Hans Baumann; Beat Ringger (Hrsg) (2011): Richtig Steuern. Wie mit Steuern jährlich 25 Mia Franken zugunsten der Bevölkerung rückverteilt werden. edition 8, Zürich
- JUSO und Denknetz (Hrsg.) (2013): Lohnverteilung und 1:12-Initiative, edition 8, Zürich
- Ruth Gurny; Ueli Tecklenburg (Hrsg.) (2013): Arbeit ohne Knechtschaft. edition 8, Zürich
- Denknetz (Hrsg) (2014): Die überflüssige Schweiz. edition 8, Zürich

Jahrbucher

Das Denknetz-Jahrbuch wird von einer eigenen Redaktion herausgegeben. Die gegenwärtige Redaktionsgruppe besteht aus Iris Bischel, Ulrike Knobloch, Beat Ringger und Holger Schatz.

- 2005 Der neue Glanz der Gleichheit
- 2006 Gute Arbeit für alle: Illusion oder Programm?
- 2007 Zur politischen Ökonomie der Schweiz. Eine Annäherung
- 2008 Eine andere Welt. Nach der Entzauberung des Kapitalismus
- 2009 Krise. Global, lokal, fundamental
- 2010 Zu gut für den Kapitalismus
- 2011 Gesellschaftliche Produktivität jenseits der Warenform
- 2012 Auf der Suche nach Perspektiven
- 2013 Care statt Crash
- 2014 Zur Kritik des kritischen Denkens

Website: www.denknetz-online.ch

Die Autorinnen und Autoren

Ruth Dällenbach ist Beraterin für Entwicklungszusammenarbeit, ehem. Geschäftsführerin von Solidar Suisse und Mitglied im Denknetz-Vorstand

Ruth Gurny ist Soziologin und Präsidentin des Denknetzes

Christoph Hefel ist Lehrer, Lerntherapeut, Schul- und Elternberater und Mitglied der Denknetz-Kerngruppe

Katharina Prelicz-Huber ist Präsidentin des VPOD, Alt-Nationalrätin der Grünen Partei und Mitglied im Denknetz-Vorstand

Beat Ringger ist Zentralsekretär des VPOD und geschäftsleitender Sekretär des Denknetzes

Dario Schai ist Zentralsekretär der JUSO Schweiz

Hans Schächli ist Präsident des Solifonds und Mitglied im Denknetz-Vorstand

Rita Schiavi ist Soziologin und Mitglied der Geschäftsleitung der Unia Schweiz

Nina Schneider arbeitet auf der Geschäftsstelle von Alliance-Sud und ist zuständig für Entwicklungspolitik

Walter Schöni ist Mitglied der Widerspruch-Redaktion und Mitglied im Denknetz-Vorstand

Jean-François Steiert ist Nationalrat der SP Schweiz und Mitglied im Denknetz-Vorstand

Patrick Zwicky ist Sekretär der SPS für Grundsatzfragen und Mitglied der Denknetz-Kerngruppe

Die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, die 2010 den Text ›Zu reich für den Kapitalismus: Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion‹ verfasst hat, bestand aus Martin Gallusser, Thomas Heilmann, Beat Ringger, Hans Schächli, Johannes Wickli und Bruno Unternährer.

Die Mitglieder der Denknetz-Kerngruppe, die 2013 die zwölf Thesen zu Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und Wohlstand erarbeitet haben sind Hans Baumann, Iris Bischel, Urs Chiara, Chantal Gahlinger, Susy Greuter, Ruth Gurny, Christoph Hefel, Iwan Schauwecker, Linda Stibler, Beat Ringger, Holger Schatz, Johannes Wickli und Pascal Zwicky.